



Landtag von Baden-Württemberg

134. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 26. November 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 13:56 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	8363
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Martin Grath	8363
Abstimmung über den Einspruch gegen die Ordnungsrufe gegen Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos).	8363
Abg. Udo Stein AfD (zur Geschäftsordnung).	8363
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung).	8363
Beschluss.	8364
Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Corona-Pandemie am 25. November 2020	
und Aussprache	8364
Ministerpräsident Winfried Kretschmann.	8365, 8395
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	8369
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	8373
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	8378
Abg. Andreas Stoch SPD	8383
Abg. Anton Baron AfD	8388
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos).	8393
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	8394
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD	8400
Beschluss.	8401
Nächste Sitzung	8402

Protokoll

über die 134. Sitzung vom 26. November 2020

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 134. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Gögel, Herr Abg. Halder, Frau Abg. Hartmann-Müller, Herr Abg. Haser, Frau Abg. Krebs, Herr Abg. Maier, Frau Abg. Saebel, Frau Abg. Reich-Gutjahr, Frau Abg. Wehinger sowie Herr Abg. Dr. Weirauch.

Seitens der Regierung haben sich aus dienstlichen Gründen entschuldigt Frau Staatssekretärin Mielich, ab 11 Uhr Frau Ministerin Sitzmann und ab ca. 10:30 Uhr Frau Staatssekretärin Schütz.

Meine Damen und Herren, Sie haben wahrscheinlich die wunderschönen Blumen bei Herrn Kollegen Grath gesehen. Unser Kollege hat heute Geburtstag und die Ehre, seinen Geburtstag in dieser großen Runde zu verbringen.

(Beifall)

Lieber Herr Grath, im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Erfolg. Ich gehe stark davon aus, dass es für diese schönen Blumen nachher Kuchen für alle gibt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir haben noch über den Einspruch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gegen die drei ihm in der 133. Plenarsitzung am 12. November 2020 erteilten Ordnungsrufe abzustimmen. Das Schreiben von Herrn Abg. Dr. Fiechtner vom 25. November 2020 liegt Ihnen als Tischvorlage vor.

Nach § 93 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung entscheidet der Landtag über diesen Einspruch ohne Beratung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Einspruch. Wer den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner für begründet hält und die Aufhebung der drei Ordnungsrufe fordert, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Mehrheit des Landtags hält den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner für nicht begründet und lehnt daher die Aufhebung der Ordnungsrufe ab.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Stein zur Geschäftsordnung vorliegen. – Bitte.

Abg. Udo Stein AfD: Danke schön, Frau Präsidentin. – Guten Morgen, meine Damen und Herren Kollegen! Herr Grath, auch von meiner Seite alles Gute zum Geburtstag.

Ich beantrage eine Erweiterung der Tagesordnung. Frau Präsidentin, Sie haben ein Film- und Fotografierverbot für Besucher erlassen. Da stellt sich mir folgende Frage: Wie ist es aktuell mit der Verhältnismäßigkeit? Ja, es gab in Berlin einen Vorfall; dieser wird vermutlich der Anlass für diesen Erlass gewesen sein.

(Zurufe, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, die AfD war der Anlass, Herr Kollege!)

Aber ich möchte einmal daran erinnern, dass wir in dieser Legislaturperiode auch schon den Fall hatten, dass Besucher von der Besuchertribüne Flugblätter auf uns herabgeworfen haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Richtig!)

In diesem Fall geschah nichts.

Unsere Sicherheit ist ein hohes Gut. Ich habe überhaupt kein Problem damit, dass man sich dafür einsetzt. Aber ich möchte das beschriebene Vorgehen nicht diskussionslos hinnehmen, und ich möchte einfach einmal die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf das, was alles passiert, abwägen.

Wenn Bundestagsabgeordnete von der Polizei zu Boden gerungen werden, dann ist es kein Skandal. Wenn man einen Herrn Altmaier fotografiert, dann ist es skandalös.

Ich möchte die Zeit hier im Parlament nutzen, um die Verhältnismäßigkeit anzusprechen. Deshalb fordere ich, dass wir hier dieses Thema als TOP 1 der Tagesordnung aufrufen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stein, hat Ihr Antrag die Unterstützung der Fraktion, oder ist das Ihr persönlicher Antrag? – Der Antrag findet die Unterstützung Ihrer Fraktion. Damit ist der Antrag auch zulässig.

Dann lasse ich erst einmal über diesen Antrag – –

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein, ich möchte erst noch zu dem Antrag reden!)

– Dann hat jetzt Herr Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

(Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Auch ich möchte zu dem Antrag von Herrn Kollegen Stein Stellung nehmen, nämlich zu dem jetzt verhängten Verbot von

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Ton-, Bild- und Filmaufnahmen. Sollte das Plenum dem nicht Abhilfe schaffen, macht es sich letztlich zum Büttel einer billigen Propaganda gegen den politischen Gegner. Was im Deutschen Bundestag geschehen ist – Was hier mit einem sehr, sehr parteiischen Schreiben der Landtagspräsidentin verkündet wird – dass es schreckliche Bilder gegeben habe –, deutet auch darauf hin, dass die Parlamentspräsidentin alles Mögliche ist, nur nicht neutral,

(Vereinzelt Beifall)

wie es ihrem Amt eigentlich gebühren würde.

Wäre sie nämlich neutral, hätte sie genau die gleichen Dinge in Betracht gezogen, die Kollege Stein hier erwähnt hat. Junge Leute durften hier ungestraft – sie werden immer so hochgehoben: Fridays for Future, Weltenretter und Klimaheilande – von der Tribüne ihre Pamphlete völlig anstandslos in den Saal hinunterstreuen; sie wurden dann allenfalls festgenommen und herausgeleitet.

(Lachen – Zurufe: Nein!)

– Es ist Ihnen ja nichts passiert. – Wir haben im Bundestag die Situation, dass Besucher Aufnahmen gemacht haben,

(Zurufe, u. a. Abg. Karl Zimmermann CDU: Diese Rede braucht keiner! – Unruhe)

Aufnahmen von einem Minister, der reagiert, als wenn er ein kleines Kind wäre – im Spielkasten, im Sandkasten – und ein Schäufelchen auf den Kopf bekommen hätte. Es hat nur noch gefehlt, dass er sagt: „Mama, hilf mir, da fragt mich jemand was Schlimmes!“ Das ist doch nur lächerlich. Daraus einen Angriff gegen die Demokratie zu konstruieren ist geradezu niederträchtig und hat eine Perfidie, die sich gewaschen hat.

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Niederträchtig ist Ihre Rede!)

Wer dem zustimmt – Sie allen voran, Herr Sckerl –,

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Niederträchtig ist Ihre Rede!)

sollte sich schämen.

(Zurufe)

In der Tat: Es ist eine Schande, wie man mit Politikern umgeht. Karsten Hilse wird von der Polizei vor laufenden Kameras niedergedrückt und in den Schwitzkasten genommen, weil er keinen Mundschutz trägt. Auf eine Ordnungswidrigkeit

(Unruhe)

wird mit massiver polizeilicher Gewalt reagiert.

(Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

Demonstranten, die vor dem Reichstag sind, werden mit fünf Wasserwerfern bespritzt, obwohl Kinder dabei sind, und mit Reizgas obendrein.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, reden Sie bitte zur Sache.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das ist eine Schande!

(Zurufe)

Ich fordere hier den Landtag auf, mal wieder ein bisschen vernünftig zu werden und ein paar Gänge zurückzuschalten

(Unruhe)

und sich nicht zu gebärden wie ein ängstlicher Monarch, der sich in seiner Burg verschanzt, mit Hunderten von Polizisten, die dafür sorgen, dass die Bürger bloß nicht nah genug an ihn herankommen.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Wir sind – Wir sollten sein: ein offenes Parlament, ein Parlament, in dem man sich auch Widersprüchen stellt. Aber das sind Sie offensichtlich gar nicht gewohnt. Das wollen Sie offensichtlich gar nicht.

(Zurufe)

Und ein kritischer Bürger – Herr Hagel, sind Sie überhaupt in der Lage, einem kritischen Bürger adäquat Rede und Antwort stehen zu können mit Ihrem Halbwissen? Das glaube ich nicht. Das ist Ihr Problem.

(Unruhe)

Sie können überhaupt nicht adäquat auf die Bürger reagieren.

(Unruhe)

Deswegen wollen Sie sich verschanzen. Das ist schändlich, das ist peinlich,

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Peinlich sind Sie!)

und deswegen sollte dieses Verbot mit Stumpf und Stiel und vollständig gestrichen werden, und diesen Antrag stelle ich auch.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Abpfiff! – Und Tschüs!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich stelle den Antrag von Herrn Abg. Stein zur Abstimmung, der die Unterstützung seitens der AfD-Fraktion hat. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigsten Punkt** der heutigen Tagesordnung auf – wir haben nur einen einzigen Punkt –:

Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Corona-Pandemie am 25. November 2020

und Aussprache

Zunächst erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Präsidentin, wert Kolleginnen und Kollegen! Als ich Ende Oktober hier vor Ihnen stand, habe ich gesagt:

... wir haben Alarmstufe Dunkelrot ...

Die Lage spitzte sich damals dramatisch zu, die Infektionszahlen wuchsen exponentiell, unsere Gesundheitsämter waren überlastet, die Zahl der Intensivpatienten verdoppelte sich fast im Wochentakt.

(Zurufe, u. a.: Stimmt doch gar nicht!)

Es drohte ein Kollaps der Krankenhauskapazitäten innerhalb weniger Wochen, es bestand die Gefahr, dass wir die Kontrolle über die Pandemie verlieren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Falsch!)

Um eine akute nationale Gesundheitsnotlage abzuwenden, hatten sich Bund und Länder in einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf weitreichende Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens verständigt.

Die gute Nachricht ist: Die Maßnahmen haben gewirkt. Wir konnten den exponentiellen Anstieg bremsen

(Zurufe)

und den Kollaps des Gesundheitssystems vermeiden. Das ist ein wichtiger Zwischenerfolg.

(Beifall)

Aber wir müssen auch die schlechten Nachrichten zur Kenntnis nehmen: Die Infektionszahlen sind noch immer viel zu hoch,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was heißt Infektionen, Herr Ministerpräsident?)

die Kontaktnachverfolgung ist weiterhin in den meisten Fällen nicht mehr möglich,

(Zurufe)

und es kommen noch immer sehr viele Menschen mit schweren Covid-Verläufen ins Krankenhaus.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie viele sind es denn?)

Die Intensivstationen füllen sich immer mehr.

Das macht deutlich: Wir befinden uns nach wie vor in einer dramatischen Lage.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie viele sind es denn?)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich darf Sie daran erinnern, dass Sie hier nicht das Recht haben, in der ganzen Sitzung Dauerzwischenrufe zu machen. Das ist nicht erlaubt.

(Beifall)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Wir befinden uns nach wie vor in einer dramatischen Lage. Wir haben die notwendige Trendwende noch nicht erreicht. Die Maßnahmen reichen noch nicht aus. Es gibt keinen Grund zur Entwarnung.

Um die Infektionszahlen deutlich zu senken, die zweite Welle zu brechen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was sind die Infektionszahlen?)

gibt es deshalb nur einen Weg: noch weniger Kontakte und noch mehr Sicherheit bei den Kontakten, die unvermeidbar sind. Deshalb habe ich mit meinen Länderkollegen und der Kanzlerin gestern erneut intensiv beraten. Wir haben beschlossen, die geltenden Regeln zu verlängern und zu verschärfen sowie klare Signale für die Weihnachtszeit zu geben, damit sich alle frühzeitig darauf einstellen können.

Die neuen Regeln treten in Baden-Württemberg am 1. Dezember in Kraft und gelten erst mal bis zum 20. Dezember.

Zunächst zu den Verlängerungen und Verschärfungen:

Erstens: Es dürfen sich nur noch höchstens fünf Personen aus maximal zwei Haushalten treffen. Kinder bis zum Alter von 14 Jahren werden dabei nicht mitgerechnet. Um Unklarheiten zu vermeiden: Fünf ist die Obergrenze. Diese Obergrenze zählt, auch wenn zwei Haushalte aus mehr als fünf Personen bestehen.

Zweitens: Es gilt eine Maskenpflicht in allen Innenstädten mit Publikumsverkehr und überall dort, wo sich Menschen außerhalb der eigenen Privaträume nicht nur flüchtig begegnen.

Drittens: In Geschäften bis zu 800 m² Ladenfläche darf sich höchstens eine Person pro 10 m² aufhalten – das ist ja die jetzige Regelung –, in größeren Geschäften mit über 800 m² Ladenfläche höchstens eine Person pro 20 m² Verkaufsfläche. Für Einkaufszentren wird die Gesamtverkaufsfläche angesetzt.

Viertens: Betriebe und Einrichtungen, die derzeit geschlossen sind, bleiben geschlossen. Das ist für die Betroffenen extrem schmerzhaft. Ich habe großes Verständnis für die Frustration und auch für den Zorn, der in diesen Bereichen entsteht. Aber es geht leider nicht anders, da wir die Kontakte so weit wie möglich reduzieren müssen.

Um den betroffenen Unternehmen, Selbstständigen, Vereinen und Einrichtungen zu helfen, hat der Bund zugesagt, die finanzielle Unterstützung für den Zeitraum der Schließung im Dezember weiterzuführen.

(Abg. Udo Stein AfD: Der Steuerzahler hat's ja!)

Dabei will er erneut das Prinzip der Novemberhilfen anwenden. In die Förderprogramme werden auch die Schausteller und Marktkaufleute aufgenommen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die sind schon längst pleite!)

Fünftens: Für Unternehmen, deren Betrieb erheblich eingeschränkt ist, werden die Stützungsmaßnahmen im Rahmen der Überbrückungshilfe III bis Mitte des kommenden Jahres verlängert.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wer zahlt denn das?)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Dabei hat der Bund zugesagt, die Konditionen für die hauptbetroffenen Wirtschaftsbereiche zu verbessern, vor allem für die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wer zahlt denn das?)

für die Soloselbstständigen und die Reisebranche.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Von welchem Geld?)

Dafür haben wir Länder uns stark gemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Sechstens: Hochschulen und Universitäten – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, noch ein Zwischenruf, und ich muss Ihnen einen Ordnungsruf erteilen. Damit das klar ist.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sechstens: Hochschulen und Universitäten sollen auf digitale Lehre umstellen, wann immer es möglich ist.

Siebtens: Bei besonders extremen Infektionslagen mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 200 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner und diffusem Infektionsgeschehen sollen die bestehenden Maßnahmen deutlich erweitert werden.

Nun zu den Kitas und Schulen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Schade!)

Wir alle waren uns einig, dass Kitas und Schulen höchste Priorität haben.

(Zuruf)

Sie sind nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch des sozialen Miteinanders und der persönlichen Entwicklung. Dieses Miteinander ist gerade für Kinder und Jugendliche essenziell. Dazu kommt: Familien mit Kindern hat der Lockdown im Frühjahr besonders hart getroffen. Eltern und gerade Alleinerziehende mussten die Betreuung ihrer Kinder, das Homeschooling und ihren Job unter einen Hut bringen. Das hat viele an den Rand der Erschöpfung gebracht.

Aus diesen Gründen haben wir beschlossen, Kitas und Schulen weiter offen zu halten. Ich will noch einmal sagen: Das ist eine klare politische Entscheidung – auch gegen die Infektionslage.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Wir werden an Schulen verstärkt Schnelltests einsetzen, die der Bund uns in wachsender Zahl zur Verfügung stellen wird. Zum einen wollen wir damit das Infektionsgeschehen noch besser begrenzen. Zum anderen können wir so die Quarantänpflicht für Schülerinnen und Schüler auf fünf Tage verkür-

zen. Am fünften Tag erfolgt ein Schnelltest. Wer negativ getestet wurde, darf wieder zur Schule gehen.

An den Vorschriften zum Maskentragen in der Schule ändert sich in Baden-Württemberg nichts, da unsere Regeln hier bereits guten Schutz bieten. Ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 200 pro 100 000 Einwohner werden weiter gehende Maßnahmen an den Schulen ab Jahrgangsstufe 8 getroffen, um die Einhaltung der AHA-Regeln im Unterricht zu gewährleisten.

Zusätzlich werden wir in Baden-Württemberg in den kommenden Monaten Millionen von besonders sicheren FFP2-Masken an die Lehrkräfte und vulnerablen Gruppen verteilen.

Meine Damen und Herren, wir wollen außerdem etwas Planungssicherheit für die Weihnachtstage geben; denn Weihnachten ist für die meisten von uns eine besondere Zeit.

(Zuruf: Das spielt doch keine Rolle!)

Weihnachten ist das Familienfest schlechthin, bei dem wir in der Familie zusammenkommen und unsere Lieben treffen. Dem wollen wir, soweit es die Infektionslage erlaubt, auch gerecht werden.

(Zuruf)

Deswegen haben wir vereinbart, in der Weihnachtszeit ab dem 23. Dezember Treffen im engsten Kreis mit bis zu zehn Personen zu ermöglichen. Dazugehörige Kinder bis 14 Jahren sind von dieser Grenze ausgenommen.

Klar ist allerdings auch: Wir müssen bestmögliche Vorkehrungen treffen, damit Weihnachten und Silvester nicht zu Startpunkten einer neuen Infektionswelle werden. Deshalb ziehen wir die Weihnachtsferien in Baden-Württemberg nach vorn. Sie beginnen bereits am 19. Dezember.

Ich bitte alle Bürgerinnen und Bürger, diese zusätzliche freie Zeit dazu zu nutzen, sich selbst freiwillig in Quarantäne zu begeben, wenn es ihnen möglich ist. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bitten wir, dies durch Betriebsferien oder großzügige Homeoffice-Regelungen zu unterstützen. Durch eine freiwillige Quarantäne können wir all diejenigen wirksam schützen, mit denen wir uns an Weihnachten treffen wollen.

(Zuruf)

Um Ansteckungen in Gottesdiensten zu vermeiden, werden wir auf die Religionsgemeinschaften zugehen und dies mit ihnen erörtern. Religiöse Zusammenkünfte mit dem Charakter von Großveranstaltungen müssen allerdings vermieden werden.

Abschließend noch ein Wort zum Thema Silvesterfeuerwerk. Raketen sind nicht ansteckend, und sie haben mit dem Pandemiegeschehen erst einmal gar nichts zu tun.

(Zuruf)

Allerdings kennen wir alle die Situation, dass sich an Silvester an bestimmten beliebten Plätzen große Gruppen treffen, um gemeinsam kräftig zu böllern und Raketen abzuschießen. Das bringt ein hohes Infektionsrisiko mit sich. Deshalb untersagen wir die Nutzung von Feuerwerk speziell an solchen Orten.

(Zuruf: In den einfachen Straßen geht's!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der vergangenen Woche haben der Bundestag und der Bundesrat das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz verabschiedet. Das ist ein wichtiger Schritt. Denn das Gesetz gibt uns zusätzliche Rechtssicherheit bei der Bekämpfung der Pandemie. Gerade der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat das zuletzt immer wieder gefordert. Das Gesetz schafft einen klaren Rahmen, der es uns, der Landesregierung, erlaubt, schnell zu reagieren und alle notwendigen Maßnahmen für den Schutz der Bevölkerung zu treffen.

Das Gesetz sieht eine Begründungspflicht für alle Verordnungen vor. Das begrüße ich. In Baden-Württemberg haben wir ja schon der sechsten Änderungsverordnung eine ausführliche Begründung beigelegt. Das ist wichtig, damit alle Bürgerinnen und Bürger verstehen, warum wir die Einschränkungen vornehmen, und auch die Gerichte das Ganze gut nachvollziehen können.

Das Gesetz stärkt die Rolle des Bundestags. Baden-Württemberg war ja Vorreiter bei der Einbeziehung des Parlaments in die Pandemiebekämpfung. Und weil die Einbeziehung des Parlaments so wichtig ist, bin ich den Regierungsfractionen für ihren heutigen Entschließungsantrag dankbar. Denn dadurch bekommen die gefassten Beschlüsse eine zusätzliche Legitimation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses verantwortliche Verhalten, diese Solidarität, die wir in der ganzen Gesellschaft spüren, machen uns Hoffnung. Aber es gibt noch einen weiteren Anlass zur Zuversicht: Der Durchbruch beim Impfstoff ist da.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das glaubt doch kein Mensch!)

Die fieberhafte Arbeit von Tausenden Forschern war von Erfolg gekrönt. Die ersten Impfstoffe stehen kurz vor der Zulassung. Verträge wurden bereits vereinbart, und in wenigen Wochen sollten uns schon die ersten Lieferungen erreichen. Noch nie wurde so schnell und effektiv ein Impfstoff gegen ein so gefährliches Virus entwickelt wie in diesen Tagen.

Ich denke, dafür dürfen wir sehr dankbar sein. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft, in der viele motiviert sind, so etwas zu machen – auch mit staatlicher Unterstützung –, aber auch gewährleistet ist, dass alle Bevölkerungsgruppen an solche Impfstoffe herankommen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Contergan!)

Wir können aber auch stolz darauf sein, dass wir in Deutschland mindestens zwei Unternehmen haben,

(Zuruf: Menschenversuche!)

die schon bald einen Impfstoff produzieren werden – mit CureVac hat eines sogar seinen Sitz in Baden-Württemberg. Ich denke, diese Impfstoffe sind wirklich das Licht am Ende des langen, dunklen Tunnels, und sie sind der Schlüssel zur Rückkehr in ein normales Leben.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Es braucht keinen Impfstoff, da reicht der gesunde Menschenverstand!)

Sie zeigen uns einfach: Diese Pandemie hat ein Verfallsdatum; das Ende der Seuche ist absehbar.

Aber wir müssen natürlich auch realistisch sein: Bis dahin wird es noch einige Zeit dauern. Denn es wird Monate brauchen, bis genügend Menschen geimpft sind, um die Pandemie wirklich zu stoppen. Schließlich müssen allein in Baden-Württemberg Millionen von Menschen voraussichtlich zwei Mal geimpft werden. Eine solche Immunität in der Gesellschaft baut man nicht innerhalb weniger Wochen auf. Das wird Monate dauern und ist ein beispielloser logistischer Kraftakt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ein beispielloser Anschlag!)

Meine Landesregierung geht diese logistische Herausforderung kraftvoll und entschlossen an. Wir tun alles, um die freiwilligen Impfungen – das will ich noch einmal betonen: es handelt sich um freiwillige Impfungen; niemand wird gezwungen –

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ich darf aber schon nicht mehr fliegen!)

so schnell es geht zu ermöglichen.

(Zurufe – Unruhe)

Ich will noch einmal darauf hinweisen: Die ausführliche Beratung jeder Person, die sich dort impfen lässt, ist der begrenzende Faktor für die Zahl der Menschen, die wir an solchen Impfzentren „durchbekommen“. Das zeigt, dass der Rechtsstaat auch in einer Pandemie gilt und auch in einer solchen Situation jeder Einzelne von einem Arzt sorgfältig beraten wird.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sprechstunde nach Vereinbarung!)

Wir haben am Dienstag im Kabinett eine umfassende Impfstrategie verabschiedet. Die logistischen Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Gerade während wir jetzt hier debattieren, ist das Sozialministerium dabei, alle notwendigen Materialien zu beschaffen – von der medizinischen Schutzausrüstung bis zum Impfbereich. Die notwendige Infrastruktur wird aufgebaut, und wir tun alles, damit wir loslegen können, sobald der erste Impfstoff genehmigt und da ist.

Wie sieht der Plan konkret aus? Im ersten Schritt werden wir in jedem Regierungsbezirk bis zum 15. Dezember zwei bis drei große Impfzentren errichten. Der Betrieb wird von 7 Uhr morgens bis 21 Uhr abends laufen. Es werden am Tag mindestens 1 500 Impfungen durchgeführt werden.

(Zurufe)

Gemeinsam mit Minister Lucha und Minister Strobl habe ich am Wochenende einen Probelauf im Impfzentrum in Ulm

(Zuruf: Wozu Impfung? – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das weiß ich auch nicht!)

miterleben können. Ich muss sagen, ich bin schwer beeindruckt von dem, was da in so kurzer Zeit auf die Beine gestellt wurde. Der ganze Prozess ist professionell durchgetaktet, ohne dabei das Menschliche aus dem Auge zu verlieren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist schon längst verloren!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Sofort nach der Einlasskontrolle, Registrierung, der allgemeinen Aufklärung über ein Video bekommt der Impfwillige ein individuelles Beratungsgespräch mit einem Arzt, bevor es dann zur Impfung geht.

Außerdem werden wir an diese Impfzentren auch jeweils fünf mobile Impfteams andocken, die Pflegeheime oder Menschen mit Einschränkungen in deren eigenen vier Wänden aufsuchen.

Im zweiten Schritt werden bis zum 15. Januar ein bis zwei Impfzentren in allen Stadt- und Landkreisen eingerichtet. Die Standorte für die Kreisimpfzentren werden in den nächsten Wochen ausgewählt und bekannt gegeben. Dort werden über 700 Impfungen pro Tag stattfinden können. Auch hier werden wir jeweils zwei mobile Impfteams andocken.

Sobald es dann Menge und Beschaffenheit der Impfstoffe zulassen, werden wir in einem weiteren Schritt die Impfungen regulär in den Arztpraxen ermöglichen. Das wird voraussichtlich im Frühsommer so weit sein.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, es handelt sich hier um eine logistische Herkulesaufgabe. Alle Ministerien ziehen unter der Federführung des Sozialministeriums an einem Strang. Wir sind mit allen Akteuren im Gespräch – von den kommunalen Landesverbänden, Unikliniken, Kassenärztlichen Vereinigungen und Ärztekammern bis zu den Messebetreibern, Pharma- und Logistikunternehmen.

Diesen Kraftakt können wir als Gesellschaft nur gemeinsam stemmen. Wir setzen alles in Bewegung und stampfen in kürzester Zeit eine Infrastruktur aus dem Boden. Dafür möchte ich an dieser Stelle allen Beteiligten herzlich danken. Ganz besonders Herrn Sozialminister Lucha sage ich herzlichen Dank für das, was hier in diesem Land an Großem geleistet wurde.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. –

(Zuruf: Er kann doch nicht antworten! Er weiß doch nichts!)

Ich möchte mich auch ganz herzlich bei den vielen Ehrenamtlichen bedanken, beim Roten Kreuz und anderen Blaulichtorganisationen, die sich hier mit einem beispiellosen Engagement einsetzen. Das hat mich in Ulm wirklich tief beeindruckt, mit welcher Professionalität, mit welcher Empathie und mit welchem Engagement sich die Menschen dafür einsetzen, dass wir alle geimpft werden können.

(Beifall)

Wir läuten damit das Ende der Pandemie ein und damit den Wiedereintritt in das normale Leben, wo wir uns wieder ganz normal die Hand geben können, wo wir uns entspannt mit Freunden treffen können, ins Stadion oder ins Theater gehen können. Aber ich sage auch ganz deutlich: Am Ende der Pandemie sind wir noch nicht.

(Zuruf)

Es wäre töricht, jetzt in Euphorie zu verfallen. Sonst würden wir uns wie ein Fallschirmspringer verhalten, der aus Vorfreude über die Landung seinen Fallschirm abwirft. Wir sind auf einem guten Weg,

(Zuruf)

und das Ziel kommt näher. Aber wir müssen uns, bis wir dort sind, weiter an die Einschränkungen halten, unsere Kontakte minimieren und die Coronaregeln einhalten.

Diese Pandemie wird ja oft mit einem Marathonlauf verglichen. Ich finde, das ist ein sehr gutes Bild. Denn bekanntlich sind beim Marathonlauf die letzten Kilometer am schwersten. Und so geht es uns doch allen, nicht wahr? Wir alle sind pandemiemüde, wir sind erschöpft, und wir haben eigentlich keine Lust mehr auf all diese Dinge, die wir da machen müssen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das glaube ich Ihnen nicht!)

Aber wir müssen einfach auf diesen letzten Metern durchhalten, um den Sieg nicht zu gefährden. Es ist, glaube ich, das ganz entscheidend Wichtige, dass wir uns alle noch mal richtig zusammennehmen, Disziplin üben und jetzt diese letzten Monate so durchhalten, wie wir das bisher gemacht haben. Ich glaube –

(Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich bitte Sie alle noch mal darum, wirklich bei der Bevölkerung – Entschuldigung?

Präsidentin Muhterem Aras: Lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Na, wie-so das? Der Ministerpräsident für das ganze Volk, oder wie? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Danke für das Zulassen der Zwischenfrage. – War bei Ihren Gesprächen – Sie haben gesagt, es sei ein Marathonlauf; wir müssten alle Möglichkeiten nutzen – die Corona-Warn-App ein Thema beim Austausch der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin? Gibt es da Weiterentwicklungen? Denn ich höre von diesem Thema nichts mehr und möchte daher bitten, dass Sie das noch ausführen, wenn es dazu etwas Neues gibt.

Der zweite Punkt: Sie haben früher zu der 800-m²-Regelung gesagt, diese komme aus der Baunutzungsverordnung. Meine Frage: Wird dies pro Kunde gerechnet, oder wird es so gerechnet, dass auch die Angestellten und Sonstige mit einbezogen sind?

Ich frage dies vor dem Hintergrund des anstehenden – man muss es ja in Anführungszeichen setzen – „Weihnachtsgeschäfts“. Wie ist das bei den größeren Geschäften? Bezieht sich diese von Ihnen genannte Zahl auf die Anzahl der Kun-

(Dr. Erik Schweickert)

den im Laden oder auf die Gesamtzahl der Personen, die sich dort aufhalten, also einschließlich der Beschäftigten?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: So detailliert haben wir uns damit, ehrlich gesagt, nicht beschäftigt.

(Zurufe, u. a.: Geldverschwendung ist diese App!)

Das muss man klären. Ich nehme aber mal an, dass es sich um die Zahl der Kunden handeln wird und nicht um die Gesamtpersonenzahl. Bei den kleineren Geschäften bleibt es ja bei der jetzigen Regelung; das ist klar; denn sonst hätte ja gar niemand Weiteres in das Geschäft eintreten können.

Aber ich nehme an, dass wir das bei den großen Einkaufszentren so machen werden, dass dabei die Kunden zählen und nicht das Personal.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Zur Warn-App: Es ist eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, in der die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen vertreten sind, die sich noch einmal zusammen mit dem Bundeskanzleramt der Frage der Verbesserung der Warn-App widmen wird. Denn wir haben das schon diskutiert; aber das sind komplizierte Fragen. Zum einen gibt es technische Hindernisse, wenn es darum geht, weitere Dinge einzuführen, zum anderen sind es datenschutzrechtliche Hindernisse. Das müssen wir erst mal klar sortieren.

Aber der Wille, diese Warn-App wirklich entscheidend weiter zu verbessern, ist deutlich vorhanden. Auch FDP und Grüne, für die der Datenschutz ja, wie wir alle wissen, ein besonders wichtiges Thema ist, halten dies beide für richtig.

(Zuruf)

Insofern ist die Chance gegeben, dass wir über einen großen parteiübergreifenden Konsens verfügen, um hier zu Verbesserungen zu gelangen. Wir werden uns dieser Frage also intensiv und schnell widmen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle müssen weiterhin Verantwortung übernehmen. Ich bitte Sie in diesem Sinn auch, dafür bei der Bevölkerung zu werben. Erklären Sie den Menschen aber auch noch einmal die Brisanz der aktuellen Situation. Wir müssen sehen: Das Infektionsschutzgesetz des Bundes sieht eigentlich nur folgende Stufen vor: Inzidenzen unter 35, Inzidenzen von 35 bis 50 –

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und nicht weiter. Die Alarmstufe Rot ist bei 50 gegeben; das sollten wir nicht vergessen. Wir liegen da weit drüber, und daran dürfen wir uns nicht gewöhnen.

Die Frage, ob wir überhaupt einen neuen Wert mit 200 einführen wollen, ist sehr heftig diskutiert worden. Wir haben das aus bestimmten Erwägungen dann gemacht.

Ich will damit noch einmal sagen: Wir sind in Baden-Württemberg bei Alarmstufe Rot, und zwar praktisch flächendeckend.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das stimmt nicht!)

Bitte machen Sie das der Bevölkerung auch klar, und werben Sie weiter dafür, dass die Menschen ihre Kontakte auf das Allernötigste beschränken.

Herzlichen Dank, und bleiben Sie gesund.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungsinformation haben die Fraktionen freie Redezeit vereinbart.

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für Ihre Regierungsinformation. Ich denke, die Situation, in der sich das Land in dieser Pandemie befindet, rechtfertigt diese Sondersitzung durchaus. Es ist auch gut, dass das Parlament nach dieser Runde der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin informiert wird.

Aber ich denke, es kann nicht nur darum gehen, das Parlament zu informieren, sondern das Parlament muss auch in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

(Beifall)

Es geht ja um erhebliche Eingriffe in die Grundrechte. Es geht um Eingriffe in die wirtschaftlichen Verhältnisse von Menschen, es geht um Eingriffe in individuelle Biografien. Deshalb ist es der falsche Weg, solche Entscheidungen nur auf einer Art orientalischem Basar der Ministerpräsidenten zu treffen.

Es gingen ja in den zurückliegenden Tagen alle möglichen Papiere und alle möglichen Aussagen durch die Medien, bis man sich dann gestern zusammengesetzt hat, offensichtlich sieben oder acht Stunden konferiert hat, und am Schluss kam dann das heraus, was die Öffentlichkeit schon vorher wusste. Das ist zwar ein – na ja – etwas bemerkenswertes Verfahren, aber es liegen im Grunde von allen Fraktionen Entschließungsanträge vor – ich nehme an, über die wird dann auch abgestimmt –, und insofern ist es ein demokratisch durchaus akzeptables Verfahren.

(Zuruf: Sehr gut!)

Die Lage ist nach wie vor ernst, keine Frage. Sie haben, Herr Ministerpräsident, behauptet, die Politik des Novembers sei erfolgreich gewesen. Da habe ich schon meine Zweifel; denn mit den Beschlüssen, die Anfang November in Kraft traten, wurde der Bevölkerung signalisiert, das sei ein Teil-Lockdown für den November, und die notwendigen finanziellen Überbrückungsmittel hießen ja dann auch Novemberhilfen.

Sie haben allerdings in zweifacher Weise recht: Diese Novemberhilfen sind keine Novemberhilfen, weil sie erstens frühestens im Dezember fließen, und das Zweite ist, dass sie verlängert werden müssen. Das, was der Bevölkerung, aber auch dem Hotel- und Gaststättengewerbe, dem Sport und der Kul-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

tur in Aussicht gestellt wurde – im Dezember gehe es vielleicht wieder weiter, da dürfe vielleicht wieder geöffnet werden –, das haben Sie nicht erreicht. Deshalb kann man nicht so einfach behaupten, diese Politik sei erfolgreich gewesen, sondern man könnte durchaus zu dem Ergebnis kommen, dass dieser Teil-Lockdown vom November 2020 ein Rohrkröpierer gewesen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe)

Die Maßnahmen waren nicht zielgerichtet. Sie haben im Grunde – wie ich es schon bei der Debatte zu diesen Novembermaßnahmen ausgeführt habe – mit der Schrotflinte geschossen in der Hoffnung, vielleicht irgendwo Infektionsgeschehen zu erwischen. Das ist durchaus umstritten, und zwar von allen Seiten. Der Virologe Jonas Schmidt-Chanasit etwa sagt: Pauschale Maßnahmen zur Kontaktreduktion sind nicht angemessen, sondern man muss sich anschauen, wie die Hygienekonzepte aussehen, und man muss sich anschauen, ob Infektionsherde tatsächlich nachgewiesen sind.

Deshalb ist es eben nach wie vor falsch, wenn sich die Ministerpräsidenten sozusagen ihre Lieblingsgegner vorknöpfen – das Hotel- und Gaststättengewerbe, den Sport und die Kultur – und sagen: Auf die schießen wir mal mit der Schrotflinte, und damit werden wir schon den Wellenbrecher-Lockdown erreichen. Das ist Ihnen offensichtlich nicht gelungen, meine Damen und Herren. Das ist nicht gelungen.

(Zurufe, u. a.: Das ist so falsch!)

Dasselbe sagen auch Verfassungsrechtler. Ich zitiere Professor Ferdinand Kirchhof, wirklich keine umstrittene Gestalt,

(Zuruf: Doch!)

sondern ein unumstrittener Verfassungsrechtler. – Da ruft einer von den Grünen: „Doch!“

(Lachen)

Wenn irgendein Verfassungsrechtler etwas sagt, was Ihnen nicht passt, dann ist er schon deshalb umstritten.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Er sagt, auf keinen Fall dürften Regeln lediglich ein erzieherisches Ziel verfolgen. Ich zitiere:

Letztlich ist vom Staat zu verlangen, dass er sich auf konkrete Risiken ... bezieht ... und nachweist, dass seine Maßnahmen nicht nur am Rande zur Eindämmung beitragen.

Genau diesen Nachweis haben Sie nicht erbracht,

(Zuruf: Doch!)

sondern Sie geben sich damit zufrieden, am Rande zur Eindämmung beizutragen. Das ist Ihre Politik, und die ist nicht hinreichend begründet.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

Das, was Sie tun, ist virologisch fragwürdig und verfassungsrechtlich bedenklich, meine Damen und Herren.

(Beifall – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nehmen wir mal die Regierung in Rheinland-Pfalz: Widersprüche finden sich da, wo die FDP regiert!)

– Ach, Herr Kollege Sckerl, ich komme schon noch auf die Widersprüche in Ihrer eigenen Regierung,

(Vereinzelt Lachen – Zuruf)

wenn es beispielsweise darum geht, ob es Wechselunterricht an den Schulen gibt oder wann die Ferien anfangen. Da gibt es genügend Brüche in Ihrer eigenen Regierung. Da brauchen Sie gar nicht nach Rheinland-Pfalz zu flüchten. Darauf kommen wir noch; verlassen Sie sich darauf.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf)

Sie haben den Sommer verschlafen – ganz eindeutig. Herr Ministerpräsident, kürzlich sagten Sie – nachdem fast jede Pandemie in der Geschichte eine zweite Welle hatte; ich darf Sie zitieren –:

Damit haben wir nicht gerechnet, das muss man schon ehrlicherwise sagen.

(Zuruf)

Das war der Satz des Ministerpräsidenten. Und weil die Zahlen im Sommer offensichtlich rückläufig waren, haben Sie einen Sommer der Sorglosigkeit verlebt, meine Damen und Herren.

(Zurufe – Unruhe)

Deshalb gibt es jetzt Einschränkungen der Tests von Menschen mit Erkältungssymptomen, deshalb haben Sie Verbesserungen bei den Apps verpasst.

(Zuruf: Hört, hört!)

Deshalb auch die Zwischenfrage vom Kollegen Schweickert; Sie haben Verbesserungen bei den Apps verpasst.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Nach wie vor nicht berücksichtigt ist die Bedeutung ...

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Dr. Rülke hat das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: ... von Clustern beim Infektionsgeschehen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich darf mich aufregen, Frau Präsidentin!)

– Ja, Sie dürfen sich gern aufregen.

Präsidentin Muhterem Aras: Sie dürfen sich aufregen, aber trotzdem sollte der Redner die Möglichkeit haben – –

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir schenken ihm zum Geburtstag auch ein Blutdruckmessgerät, damit es nicht übertrieben wird – aber sonst würde mir ja etwas fehlen.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Zuruf)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie haben es versäumt, Antigentests zum Schutz vulnerabler Gruppen bereitzustellen. Erst jetzt gibt es ein 200-Millionen-€-Programm auf Bundesebene. Dasselbe gilt für die Beschaffung von FFP2-Masken. Außerdem gibt es große Rückstaus bei Testergebnissen.

Es ist schon auffällig, Herr Ministerpräsident, wie Sie immer wieder Ihren zuständigen Minister loben müssen – der ja offensichtlich überfordert ist. Der Kollege Stoch hat Sie dann zu Recht aufgefordert, ihm die Verantwortung für die Pandemiebewältigung zu entziehen. – Herr Lucha, all diese Versäumnisse haben einen Namen, nämlich Ihren. In der Bevölkerung gibt es schon eine Wortneuschöpfung: den „Lucha-Schlaf“. Es gibt auch eine Definition: Im Vergleich zum „Lucha-Schlaf“ ist der Dornröschenschlaf ein Power Nap, Herr Lucha.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Das ist das, was Sie im Sommer geleistet haben, meine Damen und Herren.

(Zurufe, u. a.: Sehr gut!)

Hilflos wird jetzt der Lockdown verlängert bis zum 20. Dezember.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Unruhe)

Anschließend gibt es dann weitere Optionen zur Verlängerung. Das ist das, was wir schon vor vier Wochen diskutiert haben: eine Jo-Jo-Politik in der Hoffnung, dass es dann irgendwann den Impfstoff gibt.

Ja, auf den Impfstoff hoffen wir alle,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein!)

ohne Zweifel.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein!)

Dieser Impfstoff wird dann hoffentlich auch der Weg aus dieser Pandemie sein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein!)

Was Sie aber versäumt haben, ist eine langfristig nachvollziehbare Strategie. Sie stochern immer wieder im Nebel, hinken quasi von einem Teil-Lockdown zum nächsten und hoffen, dass irgendwann der Impfstoff kommt: eine Jo-Jo-Politik bis hin zum Impfstoff.

Im Übrigen gibt auch Ihre eigene Koalition – Herr Sckerl, ich habe Ihnen ja versprochen, darauf zu sprechen zu kommen – ein bemerkenswertes Bild ab. Vonseiten der A-Länder ist ein Verbot des Silvesterfeuerwerks ins Spiel gebracht worden. Am Montag haben Sie, Herr Kollege Schwarz, das begrüßt und haben im SWR gesagt, Sie fänden es gut, wenn man das Silvesterfeuerwerk verbieten würde.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wenn man es einschränkt!)

– Ja, ja. – Am Dienstag hat der Ministerpräsident dann erklärt, er sei nicht für ein solches Verbot.

Die jetzigen Vorschläge sind ja vernünftig. Man sagt, auf öffentlichen Plätzen sollte man das einschränken – wo möglicherweise Infektionsgeschehen droht. Man kann der Bevölkerung aber doch nicht generell mit dem Alibi „Corona“ eine solche Verbotsdiskussion aufs Auge drücken.

Da waren manche unterwegs, die Corona nutzen wollten, um bestimmte Verbote durchzudrücken, die sie in der Vergangenheit nicht hinbekommen haben.

(Zuruf: Genau! Richtig!)

Dafür ist diese Pandemie nicht das richtige Alibi, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe)

Man kann dies mit Rücksicht auf die Umwelt einschränken. Man kann es auf öffentlichen Plätzen einschränken. Dies der Bevölkerung aber generell zu verbieten ist der falsche Weg.

(Zuruf: Sehr gut!)

Auch bei der Verlängerung der Schulferien bietet diese Koalition ein sehr divergierendes Bild. Der Ministerpräsident ist dafür, die Ferien zu verlängern. Die Schulministerin ist dagegen, beugt sich aber – sehen Sie, sie nickt.

(Heiterkeit – Zuruf: Nichts zu melden!)

Es gibt also genügend Brüche in dieser Koalition. Ich kann Ihnen sagen, Frau Eisenmann, dass ich Ihre Haltung durchaus nachvollziehen kann. In diesem Jahr ist genügend Unterricht ausgefallen.

(Zuruf: So ist es!)

Ich finde es auch bemerkenswert, dass der Ministerpräsident, wenn er gefragt wird, ob das zusätzliche Ferien seien oder ob das nachgeholt werde, antwortet, das habe er sich noch nicht überlegt.

(Vereinzelt Lachen)

Das ist mir zu wenig. Man sollte sich schon die Frage stellen, ob man diesen Unterricht dann nicht nachholen sollte. Ich glaube, dass in diesem Jahr schon genügend Unterricht ausgefallen ist.

(Beifall)

Auch beim Wechselunterricht oder Hybridunterricht blickt niemand mehr durch, wofür diese Regierung eigentlich steht.

(Unruhe)

Da heißt es: Wechselunterricht – ja, möglicherweise. Dann heißt es: Wechselunterricht – nein. Jetzt heißt es, wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Ministerpräsident: Wechselunterricht ab einer Inzidenzzahl von 200. Aber offensichtlich ist diese Koalition auch hier alles andere als einig.

Das Ganze ist auch nicht zu Ende gedacht, meine Damen und Herren. Denn wer Wechselunterricht will, muss sich natürlich auch die Frage stellen: Was bedeutet das für die Betreuung der Kinder? Was bedeutet das für die Eltern, die möglicherweise

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

arbeiten sollen? Das ist ja auch der Grund dafür, Herr Ministerpräsident, warum Sie davon sprachen, dass dies in der Schulpolitik eine politische Entscheidung sei. Ich nehme an, das ist so zu verstehen, dass Sie der Meinung sind: Aus Infektionsgesichtspunkten hätte man anders entscheiden müssen.

Aber eine politische Entscheidung muss ein Parlament oder eine Regierung immer treffen, weil Sie abwägen müssen. Diese Abwägung führt eben dazu, dass man sich auch die Frage stellen muss, welche Auswirkungen ein solcher Wechselunterricht hat. Hat er die Auswirkung, dass die Kinderbetreuung noch gewährleistet werden kann? Hat er die Auswirkung, dass die Eltern arbeiten können? Vor allem: Bleibt die Bildungsgerechtigkeit gewährleistet?

Denn eines haben wir doch erlebt, als wir im Sommer den Schul-Lockdown hatten: dass genau diejenigen Kinder in unserer Gesellschaft zu den Bildungsverlierern wurden, die digital abgehängt waren, die beispielsweise in Regionen wohnen, wo es zwar einen Schwarzwaldhof gibt, Herr Minister Strobl, aber dieser Schwarzwaldhof noch lange nicht ans Breitband angeschlossen wurde.

(Vereinzelt Beifall)

Kinder, die keine leistungsfähigen digitalen Endgeräte hatten, oder Kinder, bei denen die Lehrerinnen und Lehrer eben nicht dafür gesorgt haben, dass das digitale Angebot vorhanden gewesen ist, das waren die Bildungsverlierer, und das sind auch die Verlierer beim Wechselunterricht. Deshalb muss man sich sehr gut überlegen, ob man diesen Wechselunterricht für gut befindet – insbesondere nach dem Ergebnis der Studien, die Sie sich von den vier Universitätskliniken haben erstellen lassen.

Für die FDP ist klar: Wir wollen diesen Wechselunterricht nicht. Wir wollen, dass Schulunterricht stattfindet, und wir wollen auch eine Betreuungsgarantie, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Im Übrigen ist es doch naiv, zu glauben, wenn die Schule am 18. Dezember schließt, dann gehen die Kinder sechs Tage lang in Quarantäne, damit Oma und Opa an Heiligabend nicht angesteckt werden. Das verkünden Sie zwar, aber es ist bar jeden Realismus, zu glauben, zusätzliche Ferientage, die man den Kindern gibt, verbringen sie dann in Quarantäne. Das glauben Sie doch selbst nicht, meine Damen und Herren.

Deshalb ist es besser, in Richtung FFP2-Masken zu gehen. Das haben Sie gesagt; dafür bin ich dankbar. Das ist der richtige Weg. Aber, Frau Ministerin, wir würden uns auch wünschen, dass Sie etwas aufgeschlossener gegenüber Raumluftreinigern wären.

(Zuruf)

Das sind nämlich die beiden Methoden, mit denen man Unterrichtsausfall und Wechselunterricht vermeiden kann. Besser FFP2-Masken und Raumluftreiniger als Wechselunterricht und Ferienverlängerung, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe, u. a. des Ministers Thomas Strobl
– Zuruf: Weg mit den Masken!)

– Herr Strobl, wenn Sie Glück haben und vielleicht über die Zweitauszählung in den Landtag gewählt werden, dann sind Sie auch zu Zwischenrufen berechtigt. Im Moment sind Sie das nicht. Bitte merken Sie sich das.

(Zurufe)

Zum Einzelhandel: Der Einzelhandel ist ja schon gebeutelt genug. Aber auch da haben Sie aus verlorenen Prozessen nicht gelernt. Das betrifft beispielsweise das Urteil, mit dem Ihnen die 800-m²-Regelung um die Ohren geflogen ist. Für die 800-m²-Regelung ist die Landesbauordnung der Ausgangspunkt. Herr Ministerpräsident, Sie haben damals hier erläutert, dass offenbar die Landesbauordnung ein Instrument zur Pandemiebekämpfung sei. Anschließend haben die Gerichte gesagt, dass dem nicht so ist. Und jetzt kommen Sie wieder mit der Landesbauordnung und einer 800-m²-Regelung.

Es ist doch ersichtlich: Wenn Sie Geschäfte mit über 800 m² anders behandeln als Geschäfte mit unter 800 m², dann verstoßen Sie gegen den Gleichheitsgrundsatz. Ihre Replik auf die Zwischenfrage des Kollegen Schweickert, ob dann das Personal mit eingerechnet wird oder nicht – „Das haben wir uns noch nicht überlegt“ –, zeigt doch, dass das Ganze wieder nicht zu Ende gedacht ist. Eine solche Politik ist nicht zu Ende gedacht.

Wenn Sie jetzt gleichzeitig noch der Bevölkerung erklären, sie solle in der Woche vor Weihnachten in Quarantäne gehen, dann führt dies zu einer Verödung der Innenstädte, während bei Amazon die Sektorkorken knallen. Das kann man doch nicht wollen, meine Damen und Herren. Das ist die falsche Politik.

(Beifall)

Auch diese fragwürdige Fokussierung auf Weihnachten ist verfassungsrechtlich höchst problematisch.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Wenn es auch nicht allen gefällt, zitiere ich noch mal Ferdinand Kirchhof:

Lokale zu schließen mit der Begründung, damit lasse sich dann ein schönes Weihnachtsfest feiern, ist nicht zulässig.

Das ist verfassungsrechtlich problematisch, meine Damen und Herren, und es ist offensichtlich reiner politischer Opportunismus, weil Sie und die anderen Ministerpräsidenten wahrscheinlich gedacht haben: „Wenn Weihnachten nicht so richtig funktioniert, dann gibt es den Volkszorn, und den wollen wir vermeiden; deshalb machen wir eine Politik, die sich in der Infektionsbekämpfung ausschließlich an Weihnachten ausrichtet.“ Das ist verfassungsrechtlich problematisch, und es ist auch, was die Pandemiebekämpfung anlangt, nicht nachvollziehbar.

Es sind auch durchaus positive Einzelmaßnahmen in Ihrem Beschluss enthalten – ich habe schon einige genannt, Stichwort FFP2-Masken. Ich glaube auch, dass die Reduktion der Quarantänezeit von 14 auf zehn Tage, so wie beschrieben, richtig ist. Natürlich ist es nach diesen Beschlüssen auch notwendig, die sogenannten Novemberhilfen zu verlängern. Aber, wie gesagt, diese Novemberhilfen fließen ja gar nicht. Ich hoffe, dass die Novemberhilfen dann wenigstens im Dezember

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

und die notwendigen Dezemberhilfen dann im Januar fließen. Aber vielleicht taufen Sie sie dann gleich Januarhilfen – in der Hoffnung, dass dann die Gastronomie, der Sport und die Kultur vielleicht wieder öffnen können.

Was fehlt, ist eine langfristige Strategie. Sie haben keinen Plan zum Umgang mit dieser Pandemie, sondern stochern im Nebel. Es kommt dann ein Teil-Lockdown nach dem anderen, der Wellenbrecher-Lockdown heißt. Es gibt Papiere über Papiere, die zunächst in der Öffentlichkeit bekannt werden, dann stundenlang diskutiert werden. Aber nirgendwo gibt es einen klaren Kurs.

Nur zu einem, Herr Ministerpräsident, kann man Sie beglückwünschen, nämlich zur Nibelungentreue der Regierungsfractionen. Am gestrigen Abend, als die Ministerpräsidentenkonferenz noch lief und noch gar nicht klar war, was eigentlich beschlossen wird, haben die beiden Regierungsfractionen – Herr Kollege Schwarz und Herr Kollege Reinhart – schon einen Entschließungsantrag eingereicht.

(Zurufe)

– Ja, ja, Sie waren in der Sitzung. – Ich darf einmal zitieren:

2. dass die Vereinbarung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten von Bund und Ländern vom 25. November 2020 einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer deutschlandweit einheitlichen Eindämmung der Pandemie nach einheitlichen Maßstäben darstellt;

Das haben Sie schon gewusst und beantragt, als die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin noch tagten. Meine Damen und Herren, so machen Parlamentarier sich zum willenlosen Instrumentarium von Regierenden. Das ist das Problem in diesem Haus.

(Beifall)

Zu dieser Politik gibt es Alternativen. Unser Entschließungsantrag – Sie können und werden ihn wahrscheinlich ablehnen – ist eine Alternative,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wie in Nordrhein-Westfalen?)

um von der Eindämmungs- zur Protektionsstrategie zu kommen und ein Ampelsystem zu etablieren, das nicht nur auf die Zahl der positiven Tests, sondern auf die Zahl der Tests insgesamt rekurriert, auf tatsächlich symptomatisch Erkrankte und auch auf die Klinikkapazitäten.

Wir haben schon damals gesagt und sagen es wieder – ich habe es schon gelobt, Sie gehen da durchaus einen Schritt auf uns zu –: Den verstärkten Einsatz von FFP2-Masken – eben nicht bloße Alltagsmasken – empfehlen wir auch für den Bereich der Schülerbeförderung. Denn es ist schon einigermaßen grotesk, wenn manche Politiker vorschlagen, man solle Kinder morgens in überfüllten Bussen zur Schule transportieren, anschließend zu Dreißigst in Klassenzimmern sitzen lassen, und nachmittags dürfen sie sich mit nur noch einem Freund treffen, um die Pandemie zu bekämpfen. Solche Vorschläge entbehren jeglicher Logik.

(Zuruf)

Deshalb ist es notwendig, FFP2-Masken statt Alltagsmasken auch in der Schülerbeförderung einzusetzen.

(Beifall)

Schnelltests stärker als bisher für vulnerable Gruppen einsetzen – da hat der Sozialminister im Sommer viel zu wenig gemacht. Die Novemberhilfen habe ich schon erwähnt. Es ist auch notwendig, den Blick neben dem Schaustellergewerbe, das Sie erwähnt haben, verstärkt auf die Soloselbstständigen zu legen, die in dieser Pandemie vielfach leiden. Sie leiden mittelbar, weil eben bestimmte Branchen, die vielleicht auch die Novemberhilfen erhalten – im Dezember oder Januar –, von den Soloselbstständigen mit bedient werden und denen dann das Geschäft wegbricht.

In diesem Zusammenhang ist die 80-%-Regelung deutlich zu hoch angesetzt. Auch darüber sollte man noch einmal nachdenken.

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Zu hoch?)

– Zu nieder.

(Zuruf: Zu hoch!)

– Nein, doch, zu hoch. Zu hoch. Wie gesagt: ist zu hoch angesetzt. Ja. Ich habe es so gemeint, wie ich es gesagt habe, Herr Sckerl.

Und was den Verlustrücktrag anlangt: Auch den braucht die baden-württembergische Wirtschaft. So kann man den Unternehmen schneller helfen als durch Zuschüsse, die möglicherweise durch bürokratische Verwerfungen oder eben dadurch, dass manche nicht handeln, nicht oder zu spät kommen.

Deshalb ist es notwendig, jetzt endlich einmal dahin zu kommen, diese Politik vom Kopf auf die Füße zu stellen. Bemühen Sie sich endlich um eine langfristige Strategie. Mit einem Hangeln von Teil-Lockdown zu Teil-Lockdown werden wir aus dieser Krise nicht herauskommen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur gemeinsam kommen wir durch diese Krise. Es geht darum, die Gesundheit und das Leben der Menschen in Baden-Württemberg zu schützen. Dafür sind harte Maßnahmen notwendig. Da sind alle Bürgerinnen und Bürger gefragt. Das ist gelebte Solidarität, und nur so können wir die weitere Verbreitung des Virus eindämmen. Das hat für meine Fraktion höchste Priorität.

(Beifall)

Wir alle wissen, dass damit harte Einschränkungen einhergehen. Das betrifft ganz unmittelbar auch das Alltagsleben. Der Frühsommer hat gezeigt, welche großen Verwerfungen es mit sich bringt, wenn beispielsweise Schulen geschlossen sind.

Meine Position, die Position meiner Fraktion ist daher klar: Solange es wissenschaftlich vertretbar ist, halten wir an der

(Andreas Schwarz)

Öffnung von Kindertagesstätten und Schulen fest. Das ist wichtig für die Familien in Baden-Württemberg, wichtig für jedes einzelne Kind. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen; sie haben eigene Bedürfnisse. Es geht hier um faire Bildungschancen, um Bildungsgerechtigkeit. Deswegen lassen wir Kitas und Schulen so lange wie möglich geöffnet.

(Beifall)

Ich weiß, mit welchen Problemen viele derzeit zu kämpfen haben: Kurzarbeit, Angst vor der Arbeitslosigkeit, drohende Insolvenzen, drohende Firmenschließungen. Die Pandemie und ihre Folgen haben für unsere Wirtschaft sehr harte Konsequenzen. Umso wichtiger sind hier die Hilfsprogramme des Landes und des Bundes. Seitens des Landes können wir hier flankieren. Der Bund hat bei den Wirtschaftshilfen aber eine tragende Rolle, der er auch gerecht werden muss.

Für uns ist daher klar, dass der Bund die Wirtschaftshilfe auf Dezember ausweiten muss und im neuen Jahr eine Überbrückungshilfe III anbieten muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich kann ja verstehen, dass manche müde sind von dieser Pandemie. Ich kann verstehen, dass manche sagen: Mir reicht's. Doch dem Virus ist das egal. Weil jedoch einige hier das nicht so sehen wollen, sage ich es nochmals ganz deutlich: Die Lage ist dramatisch.

Und, Herr Kollege Rülke: Wir befinden uns mitten in der Pandemie. Es ist jetzt nicht die Stunde, sich auf Teufel komm raus zu profilieren, und es ist auch nicht die Stunde für eine Comedy-Rede hier am Redepult.

(Beifall)

Ihre infamen Vorwürfe, der Sozialminister habe nicht gehandelt, weise ich entschieden zurück. Ich komme im weiteren Teil meiner Rede darauf zu sprechen.

(Beifall)

Wer war es denn, der immer Maßnahmen hinterfragt und sogar hintertrieben hat? Das waren doch Sie. Da waren Sie doch an der Speerspitze. Und ein Wachküssen aus dem Dornröschenschlaf von Ihnen, das ist sicher nicht nötig, Herr Kollege Rülke.

Im Übrigen handeln Sie ja höchst widersprüchlich. Wenn ich Ihren eigenen Antrag zitieren darf – Abschnitt I Ziffer 1 –, dann sagen Sie ja, dass die Maßnahmen gewirkt haben. Das schreiben Sie hier selbst. Warum unterstellen Sie dann der Regierung, ihre Maßnahmen hätten nicht gewirkt, wenn Sie es doch selbst in Ihren Antrag schreiben? Widersprüchlichkeit bei der FDP, das muss ich hier ganz klar sagen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Schwarz, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Ich möchte Sie fragen: Ist Ihnen bekannt, wie viele Corona-Schnelltests das

Land Baden-Württemberg von den Unternehmen, die mit Landesgeldern von Baden-Württemberg bei der Entwicklung unterstützt worden sind – im Sommer, als Zeit dazu war, oder auch jetzt –, bestellt hat? Wie viel ist von diesen Unternehmen gekauft worden?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Schweickert, ich komme im Laufe meiner Rede noch auf Schnelltests zu sprechen.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Dann frage ich noch mal!)

Ich begrüße die Ankündigung, die gestern gemacht wurde, dass man künftig in Schulen und weiteren Einrichtungen Schnelltests durchführen kann. Der begrenzende Faktor bei den Schnelltests sind nicht die physischen Testkapazitäten. Der begrenzende Faktor ist das medizinische bzw. das qualifizierte Personal, das diese Abstriche vornehmen kann. Es ist nämlich gar nicht so leicht, diesen Schnelltest vorzunehmen. Dafür brauchen Sie qualifiziertes Personal, und das ist der begrenzende Faktor.

Herr Minister Lucha hat dafür eine umfassende Strategie vorgelegt. Da kann ich ihn nur loben, Herr Kollege Schweickert.

(Beifall)

Wenn Sie aber auf die Maßnahmen der FDP zu sprechen kommen, auf das, was Sie hier in Ihrem Antrag formuliert haben, dann ist ja vieles von dem, Herr Schweickert, Herr Kollege Rülke, richtig. Nur: Es geht eben am Kern vorbei. Ich habe den Eindruck, Sie erfassen den Ernst der Lage nicht.

(Zuruf)

Täglich sterben Hunderte Menschen in Deutschland an Covid-19. Intensivbetten sind fast ausgelastet.

(Zuruf: Was? Das stimmt doch gar nicht!)

Das Pflegepersonal ist am Rande seiner Kräfte. Wenn jetzt noch ein Autounfall, ein Herzinfarkt oder eine Verletzung durch Silvesterfeuerwerk dazukommt, dann kommen wir sehr schnell in den Bereich der Überlast. Dann wäre die medizinische Versorgung, wie wir sie kennen, nicht mehr gewährleistet.

Ja, es gibt manchmal zwischen dem Ministerpräsidenten und mir unterschiedliche Meinungen. Das haben Sie ja zitiert, und das ist nicht weiter tragisch. Ich hätte tatsächlich eine stringendere Empfehlung ausgesprochen, auf das Silvesterfeuerwerk zu verzichten. Jetzt haben die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin ein Verbot auf Plätzen ausgesprochen. Damit kann ich gut leben. Ich finde, das ist eine gute Lösung.

(Beifall)

Wir dürfen uns jetzt nicht ausruhen, egal, wie müde wir sind. Jetzt geht es darum, das Virus einzudämmen. Es gibt ja auch Hoffnung. Die aktuellen Zahlen machen deutlich, dass wir das exponentielle Wachstum gebrochen haben. Damit ist ein erstes wichtiges Ziel erreicht; die Maßnahmen beginnen zu wirken. Seit dem Anstieg der Zahlen haben wir gemeinsam eine Seitwärtsbewegung hinbekommen.

(Andreas Schwarz)

Das reicht jedoch nicht aus. Wir dürfen jetzt nicht lockerlassen. Bevor wir wieder zu unbeschwerten Tagen zurückkehren können, müssen die Zahlen deutlich zurückgehen, denn die Inzidenzen sind landesweit zu hoch. Deswegen ist jetzt entschlossenes und beherztes Handeln angesagt.

Insgesamt sind wir mit den Empfehlungen der Regierungschefs in der Sache einverstanden. Wir halten sie für angemessen, sie finden unsere Unterstützung. Wichtig ist, Herr Ministerpräsident, dass diese Regelungen jetzt schnell umgesetzt werden. Dann herrscht Klarheit für jeden.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Beschlüsse der gestrigen Konferenz hier erläutert, auch bewertet. Ich danke Ihnen für Ihr engagiertes Verhandeln. Es ist wichtig, dass wir hier zusammenkommen und im Parlament darüber reden. Hier im Parlament ist der richtige Ort für diese Debatte. Wir werden uns – dazu liegen ja auch Entschließungsanträge vor – dann positionieren. Das ist der Ort der Demokratie.

Das haben wir gemeinsam im Landespandemiegesetz so vereinbart. Damit waren wir bundesweit Vorreiter. Wir schlagen Ihnen vor, dieses Gesetz noch einmal nachzujustieren, damit aufgrund der neuen Fristen im Infektionsschutzgesetz des Bundes eine zeitnahe Parlamentsbeteiligung erfolgen kann. Dazu werden wir einen Gesetzentwurf vorlegen. Wir stellen somit sicher, dass die Maßnahmen nicht nur von der Regierung, sondern auch hier durch den Landtag legitimiert werden. Das ist ein wichtiges Signal, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich habe davon gesprochen, wie wichtig es ist und dass es für uns eine hohe Priorität hat, Schulen und Kitas offen zu halten. Das Ansteckungsrisiko bei Kindern scheint kleiner zu sein, aber es liegt nicht bei null. Wenn wir uns dafür entscheiden, dass Schulen und Kitas offen bleiben, dann heißt das für mich, dass wir aktiv dafür sorgen müssen, dort die Risiken zu reduzieren.

Deswegen gibt es die Maskenpflicht in den Schulen. Deswegen gibt es die Aufforderung, regelmäßig zu lüften, Abstände einzuhalten, wo immer das in den Klassenräumen möglich ist. Deswegen sind die Schulen aufgefordert, dafür zu sorgen, dass sich unterschiedliche Jahrgänge nicht vermischen.

Mir ist bewusst, dass diese Regeln für die Schulen große Herausforderungen darstellen. Mein Dank gilt daher allen Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schulleiterinnen und Schulleitern, die in dieser Situation Großartiges leisten.

(Beifall)

Wir, das Land, sind aufgefordert, diese Leistung intensiv zu unterstützen. So haben wir jetzt begonnen, zusätzliche Gelder des Landes an die Schulen zu geben, damit sie Filtergeräte und Hardware für die Digitalisierung anschaffen können. Wir haben die Hürden für den Abruf der Digitalisierungsmittel gesenkt. Das sind erste Schritte. Das sind wichtige Schritte.

Es müssen weitere Schritte gegangen werden. Denn schließlich geht es um die Gesundheit der Kinder sowie der Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land. Ich rege deswegen vier Maßnahmen an.

Erstens ist es wichtig, schnell weitere Filtergeräte und CO₂-Ampeln in die Klassenzimmer zu bringen.

Zweitens brauchen Schulen einen klaren rechtlichen Rahmen. Schauen Sie sich nochmals den Frühsommer an: In vielen Schulen fand Fernunterricht statt. Viele Schulen haben in diesem Sommer improvisiert. Über die Sommerferien haben sich viele Schulen darauf vorbereitet, wie sie künftig Lerninhalte digital zur Verfügung stellen können. Viele Schulen haben den Fernunterricht mit pädagogischen Konzepten hinterlegt. Viele Schulen sind also bereit, einen Teil der Schülerinnen und Schüler, wenn diese beispielsweise in Quarantäne sind, digital zu unterrichten. Ich kann mir gerade bei weiterführenden Schulen einen solchen Ansatz gut vorstellen. Das hilft auch dabei, Kontakte in der Schule zu reduzieren, insgesamt das Risiko zu reduzieren. Deswegen wünsche ich mir, dass wir den Schulen hier die Sicherheit geben, dass wir sie auf diesem Weg unterstützen.

(Beifall)

Drittens möchte ich auf die Corona-Warn-App hinweisen. Herr Ministerpräsident, Sie haben diese angesprochen, auch der Kollege Schweickert hat sie angesprochen. Offiziell ist die Corona-Warn-App erst ab 16 Jahren zugelassen. In vielen Klassenzimmern müssen Schülerinnen und Schüler ihr Handy komplett ausschalten. Das ist natürlich in der derzeitigen Situation kontraproduktiv. Dann funktioniert nämlich die Warn-App in der Schule nicht. Wir wollen daher dafür werben, dass die Warn-App in der Schule zugelassen wird, dass sie bei jüngeren Schülern zugelassen wird, sodass das Handy dann lautlos in der Schultasche steckt und die Warn-App funktionieren kann. Wir finden, das ist ein wichtiger Beitrag, um im Zweifelsfall Infektionsketten nachvollziehen zu können.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident, zum vierten Punkt: Ich bin Ihnen dankbar für Ihre Zusage, dass das Land Lehrerinnen und Lehrer mit FFP2-Masken ausstatten wird. Ich finde, das ist ein ganz wichtiger Beitrag, den wir leisten können, um zu einem weiterhin funktionierenden Bildungswesen beizutragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich über den Jahreswechsel hinausschaue, dann kann ich feststellen: Baden-Württemberg ist gut vorbereitet. Denn wir müssen uns auf einen harten Winter einstellen. Das heißt auch, dass die sogenannten Novemberhilfen zu Winterhilfen werden müssen. Meine Erwartung ist, dass die Bundesregierung hier schnell aktiv wird und die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Verlängerung schafft. Wir dürfen die von der Schließung betroffenen Betriebe nicht im Stich lassen. Das betrifft insbesondere die Soloselbstständigen, die Künstlerinnen und Künstler sowie die Gastronomie. Das ist uns sehr wichtig.

(Beifall)

Ich finde es schwer nachvollziehbar, wenn der Bund eine Novemberhilfe ankündigt, diese aber erst im Dezember auszahlt. Denn das Geld muss bei den Leuten ankommen. Darum geht es. Deswegen begrüßen wir es, dass jetzt Abschlagszahlungen erfolgen. Das ist ein wichtiges und auch das richtige Signal.

(Beifall)

(Andreas Schwarz)

Wir, das Land Baden-Württemberg, stehen bereit, diese Maßnahmen zu flankieren und zu unterstützen. Die tragende Rolle liegt beim Bund. Im Land denken wir darüber nach, für den Kulturbereich und den Verkehrsbereich eine Soforthilfe 2 aufzulegen. Entsprechende Vorbereitungen laufen. Und mit unserem Programm „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ werden wir Investitionsimpulse setzen. Auch das läuft jetzt an.

Sie merken also: Wir tun sehr viel, damit Baden-Württemberg ein starker Wirtschaftsstandort bleibt, damit Arbeitsplätze und Geschäfte erhalten bleiben. So kann es gelingen, tatsächlich stärker aus der Krise zu kommen.

(Beifall)

Ich möchte aber diese Gelegenheit auch nutzen, um eine Warnung auszusprechen. In der Krise haben Bund und Länder ihre Geldschränke geöffnet. Das war richtig, das ist richtig, und das bleibt auch weiterhin richtig, weil wir jetzt handeln müssen. Mir ist es allerdings wichtig, dass dies mit Umsicht geschieht. Die Maßnahmen, die jetzt aufgelegt und gefördert werden, müssen ihre Wirkung erzielen. Sie müssen uns tatsächlich voranbringen, sie müssen effizient sein.

Es darf nicht zur Gewohnheit werden, mit der Steuergießkanne Gelder zu verteilen. Ich habe daher – das muss ich Ihnen ehrlich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen – schon Sorgen, wenn der Bundesfinanzminister über eine Verschuldung in Höhe von 300 Milliarden € nachdenkt, eine Neuverschuldung in Höhe von 300 Milliarden € ankündigt. Dieser Betrag ist 60-mal so hoch wie das Volumen des Haushalts des Landes Baden-Württemberg – 60-mal so hoch!

Die Coronakrise ist heftig. Jetzt zu handeln ist richtig.

(Zurufe)

– Sechsmal, sorry. Sechsmal so hoch.

(Zurufe – Unruhe)

Schön, dass Sie alle meine Rede sehr aufmerksam verfolgen.

(Zuruf: Wir können rechnen!)

Dann bleiben meine Ausführungen hoffentlich hängen.

(Zurufe – Unruhe)

Es ist richtig, in dieser Situation zu handeln. Aber meine Sorge ist – deswegen führe ich dieses Warnsignal an –: Wir brauchen morgen und übermorgen eine Grundlage, ...

(Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Lede Abal, Herr Abg. Schwarz hat das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: ... damit der Staat funktioniert, damit wir die Klimakrise bekämpfen können, damit wir die Transformation der Wirtschaft gestalten können, damit Deutschland ein Land mit hoher Lebensqualität bleibt. Das darf jetzt nicht verspielt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Blicken wir auf die nächsten Monate: Die ersten Impfstoffe zeigen in Tests eine sehr gute Wirkung. Die Entwicklungs- und Forschungsarbeit, die hier in hohem Tempo stattfindet, ist beeindruckend. Dies gilt umso mehr, wenn man weiß, dass es üblicherweise mehrere Jahre dauert, bis aus einer Idee ein zugelassener Impfstoff entsteht.

Von der großen Leistung, die bei der Impfstoffentwicklung auf medizinischem Neuland stattfindet, konnte sich meine Fraktion vor Kurzem in einem Gespräch mit einem renommierten Unternehmen überzeugen. Es ist gut, dass wir dieses Know-how hier im Land haben. Das zeigt, dass Baden-Württemberg ein führender Forschungsstandort ist, und das zeigt, dass es richtig war, dass wir in der Vergangenheit hier gezielt investiert haben.

(Beifall)

Wichtig ist mir: Sobald die Impfstoffe zugelassen und verfügbar sind, kann in Baden-Württemberg unmittelbar damit begonnen werden, die Bevölkerung zu impfen. Unser Gesundheitsminister Lucha hat dazu mit großem Engagement eine kluge Impfkonzepcion entwickelt. Impfbestecke sind bestellt, die ersten Impfzentren sind eingerichtet. In der Minute, in der der Impfstoff da ist, kann der Impfbetrieb starten. Zunächst werden Risikogruppen geimpft, dann das medizinische Personal, Polizei und Feuerwehr. Danach werden die Impfzentren für die Bevölkerung insgesamt geöffnet. In meinen Augen ist das die richtige Prioritätensetzung. Wichtig ist es, dann wirklich alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Nach den ersten Phasen wird die Impfung in die Regelstruktur der Ärzte übergehen. Flankierend setzen wir auf mobile Impfteams, die z. B. Altenheime und Pflegeheime aufsuchen.

Mit diesen Maßnahmen werden wir nach und nach die notwendige Immunität in unserer Gesellschaft erreichen. Ich sage ganz klar: Das wird nicht von heute auf morgen gehen. Es wird nur funktionieren, wenn alle mitmachen. Denn auch das ist ein Akt gelebter Solidarität: sich impfen zu lassen und so nicht nur sich selbst, sondern auch andere zu schützen.

Baden-Württemberg ist auf diese logistische Großleistung, die ansteht, gut vorbereitet. Daher gebührt mein Dank und meine Anerkennung Ihnen, Herr Minister Lucha, und allen in Ihrem Team im Sozial- und Gesundheitsministerium. Da haben Sie eine gute, eine sehr gute Leistung erbracht, Herr Lucha.

(Beifall)

Um nochmals die Vorwürfe des Kollegen Rülke zu entkräften:

(Zurufe, u. a.: Da bin ich mal gespannt!)

Wenn Sie Baden-Württemberg anschauen und den Vergleich mit den Nachbarländern Frankreich, Schweiz, Österreich ziehen, werden Sie feststellen, dass wir diese Krisensituation gemeinsam gut bewältigen. Das ist in meinen Augen ein Verdienst eines klugen, eines effizienten Krisenmanagements im Sozial- und Gesundheitsministerium unter der Führung von Manne Lucha. Das will ich an dieser Stelle ganz klar sagen. Da wird nämlich eine gute Arbeit gemacht.

(Zuruf)

(Andreas Schwarz)

Ich will Ihnen, Herr Kollege Rülke, noch einmal das präsentieren, was das Gesundheitsministerium alles hervorragend organisiert hat. Das gerät ja manchmal in Vergessenheit, wenn man hier wie Sie eine Comedy-Rede hält.

(Zuruf)

Die Impfkonzepktion steht in den Startlöchern. Den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Kliniken haben wir ausgebaut. Wir haben dafür auch gemeinsam weitere Gelder zur Verfügung gestellt.

(Zurufe, u. a.: Wann waren Sie das letzte Mal in einem Gesundheitsamt? – Abg. Anton Baron AfD: Krankenhäuser geschlossen!)

Wir haben weitere Schutzausrüstungen, weitere Masken beschafft.

Und ich erinnere an die Teststrategie, an den „Schnupfengipfel“ und nicht zuletzt an eine gut umgesetzte Rechtsverordnung mit klaren Pandemie-Stufenregelungen.

Ich sage dafür vielen herzlichen Dank, Herr Minister Lucha. Ich bitte Sie auch, diesen Dank weiterzugeben an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium, im Landesgesundheitsamt, in den Gesundheitsämtern der Stadt- und Landkreise und an all diejenigen, die in den Gesundheitsberufen tätig sind, an alle, die dazu beitragen, dass wir gemeinsam durch diese Krise kommen. Deswegen ist es in meinen Augen auch richtig, dass wir jetzt das Engagement gerade in der Altenpflege und in der Krankenpflege mit einem Bonus honorieren. Vielen Dank für das Engagement und den Einsatz.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gern.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Vielen Dank, Herr Schwarz. – Sie haben gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelobt, die sehr verdienstvoll tätig waren und sind. Dem Dank kann man sich nur anschließen. Mir stellt sich dann, wenn man an das Landesgesundheitsamt denkt, natürlich die Frage, warum gerade in dieser brisanten Zeit, in der das Landesgesundheitsamt besonders gefordert ist, die Führung des Hauses ausgewechselt wurde. Können Sie mir das erklären?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da muss ich passen, Herr Kollege Stickelberger. Ich war in diese Personalentscheidung nicht einbezogen. Es gibt ja den Grundsatz der Gewaltenteilung. Wie die Regierung ihre Behörden organisiert, wie sie den nachgeordneten Bereich organisiert, ist ihre Sache, ist Sache der Regierung. Nach meinem Kenntnisstand werden solche Stellen nach Eignung, Leistung und Befähigung vergeben.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe vorhin davon gesprochen, dass Solidarität das Wort der Stunde ist, dass wir es nur gemeinsam schaffen, durch diese Krise zu kommen. Die allermeisten Menschen sind da sehr vernünftig, sie tragen die

Maßnahmen mit. Die allermeisten Menschen verhalten sich umsichtig und besonnen – die allermeisten. Das gilt aber nicht für die AfD.

(Zurufe)

Dazu schaue ich mir Sie einmal an, Herr Baron, und das, was Ihr Pressesprecher in der „Stuttgarter Zeitung“ gesagt hat. Ihr Pressesprecher hat am 13. November mitgeteilt, dass er Ansteckungen billigend in Kauf nehme. Weiter hat er gesagt, es sei nicht Aufgabe der Regierung, das Volk vor dem Tode zu schützen. Das sagte Ihr Pressesprecher. Das ist die Aussage Ihrer Fraktion. Ich finde das widerwärtig, abstoßend und menschenverachtend, was da von Ihnen gesagt wird.

(Beifall)

Diese Aussage macht doch nochmals deutlich, dass die AfD gerade die Schwächeren nicht schützen will, dass Sie von der AfD die Schwächeren sich selbst überlassen möchten. Das ist lebensgefährlich. Diese Einstellung, die Sie artikulieren, ist gefährlich.

Mir reicht es jetzt auch mit Ihren Märchen, die Sie hier immer zum Besten geben. Corona, Covid-19, ist eine sehr gefährliche Infektionskrankheit mit schweren Verläufen. Das ist der Stand der Wissenschaft. Nehmen Sie das zur Kenntnis, und beenden Sie von der AfD Ihr heuchlerisches Tun!

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja.

(Zurufe)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Schwarz, ich möchte Sie fragen, ob Sie den Artikel aus der „Badischen Zeitung“ vom 18. November kennen, wonach sich Frau Ministerin Hoffmeister-Kraut darüber beschwert, dass die – –

„Leider“ – schreibt die Ministerin – sei dieser Absprache vom zuständigen Sozialministerium „wider Erwarten nicht entsprochen“ worden. Sie bitte Lucha, parallel zu den vom Land bestellten Antigen-Tests auch PCR-Tests, insbesondere die in Baden-Württemberg neu entwickelten Schnelltests, zu beschaffen, Praxistests zu unterziehen „und im Erfolgsfall die Markteinführung zu unterstützen.“

Sie kritisiert also, dass dies nicht gemacht worden ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Herr Schwarz: Ist Ihnen bekannt, dass das Land Baden-Württemberg 6 Millionen € in die Entwicklung eines Schnelltests gesteckt hat? Dieser war von Anfang an so gedacht – ich habe mir jetzt gerade einen besorgt und habe ihn bei mir; ich halte den Namen aber bedeckt, damit hier nicht der Eindruck der Werbung entsteht; es gibt ja mehrere in Baden-Württemberg entwickelte Tests –, dass jegliches Personal nach einer entsprechenden Weiterbildung einen Abstrich vornehmen kann, diesen abknickt – das läuft alles automatisch; man braucht gar nichts zu tun – und ihn dann in die bereitgestellte Maschine schiebt.

(Dr. Erik Schweickert)

Hat man sich Gedanken gemacht, wie man dieses Thema – Sie sagen, das medizinische Personal sei der Flaschenhals – angehen kann? Dies gilt insbesondere, da sich nun zeigt, dass man in Baden-Württemberg Geld ausgibt, um Dinge zu entwickeln, die dann in Bayern hochskaliert werden und nach Berlin verkauft werden, aber in Baden-Württemberg selbst – in der Landesregierung – keine Berücksichtigung finden.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich kann Ihre Frage mit einem eindeutigen Ja beantworten. Darüber hat man sich Gedanken gemacht; daran arbeitet die Regierung. Es ist gut, dass die Wirtschaftsministerin ein Unternehmen, das an dieser Entwicklung arbeitet, unterstützt.

Auf der anderen Seite wissen Sie, dass die öffentlichen Auftraggeber bei der Beschaffung an das Vergaberecht gebunden sind und nicht ohne Weiteres Firmen einfach Aufträge geben können. Da gibt es einen klaren Rechtsrahmen. Deswegen haben sich der Sozialminister auf der einen Seite und die Wirtschaftsministerin auf der anderen Seite zusammengesetzt und arbeiten an der Lösung.

Mir ist wichtig, dass möglichst viele dieser Schnelltestkapazitäten da sind, dass wir den Bürgern aber nichts Unrealistisches versprechen. Das muss hinterher funktionieren – in den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen und im Weiteren dann auch in den Schulen. Das muss Hand und Fuß haben; da dürfen wir uns keine Illusionen machen. Daran wird gearbeitet, und dafür bin ich dankbar.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Schluss noch auf unseren Entschließungsantrag eingehen. Das Parlament ist in der Demokratie der Ort, an dem wir die getroffenen Maßnahmen diskutieren und letztendlich auch darüber entscheiden. Das gilt auch in der Krise.

(Zurufe)

Herr Kollege Rülke, Sie können sicher sein, dass der Kollege Reinhart und ich nach der gestrigen Sitzung unterrichtet worden sind, sodass wir diesen Antrag natürlich entsprechend vorbereiten konnten. Natürlich waren wir in die Vorbereitung einbezogen.

(Zurufe)

Sie regieren ja in einigen Bundesländern mit. Dort, wo die FDP mitregiert, da zeigt sie sich sehr verantwortungsbewusst. – Mal schauen; das kann ja noch werden.

(Zurufe)

Wir stellen fest: Die Gesundheitsnotlage besteht weiterhin. Deswegen sind die Beschlüsse der Regierungschefs richtig. Die meisten Menschen tragen diese Maßnahmen mit, verhalten sich umsichtig und besonnen.

Wir legen Wert darauf, Schulen und Kitas offen zu halten. Das Wirtschaftsleben hat eine hohe Priorität; deswegen setzen wir uns für wirkungsvolle Unterstützungsmaßnahmen ein. Und wir wollen den Familien ermöglichen, Weihnachten zu feiern. Wir wünschen uns hierbei Umsicht und Besonnenheit.

Schließlich rufen wir dazu auf, die Impfkonzepktion, die der Herr Minister vorgelegt hat, sobald diese umgesetzt ist, zu unterstützen, und hoffen, dass sich viele Menschen impfen lassen werden.

Nur gemeinsam, nur in gelebter Solidarität bekommen wir das Virus eingedämmt. Hier sind wir alle gefordert. Leisten auch wir im Landtag unseren Beitrag! Dazu lade ich Sie ein – und bleiben Sie gesund.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Wir schaffen es nur gemeinsam. Einmal mehr debattieren wir darüber, was im Kampf gegen Corona das Richtige ist. Einmal mehr ringen wir um das rechte Maß von Freiheit und Gesundheitsschutz. Einmal mehr vereint uns hier auch die Sorge vor den Folgen dieser globalen und epochalen Krise für Gesundheit, für Wirtschaft und Gesellschaft. Nach wie vor bestimmen vor allem die Unsicherheit und die Suche nach Wissen unsere Schritte gegen das Virus. Nach wie vor bleiben auch wir Tastende, Lernende auf diesem wechselvollen Weg durch die Pandemie.

Ein Experte hat es kürzlich so beschrieben – Zitat –:

Der Kampf gegen Corona gleicht immer noch dem Versuch, in einem dunklen Raum mit Handschuhen ein filigranes Uhrwerk zu stellen.

Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen und die wir zu bestehen haben. Der Ministerpräsident hat angesprochen, dass wir Ende Oktober die Alarmstufe Rot gehabt haben. Sie ist in unserem Land noch immer flächendeckend dunkelrot. Deshalb bestand und besteht natürlich die Gefahr eines weitergehenden Kontrollverlusts. Die Menschen in unserem Gesundheitswesen stemmen sich mit aller Kraft gegen die Krise – Ärztinnen, Krankenpfleger, auch die Mitarbeiter der Gesundheitsämter, die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die bei der Kontaktverfolgung helfen. Sie leisten in diesen Wochen fast Übermenschliches, und ihnen gilt deshalb unser ganz besonderer Dank.

(Beifall)

Natürlich freuen wir uns über die ermutigenden Fortschritte der Impfstoffforschung. Sie sind das lang erhoffte Licht am Ende des Tunnels. Mit CureVac hat der Forschungsstandort Baden-Württemberg einen Hoffnungsträger. Auch dort will man noch in diesem Jahr in die entscheidende Phase 3 der Tests gehen. Das ist Spitzenforschung aus Baden-Württemberg. Jeder Impfstoff, der jetzt möglichst bald zur Verfügung steht, ist ein Segen für die Menschheit. Noch besser ist es freilich, wenn der Impfstoff das Siegel „Made in Baden-Württemberg“ trägt.

Allerdings – das müssen wir alle sehen – ist die Impfung noch Zukunftsmusik. Wir haben uns am Dienstag auch mit dem Sozialminister über die Impfstrategie unterhalten. Es gibt Hoffnung, es sind auch schon Zentren überlegt und geplant. Aber es ist eben noch nicht präsent, und eine Impfkampagne dieser

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Größe ist eine Herkulesaufgabe, die jetzt auch die Regierung zu stemmen hat.

Die Lage bleibt angespannt. Corona ist Realität, und mehr und mehr Covid-19-Patienten kommen auf die Intensivstationen. Im Moment kämpfen dort mehr als 3 800 Menschen um ihr Leben, deutlich mehr als auf dem Höhepunkt der ersten Welle im April. Auch immer mehr junge Menschen mit mildem Verlauf berichten über Langzeitfolgen und langwierige Beeinträchtigungen. Wir haben in den Medien – auch im Fernsehen – gesehen: Unser schwäbischer Weltklasseringer Frank Stäbler hat deshalb seine WM-Teilnahme abgesagt. Denn er sagt, nach seiner Erkrankung habe er eine um mehr als 20 % geringere Leistungsfähigkeit. Nationalspieler Ilkay Gündogan hat nach seiner Infektion eindrucksvoll vor dem Virus gewarnt.

Corona ist eine gefährliche Krankheit. Deshalb habe auch ich kein Verständnis für Coronaleugner, für Maskenverweigerer und für Diktaturvergleiche. Protest ist legitim, erlaubt und jederzeit möglich, aber es darf nicht sein, dass dabei Auflagen bewusst missachtet, Menschen gefährdet und Straftaten begangen werden.

(Beifall)

Und es darf nicht sein, dass ein Gesetz, das die Parlamentsrechte stärken soll, böswillig und geschichtsklitternd zum Ermächtigungsgesetz verdreht wird.

(Beifall)

Es geht auch nicht, dass Störer und Provokateure gezielt ins Parlament geschleust werden.

(Abg. Anton Baron AfD: „Gezielt“!)

Das war eine Attacke auf die Herzkammer unserer Demokratie. Wer so agiert,

(Abg. Anton Baron AfD: „Gezielt“! So ein Schmarrn!)

dem kann es nicht um die Freiheit gehen, dem geht es einzig – –

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Das war doch nicht gezielt!)

Nein, dann geht es nämlich nur noch darum, Demokratie und Rechtsstaat vorzuführen, zu missbrauchen und dann ihre Regeln zu sprengen. Das lassen wir nicht zu. Gefragt ist jetzt Solidarität und nicht Provokation.

(Beifall)

Jeder steht jetzt mit in der Verantwortung. Wir haben es alle selbst in der Hand, damit aus der Krise keine Katastrophe wird; denn die Gefahr besteht nach wie vor. In vielen Ländern der Welt ist die Situation noch weitaus dramatischer als bei uns.

Der schwedische Sonderweg, den manche auch immer lautstark für Deutschland gefordert haben, ist offiziell gescheitert und beendet.

(Zuruf: Ja!)

In Neapel sitzen schwer kranke Patienten in der Klinikeinfahrt in ihren Autos und werden dort notdürftig mit Sauerstoff versorgt, weil es für sie keine Betten mehr gibt. In der Schweiz sind die Intensivstationen voll. In den USA gab es zuletzt mehr als 2 100 Tote an einem einzigen Tag. Die Bilder und Berichte aus Texas haben alle erschüttert.

Aber auch in Deutschland starben allein vorgestern 410 Menschen. Das ist, als würde an einem Tag ein ganzes Dorf ausgelöscht. Deshalb müssen wir handeln. Darum geht es derzeit.

(Beifall)

Deshalb waren auch die Beschlüsse von Bund und Ländern am 28. Oktober richtig und nötig.

(Zuruf)

Das gilt nicht nur aus gesundheitlicher, sondern auch aus ökonomischer Sicht. Deshalb haben wir heute einen Antrag gestellt, um auch die Beschlüsse von gestern sehr wohl im Parlament zu legitimieren. Denn darum muss es hier auch gehen, wenn wir uns damit befassen. Alle Daten zeigen: Wo immer es gelungen ist, die Infektionszahlen gering zu halten, sind auch die wirtschaftlichen Schäden geringer. Jeder Erfolg für ein flaches Infektionsgeschehen ist deshalb am Ende auch ein Erfolg für die Wirtschaft.

(Beifall)

Wie in diesem Punkt auch die neue ermutigende Konjunkturschätzung der Bundesregierung zeigt, sind wir in Deutschland noch immer auf dem richtigen Weg. Wir sehen: Natürlich beginnen die Beschränkungen seit dem 2. November zu wirken. Die steile, ungebremste Zunahme der Infektionszahlen ist gestoppt, die exponentielle Wachstumskurve flacht ab.

Ich habe in der letzten Debatte hier am Redepult das Bild eines Radfahrers am Berg verwendet. Dieses hat Kollege Stoch dann aufgenommen. Er ist allerdings schon mit einem schnellen Fahrrad nach unten gefahren, wenn ich mich richtig erinnere. Ich sage es deshalb, weil wir inzwischen – aus meiner Sicht – das Ende des Anstiegs erreicht haben. Wir sind jetzt auf einem Hochplateau unterwegs. Aber die Strecke bleibt kräftezehrend.

Seit dem 8. November pendeln die Inzidenzwerte in Baden-Württemberg zwischen 130 und 140. Das ist noch immer viel zu hoch. Darauf hat der Ministerpräsident zu Recht hingewiesen. Aber das erste und wichtigste Ziel ist geschafft. Die Welle ist zwar noch nicht gebrochen, aber sie türmt sich zumindest nicht noch weiter auf. Man könnte sagen: Das Wasser steht uns bis zum Hals, aber immerhin steigt es derzeit nicht mehr. Das sind in diesen Zeiten ja schon die ersten guten Nachrichten.

(Beifall)

Ich halte es für klug, dass die MPK mit der Kanzlerin die Lage in enger Taktung erörtert und bewertet. Es war richtig, dass sich die Regierungschefs von Bund und Ländern am 16. November nicht gleich mit neuen Verschärfungen selbst überholt haben.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Ich will an dieser Stelle, Herr Kollege Rülke, vielleicht doch erwähnen – weil Sie sagen, die MPK sei nicht legitimiert; klar –, dass es darum geht, dass sich Bund und Länder verständigen müssen. Schließlich ist zum einen die Bundesgesetzgebung gefordert, der Bundestag, und darüber hinaus sind die Länder in einem Bundesorgan, nämlich dem Bundesrat, gefordert, wo sie zustimmen müssen.

Darüber hinaus haben wir im Gemeinschaftsverbund der Steuern, der öffentlichen Haushalte eine Situation, wie wir sie in der Geschichte überhaupt noch nie hatten. Im Grunde genommen haben wir all die Hilfen, die jetzt auch weiterhin nötig sind und die zu Recht gefordert werden, natürlich sämtlich durch Schulden finanziert – die irgendwann wieder zurückgeführt werden müssen. Insoweit hat sich der Bundesfinanzminister dieser Tage eingelassen.

Nun ist es so, dass die Maßnahmen die Chance und die Zeit brauchten, zu wirken. Aber genauso gilt: In dieser Lage und bei diesen Werten können wir über Lockerungen noch immer nicht so schnell nachdenken, denn tatsächlich haben uns die November-Beschränkungen im Kampf gegen die hohen Infektionszahlen unbestritten nicht so viel gebracht, wie wir alle gehofft haben. Deshalb brauchen wir natürlich auch weiterhin – das haben die Regierungschefs gestern bei ihren Beschränkungen vorgeschlagen – Behutsamkeit, Weiterentwicklung und auch Nachsteuerung.

Nach Lage der Dinge bleiben die Kontaktreduktionen länger notwendig, um die Überforderung des Gesundheitswesens weiterhin zu verhindern. Das ist auch Inhalt unseres Antrags – gerade weil wir die Schulen offen halten wollen, weil wir die Wirtschaft weiterhin am Laufen halten wollen. Dazu stehen wir auch.

Deshalb will ich hervorheben: Dass sich – einmal mehr – alle Länder und der Bund überhaupt auf eine gemeinsame Linie verpflichtet haben, wenn auch im Einzelfall mutmaßlich mit Bauchschmerzen, ist immerhin ein Wert an sich. Wir haben eben gehört: Auch die Landesregierung wird die neue Verordnung, die ab dem 1. Dezember bis zum 20. Dezember gilt, in Kraft setzen. Damit haben wir einen breiten, einen parteienübergreifenden und vor allem auch einen gesamtstaatlichen Konsens zwischen Bund und Ländern.

Ich kann nur weiterhin dringend appellieren, den Kampf gegen Corona nicht zu einer Frage der Parteipolitik zu machen.

(Beifall)

Wenn wir wollen, dass die Leute weiter mitmachen, dann müssen wir bei aller Diskussion in der Politik auch in der Lage sein, uns hinter einer gemeinsamen Entscheidung zu versammeln. Das ist entscheidend dafür, dass die Menschen überhaupt noch an Bord bleiben, dass sie durchhalten. Denn tatsächlich haben wir natürlich schon eine große Marathonstrecke hinter uns. Aber jetzt ist sozusagen der Glukoseteil verbraucht, und es wird hart, in die letzten Kilometer zu kommen.

Wir begrüßen, dass sich die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten auf Erleichterungen für die Weihnachtstage verständigt haben. Das ist, wie ich finde, übrigens auch ein Zugeständnis an die zwischenmenschliche Wirklichkeit. Für viele

Menschen ist es sicher auch ein Licht der Hoffnung in diesen dunklen Monaten.

Trotzdem kann das Weihnachtsmotto in diesem Jahr nur heißen: Feiern mit Verantwortung. Denn ich finde es richtig, dass sich der Staat hier zurückhält. Niemand will, dass Politiker kleinlich regeln, wie wir Weihnachten verbringen. Es kommt ohnehin nicht infrage, dass am Heiligen Abend die Polizei an der Tür klingelt und kontrolliert, wer da alles unter dem Christbaum sitzt.

(Zuruf: „Unter dem Christbaum“!)

Umso mehr sind auch an den Festtagen Einsicht und – ich füge hinzu – Eigenverantwortung gefragt.

(Zuruf: „Unter dem Christbaum“!)

– Auch vor dem Christbaum oder neben dem Christbaum, aber die Kinder unter 14 Jahren dürfen auch unter den Christbaum, Herr Kollege Gall.

(Zurufe, u. a.: Die zählen ja nicht!)

Ja, vielleicht begehen wir dieses Weihnachten auch ohne strenge Vorgaben einfach mit etwas weniger Rummel und mit etwas mehr Ruhe, damit sonst nach der Heiligen Nacht nicht für uns alle ein böses Erwachen kommt.

Wichtig ist, dass wir mit den Beschlüssen von gestern auch Perspektiven und Leitplanken für die Zeit nach Weihnachten haben. Die Akutmaßnahmen vom 28. Oktober, haben wir gehört, gehen über in ein koordiniertes bewegliches System. Es setzt ein gemeinsames Rahmenwerk, wie wir auch über den Coronawinter kommen wollen, u. a. auch mit der neuen Inzidenzschwelle 200. Der Ministerpräsident hat es ja gesagt: Wir haben die Stufe unter einer Inzidenz von 35, die Stufe zwischen 35 und 50, die Stufe über 50 und jetzt diese neue Schwelle mit einem weiteren, neuen Rahmen. Das Rahmenwerk definiert und dosiert die föderalen und damit auch regionalen Freiheitsgrade, und es benennt auch die Instrumente, mit denen wir auf ein differenziertes Geschehen differenziert reagieren können. Wir sind damit auch bundesweit nach gleichen Maßstäben handlungsfähig, und zwar sowohl bei sinkenden als auch bei steigenden Zahlen.

Diesen Weg unterstützen wir. Ich verstehe auch, dass viele darüber hinaus gern einen vollständigen, langfristigen, unfehlbaren Masterplan hätten. Herr Kollege Rülke, Sie haben ja sozusagen diese Langfriststrategie mit einem Masterplan angelehnt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So wie jetzt auch der IHK-Präsident!)

– Ja, ich höre von vielen Verbänden Unterschiedliches. Jeder Verband, selbst die IHK und vergleichbare Verbände, ist Interessenvertreter. Ich antworte Ihnen: Die eine Strategie, die uns sicher, planbar und frei von Zumutungen durch diese Pandemie bringt, gibt es nicht.

(Zuruf: Ach was!)

Diese eine Strategie gibt es nicht. Es gibt sie übrigens auch nirgendwo sonst auf der Welt, nicht nur bei uns nicht. Wir

(Dr. Wolfgang Reinhart)

müssen weiter – das ist die Aufgabe – lagebezogen, mit Augenmaß, auch mit flexiblen Antworten entscheiden.

Mit den Beschlüssen von gestern ist auch klar: Es bleibt beim Vorrang für den Präsenzunterricht an den Schulen. Auch das ist eine gute Entscheidung, für die wir dankbar sind.

(Beifall)

Das Recht auf Bildung kann am besten im Klassenzimmer verwirklicht werden. Darüber sind sich die Kultusminister über alle Länder- und Parteigrenzen hinweg einig. Das ist kein Zufall, sondern es hat auch gute Gründe.

Ich will hier auch offen sagen: Ich weiß, dass gestern – zu Recht – auch innerhalb der MPK lange über die Frage der Ferienzeit diskutiert wurde. Mit der vorgeschlagenen Lösung wird sich die Landesregierung auseinandersetzen. Unsere Fraktion macht kein Geheimnis aus ihrer Position: Im Grunde genommen sollte regional vor Ort die Schulgemeinschaft selbst entscheiden können und entscheiden, wie sie auch die vier freien beweglichen Ferientage legt etc. In dieser Sache wurden die Argumente für und wider schon angesprochen. Es geht um Fragen der Betreuung und um vieles andere mehr. Insofern sind wir da eigentlich zuversichtlich, dass man in diesen nachrangigen Fragen mit Sicherheit vor Ort die richtigen, klugen Entscheidungen findet und selbst auch mit entscheiden kann.

Wir wissen, was die kommunalen Landesverbände dazu sagen. Wir wissen, was die Lehrerverbände dazu sagen. Wir sehen auch manche Lösungen wie jetzt in Nordrhein-Westfalen, in denen die letzten beiden vorgesehenen Schultage frei sein sollen, aber die Lehrkräfte an den Schulen sein sollen. Ob das das Klügste ist? Ich stelle diese Frage hier in den Raum.

Genauso ist es natürlich mit der Frage – Ich habe Ihre Mitteilung, Herr Kollege Stoch, gelesen, was die Gründe sind – Stichwort Wechselunterricht etc. Sie haben sich dazu ja auch geäußert. Frau Hubig, die der SPD angehörende Kultusministerin von Rheinland-Pfalz und Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, kämpft eisern für den Präsenzunterricht. Sie sagt: Präsenzunterricht ist das A und O. Kinder lernen am besten in der Schule.

(Zurufe)

Insofern: Einfach einmal miteinander telefonieren.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Ja, genau! – Bravo!)

Wechselunterricht benachteiligt erwiesenermaßen Kinder aus sozial schwächeren und auch bildungsferneren Familien. Auch diesen gravierenden sozialen Aspekt sollten wir nicht einfach ausblenden.

Auch der FDP-Familienminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Stamp,

(Zuruf: Sehr gut!)

hält die Forderung – das habe ich gelesen – nach einer Halbierung der Klassen für – wörtlich – „schlicht nicht umsetzbar“.

(Vereinzelt Beifall)

So sieht es, wie ich vernommen habe, auch unser Ministerpräsident. Insofern steht auch die Kultusministerin hier an der Seite ihrer Ministerkollegen aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen – die KMK tauscht sich auch regelmäßig aus. Da sind wir zuversichtlich. Noch wichtiger: Die Ministerin steht an der Seite der Schülerinnen und Schüler im Land. Auch darum muss es gehen.

(Beifall – Zurufe)

Wir sollten nie vergessen: Es geht um deren Bildung, um deren Chancen, um deren Zukunft. Wir haben uns deshalb in Baden-Württemberg immer – auch hier in diesem Haus – bewusst für einen Regelunterricht unter Pandemiebedingungen entschieden. Für diesen Kurs spricht übrigens auch die empirische Bildungsforschung. In vielen Debatten über Bildungsqualität und in vielen Expertengesprächen haben wir gelernt: Schlüsselfaktor für guten und gelingenden Unterricht ist das sogenannte Classroom-Management. Entscheidend für den Lernerfolg ist also, was die Lehrerin oder der Lehrer im Klassenzimmer macht. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall)

Deshalb sind Wechselunterricht und Fernlernen immer nur die schlechtere Lösung, allenfalls Ultima Ratio im Extremfall. Darüber wird man im Einzelfall, wenn die Zahl 200 überschritten ist und solche Fragen in Betracht gezogen werden müssen, entscheiden müssen. Aber auch das muss man, denke ich, dann im Einzelfall vor Ort entscheiden.

Auch die Kinderärzte warnen strikt davor. Das kann nicht das sein, was wir als Regelfall anstreben. Den gemeinsamen Unterricht vor Ort können auch die beste Digitalausstattung und das pfiffigste Homeschooling, Herr Kollege Rülke, nicht ersetzen; davon bin ich überzeugt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Habe ich etwas anderes gesagt?)

– Nein. Ich sage es, weil Sie manche Dinge angesprochen haben. – Ich habe selbst einen 15-jährigen Sohn und sehe, wie es läuft, wenn er in die Schule geht und Präsenzunterricht hat oder wenn dann zu Hause das sogenannte Homeschooling angeboten wird.

(Zurufe, u. a.: Aha!)

Das sind Unterschiede. Das will ich jetzt nicht vertiefen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Das hängt auch sehr von den Eltern ab! – Heiterkeit)

– Ja, da mag etwas dran sein. Genau da beginnt die Herausforderung der Betreuung.

Kurzum: Es wäre eine verhängnisvolle Illusion. Deshalb sind in Deutschland auch alle, die in den Ländern für die Bildungspolitik die Verantwortung tragen, im Wesentlichen einer Meinung. Das Infektionsgeschehen im Schulbetrieb ist beherrschbar. Die Schulen sind nach wie vor keine Ansteckungstreiber. Wir haben heute Morgen von der Kultusministerin gehört: Gerade einmal vier von 4 500 Schulen im Land sind momentan geschlossen. Übrigens haben die deutschen Kinder- und Jugendkliniken bundesweit 110 000 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre routinemäßig und symptomunabhängig auf Corona

(Dr. Wolfgang Reinhart)

getestet. Im Ergebnis waren – man höre und staune – nur 0,2 % der Getesteten positiv. Diesen Befund bestätigen viele weitere Reihenscreenings bei Kindern und auch bei Jugendlichen.

Es gibt also überhaupt keinen Beweis für eine hohe Dunkelziffer bei Schülern, wie sie immer behauptet wird. Deshalb ist der Präsenzunterricht verantwortlich. Das Primat der Bildung ist richtig. Auch das gehört in diesem Fall zur Solidarität, gerade auch gegenüber der jungen Generation. Das Recht auf Bildung ist für uns elementar, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Solidarität fordern mit Recht auch alle Unternehmen, fordern mit Recht auch alle Selbstständigen, die seit dem 2. November jetzt erneut schließen mussten. Die Gemeinschaft profitiert davon, dass sie ihren Betrieb unterbrechen. Also muss die Gemeinschaft dieses Sonderopfer auch ausgleichen. Das ist ja der Grund für die Novemberhilfe.

Nach ein paar Startschwierigkeiten ist seit gestern klar: Die Hilfe rollt an, das Verfahren steht,

(Zurufe)

die Abschlagszahlungen kommen. Wir flankieren hier im Land – auch das wurde zu Recht gesagt – die Hilfen des Bundes. Sie bringen Erleichterung und Ermutigung für viele Tausend Betriebe und Selbstständige gerade in Gastronomie und Tourismus, aber auch in der Kultur- und Eventbranche. So etwas gibt es übrigens nirgendwo sonst in Europa.

Wir wollen – das haben wir schon seit März immer gesagt – Existenzen sichern, Insolvenzen vermeiden und auch mit unserem Mittelstand und der Wirtschaft gestärkt aus dieser Krise herauskommen.

(Beifall)

Insoweit, Herr Kollege Rülke, war für uns der Teil-Lockdown jetzt kein Rohrkrepierer. Das halte ich für übermäßig in der Kritik. Das Absinken der Infektionszahlen als Ergebnis haben wir zwar nicht erreicht, aber die Welle ist aufgehalten, das Plateau ist im Grunde genommen im exponentiellen Wachstum gebremst.

Es war auch kein Sommer der Sorglosigkeit, und da ist auch nicht im Nebel gestochert worden, sondern im Grunde genommen geht es darum, dass wir – jetzt natürlich zu Recht angesprochen – Planbarkeit schaffen, dass auch für die, die von Schließungen betroffen sind, die jetzt in die Verlängerung gehen, auch die Hilfen verlängert werden. Das fordern wir. Das schafft Planbarkeit und Gerechtigkeit. Denn das Schlimmste für die Unternehmen ist, nicht zu wissen, woran sie sind und womit sie rechnen können.

Die Ausgleichszahlungen sind auch verfassungsrechtlich ein ganz wichtiger, übrigens auch ein springender Punkt. Sie sind entscheidend für die Frage, ob die Betriebsuntersagungen verhältnismäßig sind. So hat es auch das Verfassungsgericht deutlich gemacht. Aber ich will betonen: Die jetzigen Schließungen sind rechters. Der VGH war in der jüngsten Zeit mit 30 Eilanträgen gegen die Maßnahmen vom 2. November befasst.

Er hat alle Eilanträge abgelehnt. Und das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt: Die Gefahren bei einer Covid-19-Pandemie seien weiterhin sehr ernst zu nehmen. Das Grundrecht auf freie Berufsausübung wiege zwar schwer, am Ende aber überwiege das Interesse am Schutz von Leben und Gesundheit. Darum geht es.

(Beifall)

Insoweit ist das höchstrichterlich festgehalten. Die aktuellen Beschränkungen stehen auf festem verfassungsrechtlichen Boden. Die Politik hat ihre Abwägungen sorgfältig und korrekt getroffen. Auch das ist eine wichtige Botschaft in dieser Debatte, weil zu Recht angesprochen wurde, Kollege Schwarz, worum es geht, nämlich auch darum, dass wir im Wege der Parlamentsbeteiligung, wo wir in diesem Haus Vorreiter waren mit dem ersten Pandemiegesetz, nun auch die Anpassung, wo der Bundestag z. B. eine Vierwochenfrist festgelegt hat, miteinander besprechen.

Ob wir dann bei den acht Wochen bleiben – denn die Regierung hätte selbst eine Verlängerungsmöglichkeit – oder ob wir sagen, das Parlament wolle in Zukunft wie der Bund alle vier Wochen legitimieren, das müssen wir übereinstimmend beraten. Deshalb können wir das am 2. Dezember auch – ich gehe davon aus – im Konsens miteinander besprechen.

Nun ist es in der Tat so, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Wir werden auch in der Zukunft weitere Hilfen besprechen müssen, wo wir begleiten wollen. Das betrifft zum einen den Verkehrsbereich. Es wurde angesprochen, dass beispielsweise mit Restmitteln im ÖPNV auch in den nächsten Monaten die Landkreise, die Verkehrsträger nicht alleingelassen werden. Übrigens gehören auch der Kulturbereich und das „Zukunftsland Baden-Württemberg“ dazu, wo die Wirtschaftsministerin auch auf der Grundlage unseres letzten, zweiten Nachtragshaushalts wichtige Vorlagen gemacht hat.

Insoweit bin ich überzeugt davon, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Corona lässt uns keine Atempause. Der Kampf gegen das Virus verlangt weiter volle Konzentration und auch Disziplin. Wir wollen auch den Krankenhäusern helfen; auch beim Pflegebonus haben wir schon den Bundesbetrag von 1 000 € um 500 € erhöht.

(Abg. Anton Baron AfD: Keine Krankenhäuser mehr schließen, Herr Reinhart!)

Aber bei allen Diskussionen um den richtigen Weg, bei allen Abwägungen, bei allem Ringen um Entscheidungen bleibe ich dabei: Deutschland und Baden-Württemberg machen ihre Sache in diesem Kampf gut. Deshalb bitte ich auch um Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen.

Unser Sozialstaat, unser Rechtsstaat, unser Föderalismus und unsere Demokratie funktionieren. Wir navigieren klug und sicher zwischen Freiheit und Gesundheit. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Kurs erfolgreich fortsetzen. Dann werden wir auch mit der nötigen Geduld – „Geduld in allen Dingen führt immer zum Gelingen“ – gemeinsam ein friedfertiges Weihnachtsfest feiern können und werden hoffentlich mit Perspektiven, auch mit der Perspektive auf einen neuen Impfstoff im neuen Jahr, dann auch diese Krise gemeistert haben.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, Sie haben das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Pandemie erfordert ganz sicher eine Politik, bei der Vernunft eine größere Rolle spielt und spielen sollte als Parteigrenzen, bei der Regierung und Opposition über ihre Schatten springen. Die Pandemie erfordert, dass wir konstruktiv miteinander diskutieren und nach den besten Lösungen suchen, um diese Erkrankung, um dieses Virus und seine verheerenden Folgen für unser Land erfolgreich zu bekämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im ganzen Land und in der ganzen Republik wird seit Wochen immer lauter darüber diskutiert, dass wir unsere Politik auf andere Füße stellen müssen – oder, wie Kollege Rülke sagte, vom Kopf auf die Füße. Denn je länger die Pandemie andauert, je länger teils massive Einschnitte in das Leben der Menschen nötig sind, desto weniger taugt eben das Instrument der Verordnungen oder der Notverordnungen. Deswegen mahnen wir das auch seit Monaten an.

Aus guten Gründen hat doch der Deutsche Bundestag erst in der vergangenen Woche das Infektionsschutzgesetz entsprechend geändert und die Beteiligungsrechte der Parlamente gestärkt. Umso mehr müssen all diese Regeln und Gesetze in den Parlamenten beschlossen werden, so, wie es in unserer parlamentarischen Demokratie vorgesehen ist, auf dem üblichen Weg, und so, wie es unsere Verfassung vorsieht.

Vor diesem Hintergrund hätte diese Sondersitzung, die wir heute, am Donnerstag, nach dem Treffen der Ministerpräsidenten durchführen, sinnvollerweise auch durchaus schon am vergangenen Dienstag stattfinden können, damit nämlich dieser Landtag vor der Runde der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten bei der Bundeskanzlerin debattieren kann, damit er debattiert, bevor Beschlüsse gefasst werden, damit die Landesregierung dem Landtag zuhören kann und nicht nur der Landtag der Landesregierung. Das hatten wir in der vergangenen Woche entsprechend angeregt.

(Beifall – Zuruf)

Aber nein, es hat nicht sollen sein. Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten beraten sich, es werden Papiere erstellt, diese tauchen umgehend in den Medien auf. Und am Dienstag diskutiert man Sinn und Zweck der Maßnahmen nicht im Landtag, sondern in der Landespressekonferenz.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Gestern tagte die Länderrunde dann mit der Kanzlerin, und heute will uns die Landesregierung Informationen präsentieren, die in wesentlichen Teilen schon seit Montag in den Nachrichten laufen.

Wir meinen, das ist der Rolle des Parlaments nicht angemessen. Wir halten das für falsch, und wir halten das für hochmütig, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Das zeigt auch, was Sie von diesem Parlament halten. Es zeigt, dass Ihre wortreichen Bekundungen, den Landtag

schneller, stärker und auch früher einzubinden, eben doch nur Lippenbekenntnisse sind. Seit Wochen wiederholen Sie –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen Weber zu? Herr Abg. Weber möchte eine Zwischenfrage stellen.

Abg. Andreas Stoch SPD: Das könnten wir auch nachher klären. Aber bitte.

Abg. Jonas Weber SPD: Vielen Dank, Herr Stoch. – Sie haben zu Recht gerade angesprochen, wie wichtig die Rolle des Landtags in dieser Debatte ist und wie wichtig der Dialog ist. Ich möchte gern fragen, wie Sie es beurteilen, dass der Ministerpräsident offensichtlich kein Interesse an dem Dialog hat, weil er aktuell nicht hier ist.

(Zurufe – Unruhe)

– Ich habe mich zu dieser Frage schon vor einigen Minuten gemeldet. Er ist schon eine ganze Weile nicht da. Er hat Ihre Rede leider nicht gehört.

(Zurufe, u. a.: Er saß die ganze Zeit vorn!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Danke für Ihre Frage, Herr Kollege Weber. Ich finde es immer bedenklich, wenn die Regierung nur in Teilen anwesend ist, wenn der Ministerpräsident bei einer solchen Debatte nicht anwesend ist. Ich hoffe und gehe davon aus, dass er möglichst schnell wieder da ist. Denn ich glaube, es macht Sinn, wenn er auch der Opposition zuhören würde.

(Beifall – Unruhe)

Seit Wochen wiederholen Sie, es sei bei Corona unbedingt nötig, „vor die Lage“ zu kommen. Ich sage Ihnen: Es ist auch nötig, dass dieser Landtag „vor die Lage“ kommt. Doch das lassen Sie nicht zu – nicht einmal, wenn es derart bequem gewesen wäre wie in dieser Woche. Ganz ehrlich: Dafür fehlt mir jedes Verständnis. Ich kann mir auch allmählich nicht mehr einreden, dass das allein Hilflosigkeit ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Ministerpräsident ist da, Herr Stoch!)

– Ich habe es doch gesehen, Herr Kollege Sckerl.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Junge, Junge, das ist echt –! – Abg. Nicole Razavi CDU: Ein Blick durch die Scheibe nach rechts, Herr Kollege!)

– Ich sehe es. Ich habe ihn hereinkommen sehen. Als die Frage gestellt wurde, war er aber nicht da.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das könnt ihr ja noch mal in der Fraktion nachbesprechen!)

Deswegen muss ich das auch so beantworten. Ich habe ja keine hellseherischen Fähigkeiten und kann nicht um Ecken schauen.

(Zurufe)

Dass wir in diesem Landtag also nach vorn schauen, dass wir gemeinsam nach den richtigen Lösungen suchen, das haben Sie verhindert. Darum kann ich nicht verhindern, dass wir jetzt

(Andreas Stoch)

noch einmal auf all die Fehler, die sich in den vergangenen Monaten angehäuft haben, zurückschauen. Es ist nie zu spät, auf Einsicht zu hoffen. Bei vielen unserer Vorschläge und Kritikpunkte habe ich leider den Eindruck, dass sie nicht einmal im Ansatz verstanden wurden.

Ich fange einmal bei den jüngeren Mitbürgerinnen und Mitbürgern an, nämlich bei denen, die in die Schule und in die Kita gehen. Ich kann verstehen, dass viele dieser jüngeren Mitbürgerinnen und Mitbürger allmählich den Eindruck haben, dass die Schulpolitik in diesem Land an einer gehörigen Lernschwäche leidet.

Im Frühjahr wurden Schulen und Kitas geschlossen. Man hatte teilweise das Gefühl, dass das gar nicht so richtig von Bedeutung sei. Manche hatten wohl den Eindruck, das seien ulkige Freizeitangebote, auf die man auch mal verzichten könne. Wer dagegen war, wer gefragt hat: „Was passiert eigentlich? Wann geht es an den Schulen wieder los?“, der war dann schnell ein Jammerlappen oder ein Querulant von der SPD. Alles gehe doch von zu Hause, hieß es, alles sei doch kein Problem.

Eine Notbetreuung galt nur für die Kinder, deren Eltern als systemrelevant eingestuft wurden, nicht aber für die Kinder, die aufgrund ihrer sozialen Situation dringend auf Hilfe, Unterstützung und vor allem auch auf Bildung angewiesen sind.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem Herr Kollege Reinhart, und auch an die Kultusministerin gerichtet: Wenn Sie jetzt plötzlich Ihr Herz für die sozial Schwachen entdecken, um zu argumentieren, warum Sie keine sinnvollen Lösungen an Schulen einsetzen können, dann ist das für mich ein Vergießen von Krokodilstränen. Um diese Kinder haben Sie in dieser Landesregierung sich im Frühjahr nämlich überhaupt nicht gekümmert.

(Beifall)

Es hat den ganzen Sommer gebraucht, bis die Kultusministerin irgendwann begriffen hat, wie wichtig Schulen sind und dass Schließungen verhindert werden müssen. Leider hat es aber nicht dazu gereicht, zu verstehen, dass es nicht nur die Schließung, sondern auch die Radikalität war, die falsch war. Denn nun meint Frau Eisenmann, etwas gelernt zu haben. Sie sagt: „Die Schulen bleiben offen, und der Unterricht wird in Präsenz gehalten.“ Das will sie genauso radikal, wie sie im Frühjahr die Schließung wollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Antwort ist für viele Menschen, die im Bildungssystem sind,

(Zuruf: Höchst hilfreich!)

zu wenig.

Die Menschen in diesem Land, egal, ob es Schülerinnen oder Schüler sind, die sich bei uns – ich bin sicher: auch bei Ihnen – melden, oder Lehrkräfte, Schulleiter, aber auch Eltern, haben Sorgen. Wenn in manchen Landkreisen in Baden-Württemberg bereits jetzt ein Infektionsgeschehen mit Zahlen von über 200 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen herrscht, dann sind diese Eltern nicht mit dem Satz zufrieden: „Wir müssen alles dafür tun, dass Schulen und Kitas offen bleiben.“

Ich gebe Ihnen vollkommen recht: Der Präsenzunterricht an unseren Schulen ist das beste Instrument, um gute Bildungschancen zu erreichen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn wir so tun, als ob es nur zwei Lösungen gäbe, nämlich die Schule für alle offen zu halten oder dann, wenn wir es nicht mehr verantworten können, die Schule für alle zu schließen, dann beschädigen wir diesen Bildungsstandort, wenn es nicht endlich gelingt, Modelle zu entwickeln, die es den Lehrkräften erlauben, unter gesundheitlich verantwortbaren Umständen in den Schulen Bildungsinhalte zu vermitteln.

(Beifall)

Dann untergräbt nämlich eine solche Politik das Vertrauen in eine vernünftige Handlungsweise, und eine solche Politik ist auch gefährlich. Ich glaube, Frau Eisenmann hat noch nicht kapiert, dass eine solche Politik auch dann zur Schließung aller Schulen führen kann, wenn ebendas, was wir alle hoffen, nämlich dass die Infektionszahlen wieder sinken, nicht erreicht werden kann.

Ich kann Ihnen sagen: Ich kommuniziere viel mit Schulen, aber auch mit Kultusministerinnen und -ministern anderer Länder. Und ich spüre bei den Gesprächen, dass sie Angst haben vor dem Vorwurf, man würde die Eltern und die Kinder wieder alleinlassen, wenn man die Schulen zumacht.

Ich rede mir, mit Verlaub, den Mund fusselig, dass ich gerade die größte Gefahr darin sehe, dass wir dann, wenn wir innerhalb des Systems der Schule keine kreativen Lösungen finden, alle gemeinsam Schiffbruch erleiden. Deswegen bin ich sehr froh, Herr Ministerpräsident, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gestern das beschlossen haben, was ich bereits in der letzten Woche gefordert habe, nämlich dass wir dort, wo die Gefahr einer Infektion signifikant steigt – – Und bei den Kindern ab 14 Jahren etwa sind die Kurvenverläufe anders als bei den Fünf- bis Neunjährigen und bei den Neun- bis 13-Jährigen.

Dann kann ich doch an dieser Stelle überlegen – – Und viele Lehrkräfte und Schulleiter sagen mir: „Es ist ein sinnvoller Weg, dies zu machen. Wir können das pädagogisch erfüllen.“ Dann macht es doch Sinn, gerade für die älteren Schülerinnen und Schüler ab Klasse 8 Wechselmodelle, hybriden Unterricht zu ermöglichen. Denn viele Schulen sind darauf vorbereitet – ganz im Gegensatz zu dieser Kultusministerin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Damit Sie nachher nicht daherreden, jetzt im November könne man ja ganz leicht davon reden, weise ich darauf hin: Wir haben in unserer SPD-Fraktion bereits im Mai, als die Schulschließung für die meisten Kinder noch andauerte, mit Schulpaktikern, Eltern, Schülern, Lehrern gemeinsam ein Papier unter der Überschrift „Das krisenfeste Klassenzimmer“ entwickelt. Das haben wir am 2. Juni vorgestellt, weil wir gehofft hatten, dass uns eine Vorbereitungszeit von gut dreieinhalb Monaten für das neue Schuljahr hilft, uns auf die veränderlichen Realitäten einzustellen.

(Andreas Stoch)

Ich zitiere mal einen Satz aus diesem Papier. Wir haben gefordert, schon jetzt klare Handlungsrichtlinien für verschiedene Verlaufsszenarien zu Beginn des neuen Schuljahrs zu erarbeiten. In dem Papier stand nicht: „Wir glauben, dass das Virus besiegt ist.“ Darin stand auch nicht: „Oh Gott, wir können die Schulen nicht öffnen.“ Darin stand, dass wir für die unterschiedlichen Verlaufsszenarien angemessene Regelungen brauchen, und zwar nicht, weil wir leichtfertig Schulen schließen wollen, sondern weil wir erreichen wollen, dass auch bei steigenden Infektionszahlen der Anspruch unserer Kinder auf Bildung erfüllt wird. Das ist die Aufgabe: differenzierte Lösungen – und nicht Pauschalierungen in diesem Land.

(Beifall)

So braucht es eben bei entsprechender Infektionsgefahr vor allem bei den älteren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, auch einen Wechselunterricht durchzuführen. Ich bin froh, dass sich die Ministerpräsidenten über das Wort der Kultusminister hinweggesetzt haben, indem dies auch problemlos möglich ist und auch keine Betreuungsproblematik bei den Eltern entsteht.

Auch das Ausnutzen räumlicher Reserven – Gerade bei den Kindern, bei denen der Präsenzunterricht wichtig ist – also in den Klassen 1 bis 7 –, muss ich versuchen, den Mindestabstand einzuhalten. 30 Kinder und eine Lehrkraft in engen Klassenzimmern sind aus meiner Sicht bei so hohen Inzidenzen, wie wir sie in manchen Landkreisen haben, nicht verantwortbar. Deswegen muss ich die Vorschläge nutzen – wir haben das in der letzten Woche auch getan –, auch andere Räumlichkeiten zu nutzen.

Wir brauchen kreative Lösungen, um Infektionsgefahren in Schulen zu senken und trotzdem Bildung in Baden-Württemberg auf höchstem Niveau möglich zu machen. Dazu gehört z. B. auch der Einsatz von Luftfilteranlagen.

Wir werden kein Risiko null bekommen. Aber wir können das Risiko im Interesse der Schülerinnen und Schüler und vor allem der Lehrkräfte, die in diesen Klassenzimmern sind, senken. Sie haben eine Fürsorgepflicht für diese Beschäftigten. Werden Sie dieser Fürsorgepflicht endlich gerecht!

(Beifall)

Vor allem brauchen wir Lösungen, die gemeinsam mit den Schulen erarbeitet werden und die nicht per Verordnung von oben kommen. Vor zwei Wochen hat die Ministerin den Schulen erklärt, sie könnten sich aussuchen, ob sie früher in die Weihnachtsferien gehen wollen. Ich kann Ihnen sagen: Die Begeisterung vor Ort war relativ gering, das selbst entscheiden zu müssen. Die Schulen haben das dann getan, waren aber überrascht, als – Die meisten haben sich übrigens dagegen entschieden, weil sie gesagt haben: „In diesem Jahr ist schon genug Unterricht ausgefallen.“ In den meisten Schulen wurde auch gefragt: „Was mache ich mit Eltern, die an diesen zwei Tagen eine Betreuungsproblematik haben?“

(Zuruf: Genau!)

Das sind Fragen, die die Schulen an uns gerichtet haben. Das ist alles über Umfragen passiert, bis vonseiten des Ministerpräsidenten verkündet wurde: „Diese zwei Tage gibt es eben

obendrauf.“ Zu der Frage, wie das umgesetzt wird – bewegliche Ferientage, zusätzliche Ferien –: keine Antwort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe das Gefühl, dass diese Regierung auf höchstem Niveau nicht miteinander kommuniziert. Es ist und bleibt für die Menschen in diesem Land nur todtraurig. Ist Ihnen eigentlich klar, welchen Schaden das Ansehen der Kultuspolitik in unserem Land nimmt?

Es hat sechs Monate gedauert, bis unsere Kritik an der pauschalen Schulschließung im Kultusministerium eine Erkenntnis auslöste. Aber dann war es auch noch die falsche Erkenntnis.

Ganz ehrlich: Wir haben keine Zeit, jetzt noch einmal ein halbes Jahr zu warten, bis Frau Eisenmann begreift, dass es zwischen „alles auf“ und „alles zu“ noch eine Menge sinnvoller Mittelwege gibt. Auch sonst ist inzwischen meine größte Sorge, dass aktuell zu steile Infektionskurven auf zu flache Lernkurven treffen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Herr Ministerpräsident, Sie beschwören immer wieder die Dramatik der Lage, die nicht jeder begriffen hat, der sich im Land über Einschränkungen aufregt. Da haben Sie ganz sicher recht. Aber Sie gestatten uns schon, dass wir Zweifel daran haben, dass diese Landesregierung die Dramatik der Lage wirklich begriffen hat.

Herr Ministerpräsident, Sie haben kürzlich erklärt, Sie würden keinesfalls jemand anderen als Sozialminister Lucha mit der Pandemiebekämpfung betrauen – so nach dem Motto: Wenn der Stoch das will, dann schon zweimal nicht.

Um was es mir und um was es der SPD-Fraktion geht, haben Sie offensichtlich nicht wissen wollen. Journalisten haben Sie erklärt, wir dürften doch den Sozialminister nicht dafür kritisieren, dass er Reserven bei Schnelltests anlege. Wer hat das jemals gesagt? Wo haben Sie diese Kritik von uns gehört? Die gab es nie.

Was es von uns gab, war der Hinweis, dass unabhängig von allen Fehlern und Versäumnissen, die wir Herrn Minister Lucha vorwerfen – unabhängig von seiner Person –, ein Grundsatz gilt, den Sie eigentlich befolgen sollten. Die Bewältigung von Großlagen und Katastrophen – so lautet dieser Grundsatz – gehört ins Innenministerium, und zwar auch das unabhängig vom Minister, weil nämlich dieses Ministerium groß genug ist und unglaublich viel mehr – und auch bei der Krisenbewältigung erfahrener – Personal zur Verfügung hat als das Sozialministerium.

Als 2015 – ich habe das schon erwähnt – Hunderttausende Geflüchtete in dieses Land kamen, war formal das Integrationsministerium zuständig. Aus gutem Grund wurde damals die Aufgabe dem Innenministerium übertragen – dies nicht wegen der Personen, der Minister, sondern aufgrund der Größe und Struktur der Ministerien. Darum geht es.

Ganz ehrlich: Wenn hier immer wieder gefordert wird, man müsse doch angesichts der Pandemie auch einmal über den Tellerrand seiner Parteizugehörigkeit hinausschauen, dann ist das wahr und richtig. Es wirkt aber nicht sehr glaubwürdig, wenn man das der Opposition anträgt und gleichzeitig nicht

(Andreas Stoch)

einmal in der Lage ist, innerhalb der eigenen Koalition über die Parteigrenzen zu blicken.

(Beifall)

Es darf doch nicht sein, dass man das Naheliegende und Richtige nur deswegen nicht tut, weil dann kein grüner, sondern ein schwarzer Minister die Gallionsfigur wäre. Herr Ministerpräsident – um Ihre Worte zu benutzen –, auch da sollte man endlich die Dramatik der Lage erkennen.

Das gilt eben auch für viele andere Punkte. Da legt der Bund – genauer gesagt, legen die sozialdemokratisch geführten Ministerien – gewaltigste Hilfsprogramme auf. Dort begreift man, dass dies keine Zeit für schwarze Nullen ist – damit meine ich jetzt die Zahlen im Haushalt –, sondern dass man jetzt viel investieren muss, um nicht viel, viel mehr zu verlieren.

(Vereinzelt Heiterkeit)

– Ja, ich weiß, bei solch einem Satz dauert es manchmal ein bisschen.

Aber mitten in der Pandemie hat man nicht den Eindruck, dass die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg kraftvoll und entschlossen handelte oder gar einen Plan hätte, wie es Anfang kommenden Jahres bei uns weitergehen soll. Auch das ist der Dramatik der Lage nicht angemessen.

(Zuruf)

Deswegen vermissen viele, viele Menschen, dass diese Landesregierung endlich in den Krisenmodus wechselt, wenn es um Handlungs- und Entscheidungsfreude geht. Allmählich haben viele Menschen Sorgen, dass das gar nicht kommen wird, dass diese Regierung nicht auspacken kann, was sie gar nicht im Gepäck hat.

Wir haben dieser Landesregierung seit ihrem Amtsantritt vorgeworfen, dass es eine Regierung des Stillstands ist, des Vorsich-hin-Verwaltens auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Wir haben oft darüber geschimpft, dass sich zu viele Ministerinnen und Minister nur in der Rolle winkender Strahlefrauen und Strahlemänner gefallen, die angenehme Schaufenstertermine veranstalten. Wir haben oft kritisiert, dass Grün-Schwarz einen unsäglichen Disclaimer vor sich herträgt: Bei schlechtem Wetter muss das Regieren leider ausfallen.

Mir wäre es lieber gewesen, diese Kritik wäre nicht so treffend gewesen, wie sie jetzt ist.

(Zuruf)

Denn auch hier streicht die Pandemie überdeutlich heraus, was man zuvor schon ahnen konnte. Diese Regierung handelt nicht, und es kommt letztlich aufs Gleiche heraus, ob sie nicht handeln will oder gar nicht handeln kann.

Seit Beginn der Pandemie ist Baden-Württemberg im Konzert der Bundesländer der Nachzügler. Damit ist man manchmal sogar ganz gut gefahren. Weil sich der Ministerpräsident ja schon immer gern der Mehrheit anschließt, kamen die Schritte dann halt oft etwas später zu uns. Aber schlimm war das in aller Regel nicht.

Schlimm jedoch ist es, wenn andere Menschen im Land für diese Bummelerei büßen müssen: die Schulen und Kitas, die Landratsämter und Rathäuser, die Firmen, Handwerker und Selbstständigen, denen man Regeln und Verordnungen auf den allerletzten Drücker hinwirft, oft mit kaum 24 Stunden Zeit zur Umsetzung.

Schlimm ist es dann, wenn es keinen Bund gibt, dem man hinterherlaufen kann. Dann wartet man auf Gerichte, oder man delegiert konkrete Entscheidungen nach unten weg. Gibt es einen Weihnachtsmarkt oder nicht? Mit Alkohol oder ohne? Wo gilt eine generelle Maskenpflicht?

Natürlich müssen das die Kommunen entscheiden. Aber man darf doch erwarten, dass das Land Richtlinien aufstellt, Größenordnungen angibt. Natürlich ist es die Sache einer Kommune, eine Tempo-30-Zone auszuweisen. Aber es ist doch auch klar, dass es dann Tempo 30 ist – und nicht hier Tempo 23 und dort Tempo 32.

Schlimm ist es auch dann, wenn allmählich wirklich jeder in diesem Land begriffen hat, dass diese Pandemie keine Sache von ein paar Monaten war und ist. Der Sozialminister erzählt ja oft von seinen Nachtgebeten und den Infektionszahlen vom Sommer, die er sich unter sein Kopfkissen legt. Das wäre drolig – aber es ist offenbar sein größtes Ass gegen die Pandemie. Und das ist eher gruselig.

Was uns fehlt, ist eine Landesregierung, die in der Lage ist, in Szenarien zu denken und dafür Pläne zu entwickeln. Denn niemand von uns glaubt doch, dass das Virus nach Weihnachten oder nach dem Jahreswechsel verschwunden ist. Es braucht Maßnahmen, die uns helfen, gut über die ersten Monate des neuen Jahres zu kommen, bis dann vielleicht ein Impfstoff endlich für etwas Entspannung sorgt.

Deswegen wundert es uns – oder auch nicht –, dass nicht auch über langfristig sinnvolle Maßnahmen nachgedacht wird. Das würde etwa bedeuten, dass man sich um nachhaltige Lösungen an den Schulen kümmert, beispielsweise was das Thema Luftreinigung und den Einsatz von Luftfiltern angeht: „Da lüften wir mal kurz durch.“ Und wenn es im Klassenzimmer so kalt ist, dass die Schülerinnen und Schüler nur noch in ihren Winterjacken und eingehüllt in Decken unterrichtet werden können, dann – so hat man den Eindruck – ist die Ministerin so weit von ihren Schulen entfernt, dass sie das gar nicht mehr mitbekommt.

Luftreiniger sind aber auch nach Corona nicht unnütz. Das bedeutet nämlich auch deutlich geringere Ausfälle bei jeder weiteren Erkältungswelle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich hätte ich gute Lust, jetzt noch einmal ein paar Minuten über die Grundprobleme dieser Landesregierung zu reden, darüber, wie viel mehr eine Landesregierung tun könnte, wenn sie sich mehr zutrauen und mehr Verantwortung übernehmen würde, wenn sie mehr könnte, als Nachtwächter zu sein, wenn sie nicht nur verwalten, sondern gestalten würde – und wenn sich ihre beiden Regierungsfractionen nicht dauernd gegenseitig ein Bein stellen würden.

Aber so schwer sich diese Regierung damit tut, zu handeln, so schwer tue ich mich damit, nicht doch noch auf die gestern

(Andreas Stoch)

beschlossenen Pläne einzugehen. Ich kann auch nichts anderes tun, als zu versuchen, dass dieser Landtag gestalten kann und gestaltet.

Lassen Sie mich also sagen, dass wir uns natürlich einig darüber sind, dass es bei der derzeitigen Lage keinen Anlass gibt, über Lockerungen zu sprechen. Denn das, was Anfang November beschlossen wurde, hat allenfalls dafür gereicht, die exponentielle Entwicklung der Infektionszahlen zu brechen, aber es hat noch nicht gereicht, uns wieder in eine Situation zu versetzen, die auch die Rückverfolgung von Infektionsketten zulassen würde.

Deswegen ist es klar, dass wir dafür weitere Maßnahmen brauchen. Das ist leider so; dafür kann – da hat der Ministerpräsident recht – der Ministerpräsident nichts – aber dafür kann auch die Opposition nichts.

Klar ist auch, dass wir genau deswegen alles, was wir tun, unter der Maßgabe der Bekämpfung der Pandemie prüfen müssen. Was nützt, was nützt nicht? Was von den Maßnahmen hat einen Effekt auf das Infektionsgeschehen und was eben nicht? Und vor diesem Hintergrund warne ich davor, für die Weihnachtsfeiertage quasi eine Ausnahme von den Beschränkungen aufgrund der Pandemie auszurufen. Ja, auch ich mag Weihnachten, und ich feiere es gern mit meiner Familie – als Christ, als Familienvater, als Mensch, der gern in Gesellschaft anderer Menschen ist. Und ja, es ist eine Zumutung, wenn man an Weihnachten nicht alle Menschen einladen kann, die man einladen möchte. Aber vieles in unserem Leben ist zurzeit eine Zumutung, und wir können es so schnell nicht ändern.

Wenn man nun an Weihnachten eine Ausnahme macht, weil das sonst so unangenehm wäre, dann macht man an dieser Stelle aus meiner Sicht ein Fass auf. Denn es ist auch unangenehm, nicht ins Stadion, nicht in ein Konzert gehen zu können; es ist unangenehm, sich nicht mit Menschen treffen zu können. Das ist eine hoch riskante Argumentation.

Mir gefällt die Vorstellung nicht, dass man uns in dieser Debatte der letzten Wochen ein bisschen wie Kleinkinder behandelt. So kamen mir auch die öffentlichen Äußerungen mancher Politiker in der Debatte in den letzten Wochen vor: „Seid jetzt schön brav, dann können wir an Weihnachten ein schönes Geschenk bekommen.“

Noch weniger gefällt mir die Vorstellung, dass es vor den Feiertagen noch mehr Beschränkungen geben muss, noch weniger Kontakte, wochenlang. Wir sparen uns also quasi vom Munde ab, was wir dann zwischen dem 24. Dezember und dem 1. Januar wieder leichtfertig zum Fenster hinauswerfen. Und dann? Was passiert, wenn diese Tage vorbei sind? Dann ist das Zuckerle weg, das Geschenk ist ausgepackt, und die Pandemie ist noch immer da – und wenn wir Pech haben, sogar noch schlimmer. Das Virus macht garantiert keine Weihnachtsferien. Auch Silvester wird in diesem Jahr anders sein müssen.

Ich halte von diesen Ausnahmen nichts, weil sie das hart Erarbeitete wieder gefährden. Es ärgert mich auch, dass wir jetzt seit Wochen nur noch Schlagzeilen darüber haben, wie es unter dem Christbaum aussehen wird. Das wird der Lage nicht gerecht. Ich sage es noch einmal: Wenn wir all den Menschen,

die gegen die Pandemie ankämpfen – als Pflegerin im Krankenhaus, als Pflegekraft in Alten- und Pflegeheimen –, all den Menschen, die in Kurzarbeit sind – teilweise seit neun Monaten –, all den Kulturschaffenden – ohne Einkommen seit neun Monaten –, die Angst um ihre Existenz haben, weismachen, ihr größtes Problem sei die Frage, ob sie an Silvester Böller werfen dürfen oder nicht, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir in der Debatte der Situation dieser Menschen nicht gerecht.

(Beifall)

Über verlängerte Schulferien ist schon fast genug gesagt worden. Es geht nicht um die zwei Tage, es geht um Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit unserer Kultuspolitik. Die Reaktion auf den Vorstoß von Frau Eisenmann war bei den meisten Schulen klar: „In den letzten Monaten ist genug Unterricht ausgefallen“ – ich habe es schon erwähnt –, und das Betreuungsproblem steht auch vor der Tür. Es scheint offensichtlich so zu sein, dass auch an dieser Stelle, Herr Ministerpräsident, eine politische Entscheidung der Hintergrund ist.

Wenn ich die Vor- und Nachteile dieser Regelung abwäge – das Argument mit der sogenannten Vorquarantäne, sechs Tage, in denen sich die Menschen nicht mit anderen Menschen in Kontakt begeben –, dann geht es mir genauso, wie es der Kollege Dr. Rülke vorhin ausgeführt hat: Ich halte diese Annahme für unrealistisch. Wir können den Appell an die Menschen richten. Aber ich würde Ihnen raten: Schauen Sie sich in den Tagen vor Weihnachten einmal an, wie es in unseren Innenstädten aussieht. Deshalb glaube ich, dass diese Maßnahme relativ wenig Sinn macht. Sie verursacht mehr Probleme, als sie zur Lösung beiträgt.

Wie ich bereits eingangs ausgeführt habe, ist es offensichtlich nicht vorgesehen, dass sich der Landtag ernsthaft in die aktuellen Maßnahmen einbringt. Deshalb verlegt man die Sitzung eigens auf den Tag nach den Beschlüssen. Darüber kann man sich ärgern, was ich auch tue. Dagegen kann man sich aber auch wehren, indem man z. B. denen guten Rat anbietet, die ihn gar nicht haben wollen. Wir wollen das heute tun. Wir legen heute als SPD-Fraktion, wie auch die anderen Fraktionen, einen Entschließungsantrag vor, nach dem einige aus unserer Sicht dringende Vorkehrungen getroffen werden sollen, und das so rechtzeitig wie irgend möglich.

Abschnitt I unseres Entschließungsantrags betrifft die Landtagswahl im kommenden März. Die muss nämlich auch vorbereitet werden. Man kann sich schon dumm stellen und sagen, man könne nicht einmal in den Januar blicken. Aber man kann doch mit einem Minimum an Vorhersage und Verstand einsehen, dass es sinnvoll ist, Vorsorge dafür zu treffen, dass die Pandemie im kommenden März eben noch nicht vorbei und vergessen sein wird.

Was spricht eigentlich dagegen, in Baden-Württemberg – wie übrigens auch in anderen Bundesländern – ausnahmsweise und nur wegen der aktuellen Situation bei der kommenden Landtagswahl die Briefwahlunterlagen nicht nur auf Antrag, sondern generell an alle Wahlberechtigten zu verschicken? Wer an der Urne wählen will, kann das ja dennoch tun. Unser Entschließungsantrag fordert die Vorlage eines Gesetzentwurfs mit diesem Ziel. Ich bitte Sie hier um Ihre Unterstützung. Briefwähler sind nicht die schlechtesten Menschen; das

(Andreas Stoch)

haben wir zuletzt in den USA eindrucksvoll gesehen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Weiter fordern wir, wie es auch im Beschluss der Ministerpräsidenten steht, die Ermöglichung von Unterricht im Wechselbetrieb für alle Schülerinnen und Schüler ab Klasse 8. Die Schulen sind in der Lage, in diesem Modus zu arbeiten, und sie sollen zumindest die Möglichkeit bekommen, aufgrund des örtlichen Infektionsgeschehens zu reagieren. Im Wechselbetrieb können die Abstände in den Klassenzimmern besser eingehalten werden, und auch der Schülerverkehr würde deutlich entlastet. Es ist letztlich egal, ob sich ein Schüler in der Schule ansteckt oder auf dem Weg in die Schule, oder ob er sich außerhalb der Schule ansteckt und die Infektion in die Schule trägt.

Für den Unterricht in den Klassen 1 bis 7 fordern wir, zusätzlich geeignete Räumlichkeiten zu nutzen, um den Schulen eine räumliche Entspannung und Entzerrung des Unterrichts zu ermöglichen. Wir fordern weiter ein Schulbudget für die Anschaffung und den Einsatz von geeigneten Luftfilteranlagen in schlecht zu belüftenden Klassenräumen, und zwar nicht im Sinne von „Entweder Digitalisierung oder Lüftung“, sondern zusätzlich zu den Mitteln, die an den Schulen dringend für die Digitalisierung benötigt werden.

(Beifall)

Wir fordern natürlich, die Wirtschaftshilfen für die von den Schließungen betroffenen Betriebe, insbesondere im Gastgewerbe, für Kunst- und Kulturschaffende, Soloselbstständige und alle durch die Schließung und Einschränkung in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Bereiche zu verlängern und, falls nötig, auszudehnen.

Die Auszahlung der Hilfen muss so schnell wie möglich erfolgen. In den Bereichen, in denen die Bundesmittel nicht ausreichen, muss das Land Baden-Württemberg auch mit Landesmitteln zur Stelle sein und aufstocken. Wenn wir hier nicht handeln, riskieren wir Pleitewellen, und wir riskieren es, dass unser Land kulturell eine Wüstenlandschaft wird. Auch hier bitte ich um Ihre Unterstützung.

Schließlich fordern wir die Landesregierung auf, endlich einen Fahrplan durch diesen Pandemiewinter vorzulegen. Es geht nicht darum, in die Zukunft schauen zu können, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es geht darum, dass eine Landesregierung in der Lage sein muss, in verschiedenen Szenarien zu denken und die verschiedenen möglichen Infektionsverläufe mit den daraus zu ziehenden politischen Schlussfolgerungen zu verbinden.

Wann und unter welchen Umständen können denn Gastronomiebetriebe wieder geöffnet werden? Das fragen uns Menschen, die wissen wollen: Wie haben wir eine Chance, unserer Tätigkeit nachzugehen? Wie können wir an den Schulen in den nächsten drei bis vier Monaten funktionierenden Unterricht gewährleisten? Wie können wir Unterstützung für Schülerinnen und Schüler anbieten, die, gerade wenn sie im Wechselbetrieb sind, besonderer Unterstützung bedürfen? Dazu brauchen wir Antworten dieser Landesregierung.

Wir brauchen vor allem Antworten auf die Frage, wie wir den Menschen in diesem Land in den nächsten drei bis vier Monaten – bis wir vielleicht wieder im Frühling sind und der Impfstoff tatsächlich auch wirkt – eine Perspektive geben können. Es wird nicht reichen, zu sagen: „Dann warten wir mal bis zum 20. Dezember, und dann schauen wir mal, was passiert.“ Die Menschen in diesem Land haben es verdient, von dieser Landesregierung eine Strategie, einen Plan zu erhalten. Dazu fordern wir Sie auf.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch Wortmeldungen von Herrn Abg. Dr. Fiechtner – –

(Zurufe, u. a.: Die AfD möchte auch noch! – Die AfD! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Muss nicht sein! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das wäre nicht nötig gewesen!)

– Herr Abg. Baron zuerst, ja, und dann Herr Abg. Dr. Fiechtner, Herr Abg. Dr. Gedeon. Danach spricht noch einmal der Herr Ministerpräsident.

Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Im Archiv des Deutschen Bundestags haben wir folgenden Eintrag aus dem Jahr 1968 gefunden – im Jahr 1968 hat der Bundestag Notstandsgesetze beschlossen; ich zitiere –:

Mit den geplanten Notstandsgesetzen hatten CDU/CSU und SPD einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. ... Studenten, Intellektuelle, die Gewerkschaften ... waren dagegen. Sie fürchteten, dass die Grundgesetzänderung die noch relativ junge deutsche Demokratie gefährden würde, und verwiesen auf die Erfahrungen mit Artikel 48 der Weimarer Verfassung, der den Weg zur „Machtergreifung“ Hitlers geebnet hatte.

Der damalige Außenminister Willy Brandt forderte im Parlament, der Notstandsfall dürfe nicht die Stunde der Exekutive einläuten, sondern müsse die Stunde der Bewahrung des Parlaments und des mündigen Bürgers sein, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Aus der gleichen Motivationslage heraus haben sich in der vergangenen Woche Zehntausende Bürger vor dem Reichstagsgebäude versammelt: um gegen die willkürlichen Verfassungsbrüche im neuen Infektionsschutzgesetz zu protestieren. Wie damals gingen Tausende Menschen auf die Straßen, um für ihre Grundrechte zu kämpfen. Meine Damen und Herren, womit die Demonstranten nicht rechnen konnten,

(Zurufe)

war sicherlich der Wille des Berliner Innensenators Andreas Geisel, die Demonstration mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterbinden.

(Zuruf: Pfui!)

(Anton Baron)

Er scheute sich nicht davor, den Einsatz von Wasserwerfern, Pfefferspray und Schlagstöcken zu genehmigen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Hört, hört! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Erbärmlich!)

Die Bilder von dem Polizeieinsatz gegen die Demonstranten liefen stundenlang in den TV-Kanälen. Der neutrale Betrachter dieser Szenen konnte keinen Unterschied zu den brutalen Vorgehensweisen der Milizen in Minsk

(Zuruf: „Russia Today“!)

gegen die dortigen Demonstranten erkennen.

(Beifall – Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir, die AfD, konnten uns ebenfalls nicht vorstellen, dass friedlich demonstrierende Menschen, die Sorgen haben und unser Grundgesetz verteidigen, zu Opfern von Staatsgewalt werden. Das von der Bundesregierung im Eiltempo von vier Stunden verabschiedete Dritte Infektionsschutzgesetz ist aus Sicht der AfD nichts anderes als ein Bevölkerungsentmündigungsgesetz.

(Beifall)

Verwunderlich ist dabei allerdings – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Baron, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Karrais zu?

Abg. Anton Baron AfD: Ja, gern.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Herr Kollege Baron, danke für das Zulassen der Zwischenfrage. – Habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie deutsche Polizisten mit den Kräften des Diktators Lukaschenko verglichen haben? Vergleichen Sie das Vorgehen miteinander?

Schauen Sie sich einmal die Bilder aus Weißrussland an. Da werden Leute in Autos gezerrt, weggefahren und sonst wohin gebracht. Haben Sie so etwas in Deutschland gesehen? Das frage ich Sie.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das ist der Fall! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Natürlich nicht! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Vergleichen Sie deutsche Polizisten mit jenen Kräften in einer Diktatur?

(Beifall – Zurufe)

Abg. Anton Baron AfD: Herr Karrais, vielen Dank für die Frage. Sie wissen selbst – wie alle anderen hier –: Wir stehen felsenfest hinter unserer Polizei.

(Lachen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sieht die Polizei aber anders, Herr Kollege! – Weitere Zurufe)

Was allerdings auf Druck des Innensenators in Berlin passiert ist,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

können wir so nicht akzeptieren.

(Beifall)

Da wurden Menschen von Wasserwerfern besprüht.

(Zurufe, u. a. Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ja, genau! Gegendemonstranten!)

Auch einer unserer Bundestagsabgeordneten wurde – das haben Sie selbst gesehen –

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

wegen der Maskenpflicht niedergezerrt und auf den Boden geworfen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, er hat Widerstand gegen die Polizei geleistet! – Gegenrufe, u. a. Abg. Carola Wolle AfD: Das stimmt doch gar nicht! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Natürlich stimmt es!)

Das kann es wirklich nicht sein. Meine Damen und Herren – –

(Abg. Udo Stein AfD: Ich selbst bin eine Stunde festgehalten worden! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ausgerechnet ein FDPler redet diese Schande schön!)

Wir, die AfD – –

(Glocke der Präsidentin – Zuruf des Abg. Daniel Karrais FDP/DVP)

Das von der Bundesregierung – –

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Baron hat die Zwischenfrage beantwortet und fährt jetzt fort in seiner Rede.

Abg. Anton Baron AfD: Ja. Danke schön, Frau Präsidentin. – Verwunderlich ist dabei allerdings, dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, der am 18. November höchstpersönlich im Bundestag – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Entschuldigung, möchten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Rottmann zulassen und beantworten?

Abg. Anton Baron AfD: Ja, natürlich.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Haben Sie ihm die vorher aufgeschrieben? – Gegenrufe: Ach, bitte!)

Abg. Daniel Rottmann AfD: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ist es richtig, dass die Maßnahmen, die in Berlin beschlossen worden sind, dem Schutz und der Gesundheit der Bevölkerung dienen sollten? Erste Frage.

Zweite Frage: Dienen Wasserwerfer, die im November auf die Bevölkerung gerichtet werden, auch dem Schutz der Gesundheit?

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mein Gott, Rottmann!)

Abg. Anton Baron AfD: Von der Polizei wird ja tatsächlich behauptet, dass die Wasserwerfer Aerosole verhindert hätten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Na ja, das muss man einfach einmal hinnehmen. Aber darauf komme ich gleich noch, Daniel. Vielen Dank für die Frage.

Verwunderlich ist dabei allerdings, dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, der am 18. November höchstpersönlich im Bundestag das „Ermächtigungsgesetz“ so lobte und verteidigte, selbst keine Stimme abgegeben hat. Warum, fragen wir uns. Vielleicht bekommen wir heute noch eine Erklärung dafür. Wir finden das allerdings mehr als bedenklich.

Dieses Gesetz ermöglicht undefinierte und damit unbegrenzte Rechte des Eingriffs in die Unversehrtheit der Wohnung, in die Bewegungs- und in die Gewerbefreiheit. Das ist einfach skandalös, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was uns aber noch mehr abgeschreckt hat, war das medienwirksame Ablenkungsmanöver der Altparteien. Sie richteten die ganze Aufmerksamkeit auf einzelne Störer, die sich mit den Gästekarten von zwei AfD-Abgeordneten Zutritt zum Parlament verschafft haben.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Durch dieses perfide Ablenkungsmanöver versuchten sie mithilfe der Medien, die tatsächliche Tragödie, die sich im Bundestag und auf den Straßen ereignete, zu vertuschen.

(Beifall)

Die Präsidentin schließt sich diesem Schmierentheater auch noch mit irgendwelchen Verordnungen hier im Landtag an. Wo war die Reaktion unserer Präsidentin, als damals Fridays for Future oder andere Störer in den Landtag oder den Bundestag eingedrungen sind – mein Kollege Udo Stein hat das vorhin schon erwähnt –, als hier Flyer heruntergeworfen wurden oder als sich im Bundestag Personen auf den Boden geworfen haben? Wo war da die Reaktion, Frau Präsidentin?

(Beifall – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Sie vertuschten dabei, Herr Sckerl, die Aufhebung unserer Grundrechte

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Lächerlich!)

und die Verletzung unserer Verfassung. Abgesehen davon, wie gefährlich das Virus auch sein mag, wird man das Virus nicht mit diesem Gesetz besiegen können.

(Beifall)

Was Sie allerdings besiegen oder sogar beerdigen, sind die Rechte unserer Bürger, des Souveräns in unserem Land. Mit § 28 a des Infektionsschutzgesetzes kommt es zum Parlamentsvorbehalt und zum schweren Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot. Das ist einfach inakzeptabel. Das ist das Ende der Demokratie.

(Beifall – Vereinzelt Lachen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Parlamentsvorbehalt ist das Ende der Demokratie! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Ich begründe es gleich, Herr Sckerl. – Der Verfassungsrechtler Professor Volker Boehme-Neßler sagte über das neue, Dritte Infektionsschutzgesetz Folgendes – ich zitiere ihn sehr gern –:

Ich bezweifle sehr, dass dieses Gesetz der Verfassung entspricht, und deswegen ist es natürlich dann in diesem Fall auch kein rechtssicherer Boden. ... Wenn in Grundrechte eingegriffen wird, braucht man eine genaue, möglichst klar formulierte Erlaubnis für den Staat und für die Behörden. ... Der Ermessensspielraum der Regierung ist unheimlich breit für ganz tiefe Grundrechtseingriffe. Alle Lockdownmaßnahmen sind sozusagen nach diesem Gesetz erlaubt. Die Voraussetzungen dafür, wann die erlaubt sind, sind sehr unklar, unpräzise und schwammig. ...

Wir haben eine Demokratie, und Demokratie heißt, die wichtigen ... Entscheidungen werden nach einer parlamentarischen Debatte vom Parlament getroffen. Dieses Gesetz ist praktisch so eine Art Selbstentmachtung des Parlaments. ... Das Parlament redet nicht mehr mit. ... Das Parlament zieht sich zurück. Das Parlament ist nicht der wichtigste Player, wie es in der Demokratie sein müsste, sondern das Parlament steht sozusagen an der Seitenlinie, ...

Herr Stoch, Sie sollten da vor allem aufpassen, denn die von Ihnen getragene Bundesregierung hat das mit beschlossen.

Meine Damen und Herren, das Zusammenkommen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin am 16. November war mehr als eine Blamage. Die Länder konnten sich über die Beschlussvorlage nicht einigen und keinen Konsens finden. Der Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, brachte es auf den Punkt – ich zitiere –: die Länder seien doch „keine nachgeordnete Dienststelle des Kanzleramts“. Und er hat verdammt recht damit.

(Beifall – Zurufe)

Mit Verwunderung nehme ich heute auch die Worte von Herrn Rülke wahr. Plötzlich möchte er doch vor den Konferenzen eine Debatte hier im Parlament. Am 24. November sprach er sich gegenüber der „Heilbronner Stimme“ noch gegen eine Sondersitzung vor der Konferenz, also für eine Sitzung erst nach der Konferenz aus.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lernen Sie erst mal lesen! – Vereinzelt Lachen – Gegenruf des Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja, von wegen!)

Herr Rülke, Sie müssen sich schon entscheiden. Sie widersprechen sich. Ich habe heute extra noch mal nachgeschaut, um sicherzugehen.

Bereits drei Tage nach diesem peinlichen Akt am 16. November hat der Deutsche Bundestag in seiner grenzenlosen Weisheit im Rekordtempo von vier Stunden dieses neue Infektionsschutzgesetz durch die Instanzen durchgepeitscht. Allerdings hat die Regierung mit diesem Gesetz aus unserer Sicht einen gefährlichen Verfassungsbruch begangen. Da verstehe

(Anton Baron)

ich inzwischen auch, wenn der Ministerpräsident bei jeder Pressekonferenz Bauchschmerzen hat.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Wir sehen in diesem Vorgehen einen Umgehungstatbestand, um unsere Grundrechte mit einfachen Mehrheiten außer Kraft zu setzen. Denn die Väter unseres Grundgesetzes haben in Artikel 79 des Grundgesetzes bewusst Zweidrittelmehrheiten im Bundestag und im Bundesrat für jegliche Veränderung der Verfassung festgeschrieben. Die AfD-Bundestagsfraktion hat hierzu bereits eine Klage beim Verfassungsgericht eingereicht, was wir ausdrücklich begrüßen.

(Beifall – Zuruf)

Meine Damen und Herren, die Grundlage aller von Ihnen getroffenen Maßnahmen ist Ihr irrealer Wunsch nach vollständiger Kontaktnachverfolgung – das hatten wir ja heute den ganzen Tag schon –, die gewährleistet werden muss, um keinen Kontrollverlust in Bezug auf die Nachverfolgung der positiv auf das Coronavirus Getesteten zu erleiden – wohl wissend, dass die viel beschworene Kontrolle des Infektionsgeschehens zu keinem Zeitpunkt nachvollziehbar war oder sein wird. Da es eine hohe Dunkelziffer gibt, wissen wir nicht, wie hoch die Zahlen der positiv auf das Coronavirus Getesteten tatsächlich sind. Eine RKI-Studie in Kupferzell – der Kollege von Eyb weiß da Bescheid – hat dazu auch einiges ans Licht gebracht. Es ist daher keine Kontrolle durch vollständige Nachverfolgung möglich – und daher auch kein Kontrollverlust. Meine Damen und Herren, wer etwas nicht unter Kontrolle hat, kann die Kontrolle auch nicht verlieren.

(Beifall – Vereinzelt Heiterkeit)

Gerade deshalb ist die umfassende Nachverfolgung eine pure Illusion, auch wenn diese Fallzahlen, die das RKI erfasst, niedrig sind.

An dieser Stelle möchte ich eine Aussage des Tübinger Oberbürgermeisters Palmer von den Grünen bei Markus Lanz zitieren. Er sagte:

Kontaktverfolgung, sage ich Ihnen jetzt aus der Praxis, ist in Deutschland praktisch nicht vorhanden. Wenn wir Kontakte ermitteln, ist die Infektion in der Regel schon weitergegeben.

Ah ja! Das sagt sogar Ihr grüner Kollege, Herr Ministerpräsident.

Meine Damen und Herren, wenn schon der Moderator der Landespressekonferenz am 24. November die Beschlüsse des Sozialministers und des Ministerpräsidenten bezüglich der Maskenpflicht unter freiem Himmel kritisiert, dann sollte sich die Landesregierung gefälligst fragen, ob diese irrsinnigen Coronamaßnahmen überhaupt legitim sind.

(Beifall)

Er sagte – ich zitiere –: „Es gab bis jetzt kein Indiz, dass sich Leute unter freiem Himmel, an der frischen Luft häufiger anstecken. Warum ist man so heiß drauf, dies unter dem freien Himmel zu begrenzen? Wir hatten riesige Demos unter freiem Himmel gehabt, da hat niemand den Abstand eingehalten,

und dies hatte auch keine messbaren Konsequenzen gegeben. Also, warum konzentriert man sich nicht auf die Dinge, die bei den offenkundigeren Infektionsquellen stattfinden?“ Mit dieser Fragestellung bestätigte er die AfD. Die Maskenpflicht im Freien macht überhaupt keinen Sinn. Insbesondere macht sie vor Einkaufsläden und auf Parkplätzen keinen Sinn.

(Beifall – Zuruf)

Darüber hinaus stehen wir natürlich auch zu der Maskenpflicht in den Schulen – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Baron, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Anton Baron AfD: Ja, gern.

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Oh, sehr gut! Jetzt kommt zweimal Unsinn zusammen! Jetzt bin ich einmal gespannt, was da rauskommt!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Herr Gall kann gar nicht verstehen, dass es sogar – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie dürfen Ihre Zwischenfrage stellen, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Danke, die werde ich auch stellen. Vielen Dank, Frau Präsident. – Zur Maskenpflicht: Gibt es überhaupt irgendwelche Handreichungen – handwerklicher Art oder medizinischer Art –, die irgendwo definieren, dass ein Stoffgeflecht – man nötigt den Bürgern auf, damit Mund und Nase zu verhängen – irgendeine Wirksamkeit im Hinblick auf die Begrenzung von Epidemien oder Pandemien hat? Gibt es vielleicht auch Hinweise dafür, dass der Schaden, den man durch diese erzwungene Maßnahme anrichtet, vielleicht doch unermesslich viel höher ist? Oder weiß man vielleicht gar nicht, ob Schäden bestehen, weil man noch gar nicht so richtig nachgeschaut hat?

(Zurufe)

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank, Herr Dr. Fiechtner, für die Frage. – Herr Gall, angesichts der Tatsache, dass er Onkologe ist, finde ich es unpassend, was Sie hier hineinrufen.

(Vereinzelt Lachen)

Ich kenne eine Studie, die besagt, dass FFP3-Masken Sinn ergeben, schützen. Ehrlich gesagt, kenne ich keine weitere Studie, die überhaupt irgendetwas belegt. Ich glaube, die Bürger haben genauso wenig irgendeine Studie zu Gesicht bekommen. Hier sollte die Regierung reagieren und vielleicht auch Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

(Beifall – Zuruf: Zahlen, Daten und Fakten!)

Darüber hinaus sehen wir natürlich auch die Maskenpflicht in den Schulen sehr kritisch. Es ist uns nicht erklärbar, warum in Bayern beispielsweise Visiere zugelassen werden und hier in Baden-Württemberg nicht. Das muss mir irgendjemand mal erklären, meinethwegen auch gern Kultusministerin Eisenmann.

(Abg. Carola Wolle AfD: „Mia san mia“!)

(Anton Baron)

Damit es aber noch absurder wird und für noch mehr Verwirrung in unserer Gesellschaft sorgt – was wir ja bei den vielen Maßnahmen auch schon jetzt haben –, empfiehlt der Ministerpräsident den Kommunen, die Anordnung der Maskenpflicht unter freiem Himmel auch noch selbst zu regeln.

Zu den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz von gestern ergeben sich für uns auch noch mehr Fragen als Antworten. In den Beschlüssen lesen wir, dass sich in den Geschäften bis 800 m² nicht mehr als ein Kunde auf 10 m² Verkaufsfläche aufhalten darf. Herr Ministerpräsident, wer wird die Quadratmeter abmessen? Wird das Ordnungsamt, das normalerweise Strafzettel verteilt, zusätzliches Personal an den Eingang der Läden stellen, um die Kunden zu zählen? Wie wollen Sie mit Ihren Vorstellungen ab morgen einsetzende Hamsterkäufe verhindern? Und wie sieht das eigentlich mit den Friseursalons aus? Werden die Mitarbeiter dort dazugezählt?

Über den Jahreswechsel hinaus wird es zu umfassenden Beschränkungen insbesondere im Bereich der Gastronomie und Hotellerie kommen. Erklären Sie bitte diesen Branchen, die kurz vor der Insolvenz stehen, wie und wann sie ihr Geschäft erneut betreiben dürfen.

Der Bund hat alles im Griff. Die finanziellen Hilfen für den Monat November werden einen Umfang von 15 Milliarden € haben. Diese Hilfen sollen – das lesen wir im Beschluss der Ministerpräsidenten – im Rahmen der Vorgaben des EU-Beihilferechts bis zum 20. Dezember durch den Bund fortgeführt werden. Die Bundesregierung wird dazu mit der Europäischen Kommission das Gespräch aufnehmen. Man könnte denken: Friede, Freude, Eierkuchen – so ist es aber wohl nicht. Denn vor Kurzem wurde das milliardenschwere EU-Coronahilfspaket von Polen und Ungarn blockiert.

Die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg fordert Sie, die Landesregierung und den Ministerpräsidenten, auf, unbürokratisch und sofort Gelder an die betroffenen Unternehmen auszubehalten.

(Beifall)

Wenn Sie darauf warten wollen, dass die Ungarn oder Polen den Erpressungen aus Brüssel erliegen, könnte es für unsere heimischen Branchen schon zu spät sein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das finden Sie doch eigentlich gut, was die da machen! Finden Sie doch gut!)

– Herr Gall, sie wurden dafür gewählt. Sie werden doch vom Souverän gewählt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das finden Sie doch gut, was die da machen! Was kritisieren Sie dann?)

und ich verstehe auch die Maßnahmen der EU dabei nicht, muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Beifall – Abg. Carola Wolle AfD: Hat Herr Gall eine Zwischenfrage gestellt?)

Das ist eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Parlamente. Das können wir seitens der AfD keinesfalls akzeptieren.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Meine Damen und Herren, was die privaten Zusammenkünfte mit Freunden, Verwandten und Bekannten angeht, muss man sich auf maximal fünf Personen beschränken. Allerdings sind die Kinder bis 14 Jahren, wie ja vorhin auch schon erwähnt, hiervon ausgenommen. Bedeutet das, dass Kinder eine ganze Klasse oder Schule zu sich nach Hause einladen dürfen?

(Zuruf: Theoretisch, ja!)

Zweite Frage: Macht das Coronavirus während der Weihnachtszeit Urlaub, weil man laut Beschluss an den Weihnachtstagen und an Silvester nicht mit nur fünf, sondern mit zehn Personen feiern darf? Und ab dem 2. Januar muss man den Kontakt dann wieder auf fünf Personen beschränken. Heißt das, dass das Coronavirus dann aus seinem Urlaub zurückkommt?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wie sollen die Bürger unseres Landes Ihre Verordnungen verstehen, Herr Ministerpräsident? Wie sollen sie das verstehen?

(Zurufe)

Religiöse Zusammenkünfte mit Großveranstaltungscharakter sollen vermieden werden. Erst jetzt, drei Tage vor dem ersten Advent, ist der Regierung eingefallen, ein Gespräch mit den Religionsgemeinschaften darüber zu führen, wie man die Gottesdienste mit Kontaktreduzierung planen soll. Ist das nicht ein wenig zu spät, Herr Ministerpräsident?

Zum Jahreswechsel planen Sie, auf das Silvesterfeuerwerk zu verzichten und das öffentliche Veranstalten von Feuerwerken zu untersagen. Warum? Weil Innenminister Strobl seine aggressive, gewaltbereite Partyszene, die wir ja noch gut von der Krawallnacht und den Plünderungen in Stuttgart kennen,

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

nicht in den Griff bekommen wird? Verbietet uns die Landesregierung genau aus diesem Grund Feuerwerke unter freiem Himmel?

Hochschulen sollen grundsätzlich auf digitale Lehre umstellen. Auch hier frage ich, Herr Ministerpräsident: Haben Sie das schon geprüft? Wissen Sie, ob es überhaupt möglich ist, an den Hochschulen in Baden-Württemberg komplett auf digital umzustellen?

(Unruhe – Zuruf: Das machen die!)

Warum sollen andere Schulformen davon nicht profitieren? Das grenzt ja eigentlich auch an Diskriminierung.

(Zuruf: Willkür!)

Meine Damen und Herren, die Bürger in unserem Land werden nur dann an Veranstaltungen teilnehmen dürfen oder ins Restaurant gehen dürfen, wenn sichergestellt wird, dass sie verbindlich reserviert haben und sich der Einlasskontrolle mit personalisierten Zugangsbestätigungen unterzogen haben. Will die Landesregierung, dass Zivilpersonen andere Zivilpersonen kontrollieren? Meine Damen und Herren, wir brau-

(Anton Baron)

chen vernünftige Alternativen, runde Tische mit Andersdenkenden, Studien, die die Gefahren des Maskentragens auflichten, Studien, die keine Übersterblichkeit nachweisen.

(Beifall – Zurufe – Unruhe)

Und, Herr Ministerpräsident, ich gebe Ihnen einen Rat: Wecken Sie hier keine falschen Hoffnungen. Viren mutieren und kommen auch wieder zurück.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja, leider Gottes!)

Deshalb müssen wir mit diesem Virus leben lernen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben einen Entschließungsantrag eingereicht. Wir fordern die Regierung auf – –

(Unruhe – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stellen Sie eigentlich diese Rede auch ins Internet, die Sie gerade halten?)

– Sie können sie ja in der Mediathek sehen, Herr Schwarz. Ist Ihnen das vielleicht unbekannt, weil Sie sich in der Digitalisierung nicht auskennen?

(Beifall – Lachen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stellen Sie die gern rein!)

Wir fordern von der Regierung, alle Betriebe der Gastronomie und Hotellerie unverzüglich und ohne Einschränkungen, unter Einhaltung der Hygienevorschriften wieder zu öffnen, grenzüberschreitend Einreisende in unser Bundesland unabhängig vom Verkehrsmittel einem sofortigen Schnelltest zu unterziehen und bei einem positiven Testergebnis die Einreise zu untersagen, für Risikogruppen Schnelltests in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen, Preisnachlässe und Steuerbegünstigungen bei freiwilligem Erwerb von medizinisch zertifizierten FFP3-Mund-Nasen-Schutzmasken – die tatsächlich Viren auffangen, im Gegensatz zu selbst gebastelten Stofflappen, Schals oder was auch immer da getragen wird –, und diese sollen für die Risikogruppen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall)

Übrigens fordern wir Informationskampagnen unter dem Motto „Stärkung unseres Immunsystems“, keine Impfstoffkampagnen und daher keine Lobbykratie, sondern Freiheit, Grundrechte, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung vor Fremdbestimmung.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächster hat Herr Abg. Dr. Fiechtner das Wort. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie dürfen das Redepult in Beschlag nehmen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Vielen Dank. – Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Wenn Sie in Stuttgart wohnen, dürfen Sie Ihre Freunde treffen, wenn ein Einhorn dabei ist. In Esslingen brauchen Sie kein Einhorn; es geht aber nur zwischen 21:15

und 22:05 Uhr. – Das ist so das Niveau, auf dem die ganzen Regularien, die jetzt im Begleittext von Corona, diesem herbeigedachten und herbeigeplannten Pandemievirus, getroffen werden.

Wir haben – ich habe es schon mehrfach gesagt – eine durch Angst geschürte Situation – Medien und die Gebrauchtparteien in einer merkwürdigen Kartellierung; heute mit einer gewissen Ausnahme in Person von Herrn Rülke. Vielen Dank, Herr Rülke; Sie haben

(Zurufe)

der FDP noch mal ein Glanzlicht, eine Corona, aufgesetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Das war wirklich eine Ausnahme. Aber ansonsten haben wir eine breite Kartellierung im Angst- und Paniksystem, in der Panikmache, die die Menschen in ihren Herzen trifft und die die Menschen gegeneinander aufbringt – und die vor allem dazu führt, dass die Menschen sich auch sinnlosesten Maßnahmen unterwerfen.

Sie könnten mittlerweile wissen – ich wiederhole es gern –, dass die Coronapandemie nur in dem Sinn eine Pandemie ist, wie die neue Definition der Weltgesundheitsorganisation es begrifflich zugrunde legt – dass nämlich viele Länder betroffen sind. Kein Wort wird dabei verloren über die etwaige Gefährlichkeit.

Betrachten Sie einmal die Gefährlichkeit eines Coronavirus: Coronaviren sind so alt wie die Menschheit. Coronaviren begleiten die Menschheit, seit es sie gibt, in unterschiedlichem Ausmaß – wir hatten 2003 eine SARS-Pandemie nach diesen Kriterien; jetzt eben möglicherweise eine SARS-2-Pandemie –, und Menschen haben sich, seit es sie gibt, ihrer immer erwehren können. Es ist mal aufwärtsgegangen, mal abwärts.

Vielleicht erinnern Sie sich: Die Influenzapandemie von 2017 hatte in Deutschland angeblich 25 000 Tote gefordert. Aber auch hier kranken diese Angaben daran, dass eine genaue Zuordnung der Todesursache gar nicht getroffen wird; dazu fehlen einfach die Obduktionen.

Wenn Sie aber genauer nachschauen, so lesen Sie: John Ioannidis beziffert die Sterblichkeit, die Letalität dieser Erkrankung auf 0,2 % und siedelt damit das aktuelle Geschehen im Bereich einer mittelgradigen Grippe an. Bei einer mittelgradigen Grippe würde niemand jemals auf die Idee kommen, weiter gehende Maßnahmen – vor allem so restriktive Maßnahmen, wie sie jetzt beschlossen sind und wie sie durchexerziert werden, letztlich seit März oder seit dem Beginn des Maskenwahns und des Maskenzwangs Ende April – zu verhängen.

Man hat auch Probleme mit den Toten. Schauen Sie es sich genauer an: Jetzt heißt es, 15 000 Tote gebe es in der Bundesrepublik Deutschland, die an oder mit Corona verstorben seien. Leider findet an dieser Stelle überhaupt keine Differenzierung statt, wie sie angesichts der daraus abgeleiteten Maßnahmen jedoch zwingend notwendig wäre.

Sie erinnern sich vielleicht dunkel an die Obduktionssequenz und -frequenz von Professor Klaus Püschel, ehemals Leiter der Gerichtsmedizin in Hamburg-Eppendorf, der eine Sekti-

(Dr. Heinrich Fiechtner)

onssequenz von 100 Patienten, die mutmaßlich an Covid-19 gestorben sind, gemacht hat und der zum Ergebnis kam, dass der Anteil derjenigen, bei denen keine wirklich relevanten Begleiterkrankungen vorlagen, die also mutmaßlich tatsächlich allein und an Covid-19 gestorben sind, gerade einmal im Bereich von 5 % liegt.

Übertragen Sie das auf die – angeblich – 15 000 Coronatoten, die jetzt behauptet werden, so bleibt nur noch eine kleine, eine geringe Zahl von 750 Toten übrig.

Wenn es also – das können wir feststellen – keinerlei Übersterblichkeit gibt – – Es ist perfide, was in den Medien gemacht wird: Man berichtet täglich, es gebe soundso viele Tote mehr. Ja, wer berichtet denn z. B. über die Suizide, die Tag für Tag stattfinden? Ein Zugbegleiter sagte mir vor Kurzem, üblich wären drei Suizide pro Tag im deutschen Schienennetz. Diese Zahl habe sich dramatisch nach oben bewegt. Würden wir jetzt jeden Tag hören: „Heute sind wieder 20 Menschen auf den Schienen zu Tode gekommen, weil sie sich suizidiert haben“, dann wäre dies wirklich beeindruckend, und es läge auf der gleichen Ebene wie all die Todeszahlen, die man hier propagiert.

(Zuruf: Quatsch!)

Unterschlagen wird aber auch, dass in Deutschland jeden Tag 3 000 Menschen sterben. Das heißt, das Hantieren mit diesen absoluten Zahlen dient allein der Panikerzeugung unter den Menschen.

Wir haben das Thema Impfungen, das hier massiv vorangetrieben wird. Ich frage mich: Wer von Ihnen hat überhaupt eine Vorstellung davon, wie Medikamente entwickelt werden, welche Vorsichtsmaßnahmen hier getroffen werden müssen, bevor man Medikamente überhaupt – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss. Die Zeit ist überschritten.

(Zurufe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wir haben einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg um 50 %.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie kommen bitte jetzt zum Schluss, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich werde gleich zum Schluss kommen, Frau Präsident.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sofort, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wir haben eine Zunahme im Kurzarbeiterbereich, die sich gewaschen hat: sieben Millionen Menschen in Kurzarbeit, 45 % in der Metallindustrie, 38 % in der Fahrzeugindustrie. Sie steigern die häusliche Gewalt, Sie führen – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie können jetzt nicht noch alles abarbeiten. Machen Sie jetzt bitte Schluss.

(Zuruf: Genau! Mikro abstellen!)

Sie sind eine Minute und 20 Sekunden über der Zeit. Sie sind jetzt fertig. Stopp, bitte!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich dachte, die Redezeit sei frei.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nein, nicht für die fraktionslosen Abgeordneten, nur für die Redner der Fraktionen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wie lang war meine Redezeit, bitte schön, heute?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Fünf Minuten; Sie sind jetzt bei sechseinhalb. Für die fraktionslosen Abgeordneten ist die Redezeit beschränkt.

(Zurufe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich fordere Sie auf – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie nehmen das jetzt bitte zur Kenntnis. Das ist so, wenn man als fraktionsloser Abgeordneter redet.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ja, ich werde meinen letzten Satz hier formulieren.

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Einen Satz.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ja. – Ich fordere Sie auf, die mörderischen Aktionen an unserem Volk unmittelbar zu beenden, bevor noch Tausende Menschen in diesem Land ihr Leben lassen müssen wegen dieser verrückten, hirnrissigen Politik.

(Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es ist gut.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe – Anhaltende Unruhe)

Als Nächster spricht Herr Abg. Dr. Gedeon. – Fünf Minuten Redezeit für die fraktionslosen Abgeordneten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das hätte man ja im Vorfeld mal sagen können! Freie Redezeit ist freie Redezeit! – Weitere Zurufe – Fortgesetzte Unruhe)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich knüpfe an die Ausführungen von Herrn Rülke, Herrn Baron und Herrn Fiechtner an. Wor-um geht es im Prinzip? Es geht um ein exzessiv übersteigertes gesundheitliches Sicherheitsbedürfnis,

(Zurufe, u. a.: Lauter, bitte! – Ich höre nichts! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

das weder politisch noch medizinisch befriedigt werden kann und das dazu herhalten muss, die schrittweise Umwandlung einer Demokratie in einen Polizeistaat zu rechtfertigen.

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Ich wiederhole: Ein exzessiv übersteigertes gesundheitliches Sicherheitsbedürfnis, das weder medizinisch noch politisch befriedigt werden kann, soll die schrittweise Umwandlung einer Demokratie in einen Polizeistaat rechtfertigen.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, früher haben Gesellschaften und Völker Tausende von jungen Leben geopfert, um die Freiheit zu erhalten und zu erringen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl!)

Heute opfert man en passant die Freiheit, um das Alter auf Intensivstationen möglichst hoch zu halten. Das ist eine falsche Sicht der Dinge, das zeigt den Charakter dieser Gesellschaft. Die Freiheit ist einfach nichts mehr wert. Meine Damen und Herren, das wird aus der gesamten Politik deutlich.

Die Maßnahmen, die hier getroffen und diskutiert worden sind, sind in ihrer Wirksamkeit fraglich, von ihrem Charakter her fragwürdig. Und je weniger man weiß – man sagt ja selbst, man sei am Lernen –, desto mehr und einschneidender greift man ein und desto totalitärer versucht man, diese Entscheidungen durchzusetzen. Das ist doch grotesk. Wenn ich erst denke, Masken seien überhaupt nicht hilfreich, und ein paar Tage später der gegenteiligen Ansicht bin, dann muss ich doch grundsätzlich vorsichtig und sorgsam mit politischen Maßnahmen umgehen und darf nicht wahnsinnige Strafen auferlegen, wenn die Maßnahmen nicht eingehalten werden. Das ist ein Widerspruch. Je weniger ich weiß, desto vorsichtiger muss ich meine Maßnahmen dosieren.

Diese Überlegungen: „Sollen wir acht Leute aus zwei Familien oder fünf Leute aus einer Familie oder zwei Leute aus gar keiner Familie sich zusammenfinden lassen?“, sind doch nicht rational. Sagen Sie mir, wo das einen rationalen Sinn hat. Das ist skurriler Unsinn, das ist nicht Wissenschaft.

Diese Pseudomathematik der Kontaktbetrachtung, dass man denkt: „Wenn ich bei den Hotels die Zahl der Kontakte um 70 % verringere, kann ich das auf die Schulen übertragen“, ist die primitivste quantitative, mechanistische Sichtweise des Kontaktproblems. Wir müssen doch die Qualität der Kontakte untersuchen. Ein kurzer, flüchtiger Kontakt ist wichtig zur Ausbildung einer Immunität. Wenn ich jemandem die Hand gebe oder kurz mit ihm spreche, dann schule ich meine Immunität. Wenn ich durch die Maske das alles verhindere, dann setze ich mich irgendwie einem Superspread aus, und dann kann ich gar nicht entsprechend reagieren. Das ist so, wie wenn Sie vom Sommer direkt in den Winter kommen. Dann ist das viel schlimmer, als wenn Sie dazwischen den Herbst haben. Dieser Herbst wird sozusagen durch die Maske abgeschafft.

Wenn sich gesunde Personen treffen, ist das etwas anderes, als wenn sich Risikopatienten treffen. Ich kann nicht sagen, Kontakt sei gleich Kontakt. Wenn ich einen solchen Irrsinn vertrete, lande ich schließlich bei der Feststellung und dem Dogma des österreichischen Bundeskanzlers Kurz, der gesagt hat, jeder soziale Kontakt sei einer zu viel. Meine Damen und Herren, das ist nicht mehr vernünftig, das ist Wahnsinn.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn dieser Wahnsinn Grundlage für die Politik wird, dann wird die Politik zum Terror. Und das ist hier der Fall, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Politik wird zum Terror?)

– Politik wird zum Terror, ja. – Wenn Sie jetzt hier festlegen, dass sich zehn Leute zu einer Weihnachtsfeier zusammenfinden dürfen, was wollen Sie dann machen? Wollen Sie die Einhaltung dieser Regel durch die Polizei kontrollieren lassen? Sie eröffnen der Polizei die Möglichkeit, das zu kontrollieren. Und das nenne ich Polizeiterror. Die Polizei in den Weihnachtsfeiern von Familien – was ist denn Polizeistaat, wenn nicht das?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Wenn man dann in den Nachrichten hört, die Polizei habe in einer Unterführung sechs Jugendliche aus sechs verschiedenen Familien ertappt und in Rosenheim seien bei einer Geburtstagsfeier Jugendliche aus zehn verschiedenen Familien erwischt worden – allerdings konnten zwei Mitglieder über den Balkon entfliehen –, dann stelle man sich vor, was hier dramatisiert wird. In Bayern ist es ja noch viel schlimmer als bei uns – Polizeikontrollen. 2015 hat man gesagt: „Wir können nichts machen.“ Da sind Tausende unkontrolliert über die Grenze gekommen. Heute stehen sechs Leute an jeder Fahrspur und kontrollieren, ob in einem Auto statt der zulässigen zwei nicht drei Familien repräsentiert sind. Das ist Polizeistaat.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Meine Damen und Herren, der Schluss ist, dass hier ein Versagen des Parlamentarismus stattfindet. Die Regierung hat sich nur deshalb so verhalten, weil das Parlament seine Pflichten nicht wahrnimmt. Ich erinnere Sie daran: Nicht die Regierung wählt das Parlament, sondern das Parlament die Regierung. Denken Sie bitte daran, und handeln Sie endlich danach.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bravo! Da schüttelt die Frau Häffner den Kopf, weil sie nichts versteht, gell? – Gegenruf der Abg. Petra Häffner GRÜNE – Weitere Zu- und Gegenrufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Stellen Sie bitte diese Dialoge hier im Saal ein.

(Unruhe)

Herr Ministerpräsident, ich darf Sie noch einmal ans Redepult bitten.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich verstehe natürlich den Wunsch der Bevölkerung und auch den Wunsch von Ihnen, dass mehr Voraussicht und Planbarkeit in eine solche Epidemie kommt. Aber letztlich ist es so: Das ist die erste Pandemie mit einem unbekanntem Virus dieses Charakters, die wir in unserem Land haben. Wir sind in dieser Pandemie alle Lernende – das ist einfach eine Tatsache –, und wir lernen jeden Monat dazu. Man sieht auch, wenn man die erste mit der zweiten Welle vergleicht, dass es uns, obwohl die zweite Welle höher ist als die erste, gelungen ist, relativ gesehen, weniger To-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

te pro Infiziertem zu erreichen, weil man in der medizinischen Behandlung die Erkenntnisse, wie man an die Sache herangeht, umsetzen kann.

Die Ministerpräsidentenkonferenz trifft sich regelmäßig mit der Kanzlerin, und es ist eben nicht möglich, dass man sich im April trifft und einen Plan bis zum Jahresende für den Umgang mit der Pandemie macht. Das lassen einfach die Erkenntnisse und der Verlauf der Pandemie schlichtweg nicht zu. Natürlich fahren wir in dieser Pandemie immer auch auf Sicht, mit immer besserer Sicht, aber nur mit den Erkenntnissen, die wir haben. Vor allem können wir die Verläufe nicht einfach vorhersagen. Natürlich haben wir alle mit einer zweiten Welle gerechnet, aber in der Tat nicht, dass sie so schnell und so hoch eintrifft, wie es dann geschehen ist. Damit haben wir in der Tat nicht gerechnet. Sicher gab es irgendwelche Fachleute, die das vorhergesagt haben; das kann ich nicht bestreiten. Jedenfalls haben wir es in der Schnelligkeit, Dramatik und Höhe nicht erwartet; das stimmt.

Die Frage ist doch: Was wäre denn die Alternative dazu? Es gibt immer Alternativen.

(Zurufe: Ja! – Zuruf: Für Deutschland!)

Die Alternative wäre gewesen, wir machen, obwohl wir geringe Inzidenzlagen haben, trotzdem einen scharfen Lockdown.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein!)

Auch das ist vertreten worden. Der Kollege Strobl hat diesen Gedanken in die Diskussion gebracht, und dieser Gedanke ist keineswegs abwegig gewesen. Das will ich einmal ganz deutlich sagen. Trotzdem sind wir ihm aus verschiedenen Gründen nicht gefolgt. Es wäre eine klare Alternative gewesen. Ob das vor Ihnen, vor dem Parlament, vor der Bevölkerung, vor den Gerichten standgehalten hätte, ist nun mal eine ganz andere Frage.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Man kann jetzt schlaumeierisch darüber rasonieren. Wir haben es jedenfalls so nicht gemacht.

(Zuruf: Genau!)

Wir sind jetzt den Weg gegangen, den jeder verfolgen kann, so gut wie möglich auch präventiv zu reagieren, aber die Maßnahmen auch immer so einzusetzen, dass sie dem Abwägungsvorgang unterliegen: Was richtet das Virus an, und was richten die Maßnahmen gegen das Virus an? Das genau ist der Abwägungsprozess, unter dem wir laufend stehen und den wir ernst nehmen, sonst bräuchten wir uns nämlich gar nicht zu treffen. Dann würde man einfach das, was uns die Wissenschaft über dieses Virus und dessen Bekämpfung sagt, einfach umsetzen, und das hieße, scharfe oder schärfste Maßnahmen. Man bekommt eine Pandemie in die Knie, wenn man ein ganz rigoroses Ausgangsverbot verhängt. Denn es ist klar: Das Virus lebt davon, dass Menschen mobil sind und nicht zu Hause bleiben. Wenn wir das in einer harten Konsequenz tun, kommt die Pandemie zum Erliegen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie Herrn Abg. Stoch eine Zwischenfrage stellen?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Ministerpräsident, ich möchte durch meine Zwischenfrage möglicherweise eine zweite Runde vermeiden. Ich möchte Ihnen einfach folgende Frage stellen – ich glaube, das war auch das, was der Kollege Rülke angesprochen hat.

Sie argumentieren gerade aus einer situativen Entscheidung: Wie reagieren wir auf steigende Inzidenzzahlen? Machen wir einen totalen Lockdown? Machen wir einzelne Beschränkungen?

Der Vorwurf, den Kollege Rülke und ich heute Morgen hier im Parlament erhoben haben, war, dass über die Zeit der Sommermonate, in denen die Inzidenzen gering waren, nicht in Szenarien gedacht wurde: Was passiert, wenn bestimmte Werte überschritten werden?

(Zurufe, u. a. des Ministers Manfred Lucha)

– Herr Kollege Lucha, ich höre Sie. – Der Versuch, anhand eines Ampelsystems mit verschiedenen Inzidenzschwellen zu definieren, was dann passieren muss, war relativ schnell gescheitert.

Die Forderung, die jetzt im Raum steht, ist, dass heute, Ende November, auch die weitere Entwicklung bis in den Januar hinein in den Blick genommen wird und aufgezeigt wird – das erwarten die Menschen –: Was tun wir, wenn die Inzidenzzahlen z. B. auf einen bestimmten Wert sinken, der dann als unkritisch betrachtet wird? Welche zusätzlichen Maßnahmen ergreifen wir möglicherweise, wenn die Inzidenzen nicht sinken? Was tun wir bei steigenden Inzidenzen?

Wir sprachen von der Berücksichtigung unterschiedlicher Szenarien. Das meint Planbarkeit, Voraussehbarkeit. Es meint nicht, ein Szenario vorherzusagen, sondern meint, für bestimmte Szenarien Alternativen zu entwickeln, um darauf zu reagieren. Das war die Frage.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deswegen die Frage an Sie: Warum hat die Landesregierung das über den Sommer nicht getan, und warum kann jetzt auch nicht über den 20. Dezember oder den 1. Januar hinausgeblickt werden?

(Vereinzelte Beifall – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich schließe mich dieser Zwischenfrage an! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Er schließt sich dem Szenario an!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Also, beim Verlauf einer solchen Pandemie gibt es drei Möglichkeiten: Entweder der R-Faktor liegt über 1, dann nimmt die Pandemie einen exponentiellen Verlauf an; je nachdem, wie hoch der Faktor über 1 ist, ist der Verlauf der Kurve steiler oder flacher. Oder der R-Faktor liegt unter 1, dann schwächt sich die Ausbreitung der Pandemie ab. Liegt er wenig unter 1, schwächt sie sich langsam ab, liegt er stark unter 1 – etwa bei 0,7 –, schwächt sich die Ausbreitung stark ab, und die Pandemie kommt zum Erliegen.

(Zurufe, u. a. Abg. Emil Sänze AfD: Das kann aber so nicht kommen! Wir haben Winter!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Bei R gleich 1 – in diesem Stadium sind wir offenkundig; es schwankt immer leicht um den Faktor 1 – haben wir eine Seitwärtsbewegung. Das ist genau der Zustand, in dem wir uns befinden. Warum das genau so ist, kann ich Ihnen nicht sagen, und andere können das auch nicht.

(Zuruf)

Aufgrund der Komplexität der Pandemie lässt sich das nicht belastbar sagen.

Die Maßnahmen, die ergriffen werden können, wenn sich diese drei Bewegungen zeigen, sind überschaubar. Sie kennen die zwei Säulen der Pandemiebekämpfung: Wir können die Kontakte einschränken, und wir können schauen, dass wir die Kontakte nachverfolgen können. Das sind die beiden generellen Mittel, die wir haben, um die Pandemie einzuschränken. Einen größeren Instrumentenkasten haben wir erst mal vor der Impfung gar nicht. Das sind die Instrumente, die man hat.

Können wir Infektionsquellen orten, wie das im Frühjahr noch weitgehend der Fall war, als wir bestimmte Nester – oder wie wir sagen: Cluster – festgestellt hatten, dann können wir gezielte Maßnahmen ergreifen, um diese ortbaren Infektionsquellen einzudämmen.

Aber selbst jetzt in Hildburghausen in Thüringen mit einem Inzidenzwert über 600 sind keine Cluster ausmachbar. Selbst in diesem Kreis hat die Pandemie offensichtlich eine hohe Diffusität. Wenn diese Diffusität gegeben ist – das ist leider der Fall –, dann kann man auch nur mit diffusen Maßnahmen darauf reagieren, nämlich mit der Maßnahme, überall dort, wo Kontakte stattfinden, diese Kontakte einzuschränken.

Herr Kollege Rülke, Sie monieren immer mit Ihrer Frage: Sind die Infektionsherde nachgewiesen? Das haben Sie auch heute wieder getan. Das kann man bei Schulen oder Sonstigem immer fragen. Das machen wir auch alle. Aufgrund der Diffusität können wir das bei einem Großteil der Infizierten leider nicht mehr machen. Das ist das Problem bei der Reaktion auf die Krise.

Wenn ich mir das immer alles anhöre, wo man sich wahrscheinlich nicht infiziert, frage ich mich: Wo infiziert man sich dann eigentlich?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hauptsächlich im privaten Bereich! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

– Ich mache ja niemandem einen Vorwurf. Ich mache wirklich niemandem einen Vorwurf. Man kann die Dinge unterschiedlich sehen. Ich will nur sagen: Wir sind in einer komplexen Lage sowohl in Bezug auf die Analyse der Infektionen als auch ihre Bekämpfung.

Jedenfalls ergreifen wir jetzt aufgrund der Diffusität der Pandemie andere Maßnahmen als in der ersten Welle. Die Maßnahmen der ersten Welle haben vor allem auf Kontaktvermeidung gezielt. In der Frühjahrs- und Sommerwelle konnten wir noch gezielter agieren, weil wir die Cluster damals größtenteils ausmachen konnten.

Das ist der Instrumentenkasten, den wir haben, und dessen bedienen wir uns. Nichts anderes tun wir.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, Herr Abg. Dr. Podeswa möchte gern eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Von wem?

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herrn Abg. Dr. Podeswa.

(Zurufe, u. a.: Andere Seite!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, die lasse ich nicht zu.

(Lachen – Zurufe, u. a. Abg. Carola Wolle AfD: Also, das ist doch unglaublich!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich habe Sie nicht verstanden. Lassen Sie sie zu?

(Zuruf: Nein!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sie müssen einfach sehen: Es hat mit Ihnen keinen Sinn.

(Beifall – Vereinzelt Lachen – Zurufe)

Sie behaupten – –

(Zuruf)

Sie behaupten, das sei alles harmlos,

(Abg. Udo Stein AfD: Das stimmt doch gar nicht!)

es sei alles harmlos, was da geschieht,

(Abg. Udo Stein AfD: Das ist Verleumdung!)

und wir müssten mit diesem Virus zusammen leben.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Muss man auch! – Abg. Hans Peter Stauch AfD: Ja, muss man auch!)

Wissen Sie: Wenn man dieser Auffassung ist, ergibt sich die Logik, das alle Maßnahmen unsinnig sind.

(Zurufe, u. a.: Nein!)

Das ist klar. Harte Maßnahmen gegen etwas Harmloses zu machen ist natürlich Unsinn. Aber wir teilen Ihre Meinung nicht. Deswegen ist eine Debatte mit Ihnen einfach nicht sinnvoll führbar.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, ich muss Sie trotzdem noch einmal fragen. Auch Herr Abg. Stein möchte fragen. Lassen Sie das zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. – Die Menschheit hat auf solche Pandemien nicht so reagiert, wie Sie es mit der Ansage „Wir leben jetzt mit diesen Krankheitserregern zusammen“ tun. Dann hätten wir nämlich noch immer die Pest.

(Lachen – Zurufe)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

An der Pest sind Millionen gestorben, aber natürlich auch nicht alle.

(Zuruf)

Die Menschheit hat sich darangemacht, gegen die Krankheiten Medikamente zu entwickeln. Das ist der Weg einer aufgeklärten Menschheit.

(Beifall – Zuruf: Richtig! – Abg. Udo Stein AfD:
Danke für diese Aussage!)

Jetzt habe ich etwas den Faden verloren.

(Zurufe)

Also noch einmal: Das ist der Instrumentenkasten, den wir haben, und dessen bedienen wir uns. Das ist klar. Etwas anderes haben wir nicht.

(Zurufe)

Wodurch ist die Inzidenzzahl 50 überhaupt in das Infektionsschutzgesetz des Bundes gekommen? Das ist in etwa eine Größenordnung, bei der wir nach Erfahrungen davon ausgehen konnten, dass es bei dieser Inzidenzzahl beginnt, dass die Kontakte nicht mehr richtig nachverfolgbar sind. Das ist die Begründung dafür. In dieser Situation sind wir.

Deswegen können wir jetzt leider nicht mehr wirklich sagen, woher die Infektionen kommen, was die Infektionsherde sind. Wir müssen deswegen zu allgemeinen Maßnahmen der Kontaktreduktion greifen. Das ist einfach das Dilemma, in dem wir stecken. Das hat nichts mit Unvermögen zu tun

(Zuruf: Doch!)

oder damit, dass wir nicht wüssten, was wir tun sollen.

(Zuruf)

Wir können nur die Instrumente wählen, die uns bei einer diffusen Lage überhaupt zur Verfügung stehen.

(Zurufe)

Dies bitte ich einfach noch mal zu berücksichtigen. Deswegen kann man dafür auch nicht einfach einen langfristigen Plan aufstellen. Die Szenarien, die Sie fordern, haben wir natürlich auch im Kopf. Das ist ganz einfach: Wenn die Pandemie hochrast, musst du scharfe Maßnahmen der Kontaktbeschränkungen erlassen, wenn sie sich auf einer mittleren Linie bewegt, eher das, was wir jetzt tun. Wenn die Zahlen heruntergehen, kann man die Maßnahmen lockern. Andere große Szenarien sehe ich erst einmal nicht. Das einfach noch einmal zur Erklärung.

(Unruhe)

Das heißt, wir sind schon ein bisschen bei dem, was Sie Jo-Jo-Strategie nennen. Man muss eben immer auf Sicht auf das reagieren, was geschieht.

Wir konnten nun aufgrund von Aussagen der Wissenschaft annehmen: Wenn es uns gelingt, mit unseren Maßnahmen die Kontakte um 75 % zu reduzieren, kommen wir tatsächlich auf eine Inzidenz unter 50. Das ist aber nicht gelungen. Insofern

war das zwar kein Rohrkrepiere, es war aber auch kein zielgenauer Schuss. Das kann man einfach nicht bestreiten.

Wir müssen jetzt sozusagen nachschärfen, weil sich das erwartete Ziel nicht eingestellt hat. Das ist ganz schlicht der Grund dafür. Jetzt gehen wir einfach davon aus, dass diese weiter gehenden Maßnahmen Wirkung erzielen, damit wir hoffentlich noch in diesem Jahr an eine Inzidenz von 50 gelangen. Sehr wahrscheinlich ist das allerdings noch nicht; das will ich offen sagen.

(Zurufe, u. a. Abg. Emil Sänze AfD: Genau! Und was machen wir dann?)

Aber das sind jetzt erst einmal die Maßnahmen in einem Abwägungsvorgang. Darauf haben auch Sie noch einmal hingewiesen. Das ist richtig: Wir müssen abwägen.

Natürlich kann man in einem solchen Abwägungsprozess zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Ein Beispiel ist die Debatte über Wechselunterricht: Welche Vorteile hat er pandemisch? Welche Nachteile hat er pädagogisch? Das müssen Sie abwägen. Darüber kann man unterschiedlicher Auffassung sein.

Auch die Überlegung, was vorgezogene Weihnachtsferien bewirken, ist natürlich immer ein Abwägungsvorgang – sonst hätte die Konferenz auch nicht sieben Stunden lang gedauert. Dazu gibt es ganz unterschiedliche Auffassungen, welche Steine man auf welche Seite der Waage legen sollte und ob sich die Waagschale dann da oder dort neigt. Hier kann man zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen; das kann doch gar niemand bestreiten.

Natürlich sehen das nicht alle gleich. Kultusminister sehen das bestimmt etwas anders als ich. Ich weiß jetzt gar nicht, was daran so überraschend sein soll

(Zuruf: Stimmt eigentlich!)

und weshalb man da gleich große Differenzen in der Koalition konstruieren will; das ist nämlich überhaupt nicht der Fall. Es sind ganz normale Unterschiede in der Beurteilung einer Sachlage; das erfolgt ganz normal.

Auch in der Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin geht es nicht anders her. Dieses Format ist nun einmal so. Irgendjemand muss ja etwas vorbereiten, Herr Rülke. Die Vorlage wurde durchgestochen, das ist nun einmal Tatsache. Leider hat das manchmal unangenehme Folgen. Beispielsweise haben wir gar nicht beschlossen, dass man sich nur mit einem Freund oder einer Freundin treffen darf. Es stand aber in einer Vorlage, die durchgestochen wurde. Die Bevölkerung dachte, das sei schon beschlossen. Das setzt sich dann fest, und Sie müssen sich einer Kritik an etwas stellen, was Sie gar nicht beschlossen haben. Das sind dann schon Kollateralschäden, die sich ergeben.

Diese Durchstecherei macht das Regieren wirklich nicht leichter. Was der Sinn des Ganzen sein soll, sollten sich diejenigen, die das tun, einmal überlegen. Das ergibt nämlich keinen Sinn. Es ist nur schädlich und stiftet im schlechtesten Fall Verwirrung in der Bevölkerung. Aber es ist, wie es ist. Man muss, Herr Rülke, eben auch unter solchen Bedingungen zu Ergebnissen kommen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Deswegen werden wir das noch einmal zu besprechen haben. Jetzt ist nämlich vorgesehen, dass wir ab sehr, sehr hohen Inzidenzen tatsächlich noch einmal schauen müssen, dass die Abstände auch im Unterricht gewahrt bleiben. Dann muss man so etwas wie Wechselunterricht, Hybridunterricht oder was auch immer einführen oder Klassen an andere Orte verlegen. Das werden wir zu besprechen haben, ob das in dieser kurzen Zeit sinnvoll umsetzbar ist. Das wollte ich Ihnen noch einmal grundsätzlich sagen.

Wir versuchen, einen Ausblick auf die Tage nach Weihnachten und ins neue Jahr zu geben. Aber der Bundesgesetzgeber hat im Infektionsschutzgesetz des Bundes nun einmal eine Frist von vier Wochen festgelegt. Das heißt, wir müssen nach vier Wochen entweder neu begründen, warum wir verlängern, oder müssen ganz neue Verordnungen erstellen. Schon aufgrund dieses Bundesgesetzes können wir Verordnungen nicht in längeren Linien als vier Wochen vorsehen. Wir können also nur Hinweise geben, wie es bei der jeweiligen Infektionslage wohl laufen wird.

Das haben wir in dem Beschluss auch getan: Man kann nicht annehmen, dass die Welle so deutlich gebrochen wird, in einer solchen Tiefe, dass wir schon zu Lockerungen kommen können. Deshalb haben wir hineingeschrieben, dass Gastromomen, Künstler usw., also alle Institutionen, die wir geschlossen haben, leider nicht darauf hoffen können, dass in diesem Jahr noch geöffnet wird.

Ich verstehe – das will ich noch einmal sagen – die große Frustration nicht nur bei Unternehmen, sondern auch bei Künstlern. Ihnen ist ja auch nicht allein mit wirtschaftlicher Hilfe geholfen. Wenn ein Künstler wirklich monatelang einfach nicht auftreten kann, treibt ihn das natürlich um. Es gehört zu seinem Beruf, dass er sich darstellen kann. Das alles verstehe ich sehr gut. Aber dies führt nun einmal zu Kontakten; deswegen schränken wir es ja ein.

Man muss sagen, dass sie natürlich schon auch einen Preis dafür mitbezahlen, dass wir andere Bereiche nicht in diesem Maß einschränken. Mein Gott, der Unterricht ist die letzte Großveranstaltung, die wir in Baden-Württemberg zulassen. Das betrifft immerhin eine Million Menschen. Aber das ist eine bewusste Entscheidung, wenn man das zulässt. Auch wenn bei Kleinkindern die Infektiosität geringer ist – ab 15 Jahren gleicht sie sich der der Gesamtbevölkerung an und ist in den Inzidenzen teilweise sogar höher. Wenn man das trotzdem so belässt, muss man wegen der Kontakte, die dort entstehen, an anderer Stelle Kontakte mindern. Das ist doch die Wahrheit bei dieser Geschichte.

Jetzt will ich zum Schluss noch etwas zu Weihnachten sagen. Ich muss sagen, Herr Kollege Stoch, Sie haben sich da sehr, sehr klar positioniert und die Ausnahmen für Weihnachten kritisiert. Das hat mich überrascht. Aber natürlich kann man diese Ansicht vertreten, keine Frage. Ich will nur sagen, dass dies bisher eigentlich von keinem Ministerpräsidenten ins Spiel gebracht worden ist, auch nicht von der Bundeskanzlerin. Wir alle gingen davon aus, dass der Charakter von Weihnachten als das Familienfest schlechthin es einfach erfordert, dass wir – nah an den Menschen – doch auch berücksichtigen, wie wichtig ihnen das ist. Deswegen haben wir die Kontaktmöglichkeiten hierfür erweitert.

Ministerpräsidenten haben vielleicht einen Hang zum Überpragmatismus; das möchte ich nicht völlig bestreiten. Aber es ist jetzt nicht so, dass wir etwas ohne eine verfassungsrechtliche Grundlage beschließen würden; das möchte ich schon einmal betonen.

Artikel 140 unseres Grundgesetzes besagt, dass gemäß Artikel 139 der Weimarer Reichsverfassung die Sonn- und Feiertage „als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt“ bleiben. Das ist die einzige quasi-religiöse Formulierung, die wir im Grundgesetz überhaupt haben, was immer man unter „seelischer Erhebung“ verstehen kann. Jedenfalls steht es dort. Das steht im Grundgesetz und ist aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen: Sie bleiben geschützt. Dort steht nicht, sie „sind“ geschützt, sondern sie „bleiben“ geschützt. Das heißt, schon die Weimarer Verfassung hat das als Traditionsbestand vordemokratischer Verhältnisse übernommen.

Das ist, glaube ich, ganz wichtig. Jeder weiß nun, dass das Weihnachtsfest eine hohe Bedeutung hat, die sich letztlich daraus ergibt. Für die Christen ist es immerhin der Feiertag, an dem gefeiert wird, dass Gott Mensch geworden ist – aus Sicht der Christen ein epochaler Einbruch in die menschliche Geschichte.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Auch wenn das jetzt nicht alle glauben und glauben müssen und es auch dem Staat nicht zusteht, das zu bewerten, so schwingt das doch an Weihnachten immer mit, wie profan es letztlich auch gestaltet wird; das muss man sehen.

Insofern sind wir bei der Formulierung, dass die Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung geschützt sind, nicht frei von einer verfassungsmäßigen Rücksicht, die solch eine Ausnahme auch rechtfertigt. Das will ich schon einmal deutlich sagen.

(Beifall)

Wir werden uns in der Regierung noch über die Länge der Ausnahme besprechen. Es kann ja längstens bis zum 1. Januar so geschehen. Mir scheint das zu lange. Ich will Ihnen auch den Grund sagen: Das wären dann praktisch zehn Tage. Das kann natürlich eine Infektionskette auslösen. Wenn das geschieht, brauchen wir aufgrund der Inkubationszeit noch mal zehn Tage, bis wir das feststellen. Darum erscheint es mir schon aus diesem Grund sinnvoll, es auf die Weihnachtstage zu beschränken. Aber das müssen wir noch besprechen und uns einigen.

Ich möchte Ihnen noch mal sagen: Es ist mir wichtig, das zu begründen. Wir haben es so festgelegt im Bewusstsein der großen Tradition dieses Feiertags als ein Fest des Friedens, der Familie, der Freude, der Hoffnung und wissen, dass gerade in Deutschland dieses Fest eine der höchsten Wertschätzungen aller Feiertage erfährt. Deswegen diese doch moderate Ausnahmegenehmigung. Ich hoffe, dass das alle nachvollziehen können.

Ich hoffe auch, dass unserem Appell, in den Weihnachtsferien die Möglichkeit einer selbst gewählten Quarantäne zu nutzen, gefolgt wird, damit man z. B. dann, wenn man die Großeltern zu Weihnachten einlädt, sicherer ist, ob jemand gefähr-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

det ist oder nicht; denn die Zeit vom 19. bis zum 23. Dezember ist ja praktisch die Länge einer Inkubationszeit.

Wie lebensnah oder lebensfremd das ist, darüber kann man natürlich diskutieren. Das kann man aber immer. Es ist immer ein Problem im Zusammenhang mit Schule und Schülern, dass nicht klar ist, was sie einerseits in der Schule machen und was sie andererseits in der Freizeit machen. Wir gehen aber erst mal davon aus, dass ein überwältigender Teil der Familien sich da vernünftig verhält. Dann macht diese Maßnahme Sinn.

Ich will aber auch ganz generell sagen: Bei all diesen Maßnahmen, die wir treffen und beschließen, sind wir darauf angewiesen, dass die Bevölkerung das auch einhält, sich aus Einsicht und Vernunft daran hält und nicht nur, weil wir sie dazu zwingen; sonst wird es nicht funktionieren. Wir sind also da besonders auf den Zuspruch und das Mitgehen der Bevölkerung angewiesen. Darauf wird es ankommen bei der Frage, ob diese Maßnahmen auch wirken. Ich bitte Sie alle um Unterstützung dafür.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stoch, möchten Sie noch mal reden?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich bin versucht, aber nein, heute nicht mehr!)

– Sie haben die Möglichkeit zu einer Zwischenfrage genutzt. Danke schön.

Herr Abg. Dr. Podeswa, Sie möchten für die AfD noch einmal sprechen. – Bitte.

(Zurufe, u. a.: Neue Erkenntnisse!)

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Jede Krisensituation schärft den Blick, und in jeder Krisensituation treten Unzulänglichkeiten, Fehler, Versäumnisse besonders zutage. Ich denke, niemand hier im Hohen Haus wird bestreiten, dass sich Baden-Württemberg, Deutschland und möglicherweise die ganze Welt in einer Krisensituation befinden.

Jetzt haben Herr Kollege Stoch genauso wie Herr Kollege Rülke den Herrn Ministerpräsidenten explizit danach gefragt – als Volksvertreter denke ich, dass ein großer Teil des Volkes dieselbe Einstellung haben wird –, wie es denn weitergehen soll, ob die Regierung nur weiter verkünden will, was sie beschlossen hat, und das Parlament hier nur als Verzierung lauschen darf, hinnehmen kann und abnicken darf, was beschlossen wurde, oder ob – und das, denke ich, wäre doch der logischere und zu erwartende Weg – nicht vorher im Parlament diskutiert werden sollte, innerhalb welcher Leitplanken der Herr Ministerpräsident in der sicherlich sehr notwendigen und richtigen Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin Maßnahmen und Anpassungen, die aufgrund der aktuellen Infektionslage erforderlich sind, beschließen darf.

Jetzt hat sich der Herr Ministerpräsident hier hingestellt und uns erklärt – was der Mehrheit des Volkes sicherlich noch leicht verständlich ist –, dass es im Prinzip nur drei Szenarien gibt, nämlich einen Reproduktionsfaktor des Virus grö-

ßer 1, einen Reproduktionsfaktor gleich 1 und einen R-Faktor von kleiner 1. Das sind genau drei Fälle. Er hat uns auch erklärt – was auch noch sehr einfach nachvollziehbar ist –, dass der Werkzeugkasten in der Summe eigentlich nur zwei Werkzeuge umfasst: Das eine ist die Kontakteinschränkung, und das andere ist die Identifizierung von Kontakthotspots und dann deren Einschränkung, also eigentlich nur ein modifiziertes Werkzeug.

Der Ministerpräsident hat es hier an dieser Stelle nicht explizit erwähnt, aber natürlich ist das wichtigste Instrument zur Bekämpfung des Virus die Impfung. Es wurde uns erklärt, dass in jedem Regierungsbezirk drei Impfzentren geplant sind, die 1 500 Impfungen am Tag werden vornehmen können.

Es ist nun eine ganz einfache Rechnung, die ich Ihnen anempfehle, die ergibt, dass bei dieser Kapazität und bei zwei Impfungen pro Person eine relevante Reduzierung der Ansteckungsgefahr in der Bevölkerung natürlich erst dann erreicht ist, wenn deutlich über 60 % der Bevölkerung geimpft sind. Das dauert über zwei Jahre. Selbst wenn es nicht über zwei Jahre dauern würde, sondern nur ein Jahr, wissen wir hier und heute, dass uns Corona im very best case noch das ganze Jahr 2021 beschäftigen wird.

Das Volk, dessen Vertreter wir hier sind, will von uns und wir wollen vom Ministerpräsidenten nicht hören, dass er alle vier Wochen wieder irgendetwas Neues entscheidet. Vielmehr gibt es, wie ich gerade ausgeführt habe, genau drei Szenarien: R größer 1, R gleich 1 und R kleiner 1.

(Zuruf)

Was soll im ganzen nächsten Jahr, was soll in den nächsten zwölf Monaten bei Szenario 1, bei Szenario 2 und bei Szenario 3 passieren? Es kann keine Entschuldigung dafür geben, zu sagen: Das können wir heute noch nicht wissen. Es gibt nur diese drei Möglichkeiten, wie Sie selbst ausgeführt haben.

(Beifall)

Ich will wissen, mein Nachbar will wissen, ganz Baden-Württemberg will wissen, wie wir das ganze nächste Jahr mit dieser Situation umgehen wollen.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr gut!)

Wir wollen, dass diese Thematik nicht alle vier Wochen wieder in der Landespressekonferenz diskutiert wird, sondern im Parlament. Das sind die großen Leitplanken, die wir hier setzen müssen,

(Beifall)

und nicht, ob wir auf dem Lidl-Parkplatz eine Maske aufsetzen müssen und auf dem Aldi-Parkplatz nicht.

(Zurufe, u. a.: Dann geh doch zu Netto!)

Ich habe hier in diesem Hohen Haus noch nicht gehört, welche Planung die Landesregierung angesichts dieser Situation, der kritischsten Situation Baden-Württembergs seit Bestehen des Landes, verfolgt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was schlagen Sie denn vor?)

(Dr. Rainer Podeswa)

Nebenbei: Von Ihnen habe ich auch nichts gehört, was dem Ruf, dass wir hier in einem Volkstheater sind, nicht alle Ehre gemacht hätte.

(Beifall)

Wenn eine Partei – wie in der Jugendsprache – das Wort „lindern“ für „verschwinden, ohne sich zu verabschieden“ etabliert hat und hier von „Lucha-Schlaf“ spricht, dann muss man sich doch wirklich fragen, ob sie das Volkstheater hier nicht mit einem Kasperletheater verwechselt hat

(Beifall)

und ob derjenige, der so etwas sagt, nicht vielleicht derselbe ist.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Wer hier die kritischste Situation in Baden-Württemberg seit 50 Jahren für seinen Wahlkampf verwendet –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das macht die AfD nicht in Baden-Württemberg!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Podeswa, einen Moment bitte. Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Röhm zu?

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: In einer Minute lasse ich die Zwischenfrage zu. Ich lasse die Zwischenfrage zu, möchte nur den Gedanken vorher ausführen.

(Zuruf: Welchen Gedanken?)

Wer von der anderen Oppositionspartei hier davon spricht, dass Frau Eisenmann angesichts ihrer Strategie zur Wahrung der Bildung in der Coronakrise versagt habe und Schaden an der Bildungspolitik in Baden-Württemberg entstehe – und das in einer Situation, in der Frau Eisenmann die unzähligen Baustellen, die Sie hinterlassen haben, die die Vorgängerregierung hinterlassen hat,

(Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie haben keine Ahnung!)

erst einmal alle reparieren musste –, der ist offensichtlich nicht in der Lage, die kritische Situation, die wir hier in Baden-Württemberg aktuell haben, wirklich adäquat zu bewerten und zu beurteilen.

(Beifall)

Aber die offene Frage, was wir im nächsten Jahr machen, bleibt.

Nun lasse ich zum Abschluss gern die Zwischenfrage zu.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Die Zwischenfrage kommt von Herrn Abg. Röhm von der Tribüne.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Dr. Podeswa, wir haben von Herrn Stoch keinen Vorschlag gehört, wie er sich ein solches Szenario vorstellt, wir haben es auch von Herrn Rülke nicht gehört. Jetzt hätte ich wenigstens von Ihnen gern gehört, was im Fall A, im Fall B und im Fall C zu tun wäre.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ich bedanke mich für diese Frage. Herr Röhm. – Wenn ich allein die Antwort auf diese Frage bestimmen und entscheiden könnte,

(Zurufe)

dann würde ich alle Institutionen und Organe, die wir hier in Baden-Württemberg haben, ad absurdum führen.

(Vereinzelt Lachen – Zurufe, u. a. Abg. Andreas Stoch SPD: Das haben Sie gerade!)

Wir haben allein im letzten Jahr 1 500 zusätzliche Landesbeamte eingestellt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist jetzt Kasperletheater ohne Kinder!)

Ich darf von der Regierung, vom Innenministerium wie vom Sozialministerium erwarten, Herr Röhm, dass sie uns genau diese Vorschläge unterbreiten, die wir dann hier bewerten und diskutieren können.

Vielen Dank.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

– Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit; denn wir haben noch über die vorliegenden Entschließungsanträge abzustimmen.

Ich beginne mit dem Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/9357. Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abschnitte I und II zusammen aufrufe? – Das ist der Fall. Wer stimmt dem Antrag der AfD-Fraktion auf der genannten Drucksache zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle jetzt den Antrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/9358, zur Abstimmung. Ich schlage Ihnen auch hier vor, über die Abschnitte I und II gemeinsam abzustimmen. – Sie sind damit einverstanden. Wer stimmt dem Antrag Drucksache 16/9358 zu? – Danke sehr. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Entschließungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt noch zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/9359. Die Fraktion der SPD hat darum gebeten, über Abschnitt I des Antrags zum Thema Briefwahl separat abzustimmen.

Wer Abschnitt I des Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt I des Antrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Abschnitte II und III gemeinsam abstimmen. Wer stimmt hier zu? – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit sind die Abschnitte II und III des SPD-Antrags mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/9365, abzustimmen. Ich schlage Ihnen vor, über den Antrag mit den Abschnitten I bis IV insgesamt abzustimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, der heutige Tagesordnungspunkt ist damit jetzt erledigt.

Ich habe noch einige Hinweise zu geben und bitte noch kurz um Ihre Aufmerksamkeit.

Die Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses treffen sich in 15 Minuten im Lina-Hähnle-Saal der Grünen. Die Mitglieder des Sozialausschusses treffen sich in einer halben Stunde im BMZ. Die Mitglieder des Bildungsausschusses treffen sich in einer Stunde hier im Plenarsaal. Die Mitglieder des Finanzausschusses treffen sich um 15:00 Uhr im Fraktionssitzungssaal der CDU. Die Einladungen haben Sie ja alle erhalten.

Wir alle treffen uns hier am 2. Dezember um 9:00 Uhr wieder.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:56 Uhr